1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 24 vom 17. Juni 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

17. Juni — Die Revanchisten trommeln wieder

S. 8/9



Abgeschlossen

ist die Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Weitestgehend zumindest, auch, wenn bei Post und Eisenbahn noch dies oder das ansteht. Selbst wenn hier der Wille da wäre, nach dem Einschwenken, der Kapitulation der ÖTV ist hier nicht mehr viel drin. Und abgeschlossen ist damit auch faktisch die Tarifrunde 83.

Eine Tarifrunde, die einen weiteren wichtigen Schritt zur Senkung der Löhne und Gehälter bedeutet, wie es die Unternehmer gefordert haben. Eine Tarifrunde, die, wie vor allem der jetzige Abschluß bei ÖTV zeigt, aber auch schon vorher bei Stahl, einen Einbruch gerade in der Frage „Nullmonate" einbrachte. Was sich in der Form längerer Laufzeiten durchsetzen ließ, seien es nun 14 oder gar 18 Monate.

Wobei der ÖTV-Abschluß, sowohl wegen seiner weitreichenden Bedeutung (jeder kann sich jetzt schon ausrechnen, was im nächsten Jahr alles an Argumenten gegen Lohnforderungen kommt, was sich darauf beziehen wird), als auch wegen der Art und Weise, wie er zustande kam, einen besonders bitteren Nachgeschmack hinterläßt. (Siehe auch Artikel auf Seite 5)

Nachlese

Wer erinnert sich nicht an die Wahlkampfsprüche, in denen vor allem von CDU und CSU behauptet wurde, wenn die SPD die Bundestagswahlen gewinnen würde, käme es zu einer großen „Kapitalflucht". Die Unternehmen würden dann vor allem nur noch im Ausland investieren.

Nun ist es bei der Wahl ja anders gekommen, die CDU gewann, die Unternehmer bringen trotzdem riesige Mengen Kapitals ins Ausland. Von Februar bis April allein 10 Milliarden Mark, davon 7,75 im März und April — also schon in der Zeit der CDU/FDP-Regierung.

Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl drückt das vornehm so aus: „Deutsche Anleger finden zunehmend Gefallen an Kapitalanlagen im Ausland, insbesondere in den USA." Klar, — denn dort ist am meisten zu verdienen. Hochzinspolitik und massiver Sozialabbau machen die USA wieder zum Land der unbegrenzten Möglichkeiten — für Kapitalisten!

Der neueste Bonner Rentenklau

Milliardeneinsparungen bei Erwerbsunfähigkeitsrenten

Betroffen sind in erster Linie die Frauen

Die Bonner Ministerrunde, die sich als Arbeitsgruppe gegen die Rentner bildete (Blüm, Stoltenberg, Lambsdorff), hat sich geeinigt. Nicht etwa darauf, daß es keine neue allgemeine Rentenkürzung geben soll, wie jetzt überall behauptet wird. Dazu heißt es, man müsse eben noch sehen, wie das für Herbst '84 erwartete Finanzierungsloch gestopft werden könne. (Also ist ein Beschluß über eine weitere Verschiebung der Anpassung durchaus noch „drin"). Sondern darauf, daß man jetzt erst einmal der Erwerbsunfähigkeitsrente an den Kragen will.

Mindestens fünf Milliarden Mark in fünf Jahren will man über diesen Weg „sparen". Blüm verstieg sich sogar so weit, bis in die neunziger Jahre hinein Einsparungen von rund einem Fünftel der Gesamtausgaben der Rentenkassen zu berechnen.

Die bisherige Regelung, nach der eine fünfjährige Arbeitszeit als Voraussetzung für den Bezug einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit genügt, soll so geändert werden, daß in den letzten fünf Jahren vor dem Antrag mindestens drei Jahre Arbeitszeit dabei sein müssen.

Das klingt zunächst einmal nach einer nebensächlichen Regelung. Betrachtet man aber die Rentenanträge aus dem letzten Jahr als Beispiel, so ist inzwischen die Zahl der Anträge auf eine Erwerbsunfähigkeitsrente auf über 51 Prozent aller Rentenanträge angestiegen. Bezeichnenderweise sind diese Art von Anträgen vor allem seit 1974 sprunghaft angestiegen. Seit jener Zeit also, da einerseits mehr noch als vorher Arbeiter, deren Arbeitskraft auch nur gewissen Begrenzungen unterlag, immer weniger einen Arbeitsplatz bekamen (und folgerichtig ist die Zahl dieser Anträge seit 1980 nochmals geradezu explodiert), und da andererseits der Drang nach einem zweiten Einkommen mit der damaligen Stagnation und dem heutigen Rückgang der Realeinkommen wuchs.

Natürlich wurde jetzt, zur Begleitung dieser Beschlüsse, wieder eine der üblichen Hetzkampagnen der Bonner Propaganda gestartet, derzufolge sowieso nur Faulpelze, Tagediebe und ähnliche Leute die Mehrzahl (oder doch: einen großen Teil) der Antragsteller ausmachen würde.

Wer aber die Zahl der Anträge vergleicht mit den Entwicklungen der Volksgesundheit insgesamt und den Arbeitskrankheiten im besonderen, der sieht den da bestehenden Zusammenhang sehr schnell.

Zwei Kreise der Bevölkerung, die von der Bonner Regierung offensichtlich als zu isolierende Randgruppen betrachtet, sind hauptsächlich von dieser neuesten Maßnahme betroffen. Zum einen solche längere Zeit Arbeitslose, die gesundheitliche Beschränkungen haben, und zum anderen und generell die Frauen. Frauen, die längere Zeit nicht gearbeitet haben und deren Arbeitskraft ja durch die Hausarbeit meist nicht eben geschont wird.

Diese Maßnahmen haben auch, über den konkreten Anlaß hinaus, einmal mehr grundsätzlichere politische Bedeutung. Der „Sozialwust", den die Bonner Reaktionäre so lautstark angreifen, hier habe er sich angeblich besonders ausgebreitet. Deshalb soll hier ein Markierungspunkt gesetzt werden, der bisherige Ansprüche an die „soziale Sicherung" nicht nur beschränkt, sondern von dem aus man auch einen großen Teil des ganzen Systems aushebeln kann.

Denn wenn der grundsätzliche Anspruch erst einmal abgeschafft ist, und genau dies ist geschehen, dann kann man die jeweils diktierten Bedingungen für diesen Anspruch von Fall zu Fall erweitern, neu festlegen usw., wie man es gerade brauchen kann.

„Alles schaut auf Kohl"

Bonner Ansprüche vor dem EG-Treffen

Stützpfeiler der NATO

Allmählich wird es deutlicher, was die Kommunisten über die EG sagten und sagen. Daß es eine Gemeinschaft untereinander rivalisierender Kapitalisten ist. Daß es eine Gemeinschaft ist, die als Stützpfeiler der NATO ihre Rolle spielt. Und daß die Bundesrepublik darin und über sie als Mittel eine größere Machtfülle anstrebt.

In der Erklärung von Kanzler Kohl, die er in Williamsburg zur Vorbereitung des Gipfeltreffens der EG-Staaten an diesem Wochenende in Stuttgart abgab, werden alle diese Punkte deutlich.



So warnt die Bundesregierung ausdrücklich und in dieser schroffen Form auch erstmalig alle anderen Mitgliedstaaten vor „Alleingängen". Man will keinerlei Entwicklung dulden, die den eigenen Interessen, den Interessen der bundesdeutschen Großkapitalisten widersprechen könnte. Ebenso unterstreicht Kohl wörtlich die entscheidende Rolle, die die EG für die Existenz der NATO spielt als ihr politisches und wirtschaftliches Rückgrat in Europa.

Und er unterstreicht: „Unser großer innerer Markt erleichtert es uns, von Dritten freien Zugang zu ihren Märkten zu **verlangen** ...". Alles dies unterstreicht, daß dieses EG-Gipfeltreffen tatsächlich eine größere Bedeutung besitzt als seine Vorgänger. In erster Linie aufgrund der Tatsache, daß die wirtschaftliche Krise des westeuropäischen Kapitalismus die Gegensätze der einzelnen Mitgliedsstaaten verstärkt. Eine solche Verschärfung der Gegensätze innerhalb der EG läuft aber insbesondere den Interessen des westdeutschen Großkapitals entgegen. Nicht weil es sich besonders für irgendeine politische Idee begeistert hätte, sondern weil der „gemeinsame Markt" für den wirtschaftlich mächtigsten Mitgliedstaat, und das ist die BRD, die besten Möglichkeiten hat, die eigenen kapitalistischen Interessen durchzusetzen.

El Salvador

Schwere Kämpfe — Giftgaseinsatz?

Neben Nicaragua ist El Salvador einer der Brennpunkte des Befreiungskampfes in Zentralamerika. Gegen die Vorherrschaft der USA und ihrer Marionettenregierung wird ein entschiedener Kampf geführt. Mit welcher Brutalität und Skrupellosigkeit die Imperialisten versuchen, „ihren" Machtbereich zu halten, zeigen die letzten Meldungen aus El Salvador.

In El Salvador ist jetzt der Versuch abgewehrt worden, die Provinz Morazan wieder voll unter Kontrolle der Regierungstruppen zu bekommen. Einheiten eines von US-Ausbildern trainierten Elite-Regiments der Armee mußten am vergangenen Wochenende schwere Verluste hinnehmen. Mindestens 80 Soldaten des Regimes wurden nach Angaben des Senders der Befreiungsfront FMNL „Radio Venceremos" getötet oder verwundet.

Eine zweite Offensive führen die Regierungstruppen zur Zeit gegen die Provinz San Vincente durch, in die mindestens 6000 Soldaten entsandt wurden.

Die salvadorianische Menschenrechtskommission, die jetzt ihren Sitz in Mexiko hat, hat jetzt zum wiederholten Male Dokumente und Aussagen vorgelegt, die auf den Einsatz von Giftgas gegen die Guerilla schließen lassen. Nicht nur die Aussage eines ehemaligen CIA-Agenten spricht dafür. Er sagte: „Es gibt in El Salvador abgelegene Gebiete, wie z. B. La Reine im Departement Chalatenango, wo mit menschlichen Wesen wie mit Versuchskaninchen experimentiert wird." Scott Barnes, so der Name des Agenten, versicherte, er sei von der Reagan-Regierung beauftragt worden, „den chemisch-biologischen Krieg gegen die Guerilla" voranzutreiben. Daß das schon läuft, dafür sprechen eine Menge grauenhafter Fakten: auch leichte Wunden von Granatsplittern und Verbrennungen heilen oft nicht mehr und führen zum Tod. Diese schon öfter von Ärzten der Befreiungsfront gemachten Beobachtungen legen den Verdacht auf den Gebrauch giftiger Geschosse nahe. Auch die riesigen Verbrennungen, Flächenbrände nach Bombardements haben für Menschen und die Umwelt fürchterliche Spätfolgen. Die salvadorianische Menschenrechtskommission, die im eigenen Land nicht arbeiten kann, weil sie der gleichen Verfolgung unterliegt wie die Befreiungskämpfer, hat ihr umfangreiches Material jetzt der Presse vorgelegt. Der „Rote Morgen" wird noch ausführlicher berichten.

Rechts schwenkt, marsch!

Der 17. Juni steht uns ins Haus. „Tag der deutschen Einheit" wird er genannt, Unterwerfung der DDR, von Teilen Polens und womöglich der CSSR unter die Herrschaft des westdeutschen Kapitals ist gemeint. 17. Juni unter der „Wende"-Regierung: Der Revanchismus treibt neue Blüten.

In Westberlin ist eine Versammlung großer Teile der Anhängerschaft der revanchistischen Vertriebenenverbände, der CDU/CSU, der Jungen Union usw. angesagt. Strauß will eine Großkundgebung an der südlichen „Zonengrenze" abhalten. Revanchistenversammlungen im ganzen Land.

Als Begleitmusik: Höchstoffizielle Propaganda für die revanchistische Verhetzung der Jugend. Das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen fordert einen Schulunterricht, der den jungen Menschen die Notwendigkeit der „Wiedergewinnung" der DDR einbläuen soll. Damit sie, wenn es an der Zeit ist, willig marschieren ... Zitat: „In unserer Jugend ein stärkeres Bewußtsein kultureller und nationaler Identität zu wecken ... Hier liegt eine Aufgabe für unsere Jugend ... Teile unserer Jugend reagieren mit Frustration, weil sie den Eindruck haben, es fehle an lohnenden Aufgaben in unserem Staat und unserer Gesellschaft. Hier ist eine! Dies sollte eine Herausforderung für jeden jungen Menschen sein, der bisher nicht weiß, wozu er eigentlich gebraucht wird. Man muß ihm klarmachen und am besten vorleben, daß die Frage der nationalen Identität vor dem Hintergrund des Wiedervereinigungsgebots eine Frage von schicksalhafter und europäischer Dimension ist." (Staatssekretär Hennig) — Revanchismus gegen Frust? — Ohne uns! Stoppt die kalten Krieger, um den „heißen" Krieg zu verhindern!

Auf der Hannoveraner Konferenz der Friedensbewegung am 12. Juni ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung darüber, daß alle Organisationen sich für die Durchführung einer Volksbefragung über die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen einsetzen wollen. Das Meinungsbild der Konferenz schlug sich in der Stellungnahme nieder, die wir untenstehend abdrucken. Sie ist noch nicht der offizielle Aktionsaufruf und der offizielle Text für die Volksbefragung, sondern Grundlage für die weitere Arbeit.

Bis Ende Juli wird sich der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung damit befassen, eine Arbeitsgruppe, die auch für Organisationen offen sein soll, die im Ausschuß nicht vertreten sind, zu diesem Thema einrichten und mit der Organisierung beginnen. Zwischen dem Koordinationsausschuß und der Bundestagsfraktion der Grünen soll das gemeinsame Vorgehen abgestimmt werden. Die Grünen wollen zu gegebener Zeit einen Gesetzentwurf zur Volksbefragung im Bundestag einbringen.

Der Rote Morgen wird über die weitere Entwicklung berichten. Die KPD unterstützt die Durchführung der Volksbefragung.

Atomwaffen — Nein! Volksbefragung — Ja!

Der atomaren Bedrohung widerstehen!

Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, dann sollen ab Ende dieses Jahres 108 Pershing-II-Raketen und ein Teil der 472 Cruise Missiles in unserem Land stationiert werden. Diese neuartigen Atomwaffen bringen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Bundesrepublik wird sowohl Startrampe als auch Zielscheibe für einen Atomkrieg. Das kann zum Ausbruch eines atomaren III. Weltkrieges führen, der die Existenz der gesamten Menschheit gefährdet.

Die neuen Atomwaffen sind für einen atomaren Erstschlag gegen die Sowjetunion geeignet. Im Falle der Stationierung muß damit gerechnet werden, daß vergleichbare Raketen in den osteuropäischen Ländern stationiert werden. Die beiden deutschen Staaten drohen ein atomares Schlachtfeld zu werden.

Die Bundesregierung behauptet, die neuen Atomwaffen sollen uns schützen. Was ist das für ein Schutz, wenn mit der Stationierung die Gefahr eines Atomkrieges größer wird? Wo bleibt die Sicherheit, wenn bei dem Einsatz dieser Atomwaffen unser Land der vollständigen Vernichtung preisgegeben und Europa zu einer unbewohnbaren Wüste wird? Die Bundesregierung versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob in Genf ernsthaft verhandelt wird. Trotz der Genfer Verhandlungen gehen die Vorbereitungen für die Stationierung und die Produktion der neuen Raketen weiter. Nach allen Erfahrungen der letzten 30 Jahre mit sogenannten Abrüstungsverhandlungen ist ein berechtigtes Mißtrauen angebracht, daß die Regierungen auf diesem Wege die Atomwaffen abschaffen werden. Gegen die atomare Bedrohung ist deshalb weltweiter Widerstand der Völker notwendig.

Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist. In zahlreichen Appellen, Demonstrationen und anderen Formen des Protestes haben bereits Millionen Menschen ihre Ablehnung gegen neue Atomwaffen zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung hat deshalb kein Mandat und keine Legitimation, gegen den Willen eines großen Teils unserer Bevölkerung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zuzustimmen. In dieser existenziellen Frage muß der Wille der Bevölkerung mehr gelten als die militärischen Pläne einiger Politiker.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, über die geplante Stationierung von neuen Atomwaffen eine Volksbefragung durchzuführen.

Die Volksbefragung muß auf der unmißverständlichen und klaren Fragestellung beruhen:

„Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) in unserem Lande ab. Ja/Nein".

Wir rufen alle Bundesbürger(innen) ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, des Berufs oder der Religion auf, der Gefahr eines Atomkrieges entgegenzutreten. Unser Ziel ist ein atomwaffenfreies Europa sowie ein weltweites Verbot für alle atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen. Fangen wir mit der Verhinderung der Stationierung neuer Atomwaffen bei uns damit an!

Wir fordern alle Kräfte der Friedensbewegung und den Koordinierungsausschuß auf, mit uns gemeinsam eine breite Kampagne für diese Volksbefragung durchzuführen.

Atomwaffen — nein! Volksbefragung — ja!

Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen (Pershing II, Cruise Missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab. Ich fordere den Bundestag und die Bundesregierung auf, über die Stationierung eine Volksbefragung durchzuführen.



Auf den Bus(c)h klopfen ...

und klarstellen, was die Amis mit ihren Raketen wirklich vorhaben, das wollen Kriegsgegner in Krefeld. Wenn US-Minister Bush in ihre Stadt kommt, um „einen anderen Krefelder Appell" vom Stapel zu lassen, die Bevölkerung zu verdummen und für die Unterstützung der NATO-Kriegspläne zu werben. Da sollte man die Krefelder unterstützen!

Es beginnt mit vier Auftaktkundgebungen um 11 Uhr. An folgenden Orten:

- Parkplatz am Hansahaus (für Teilnehmer, die mit der Eisenbahn oder aus Düsseldorf kommen).

Hier ist der zentrale Treffpunkt von KPD und KJD!

- Grotenburgstadion (für Leute, die mit Bus oder PKW aus dem Ruhrgebiet und Norddeutschland kommen)
- Eisstadion (für Leute aus dem Großraum Mönchengladbach — Aachen)
- Stadtwald, Hüttenallee/Jentgesallee (Rheinland, Bergisches Land, Sauerland, Bundesländer südlich von NRW).

Die Themen der Kundgebungen:

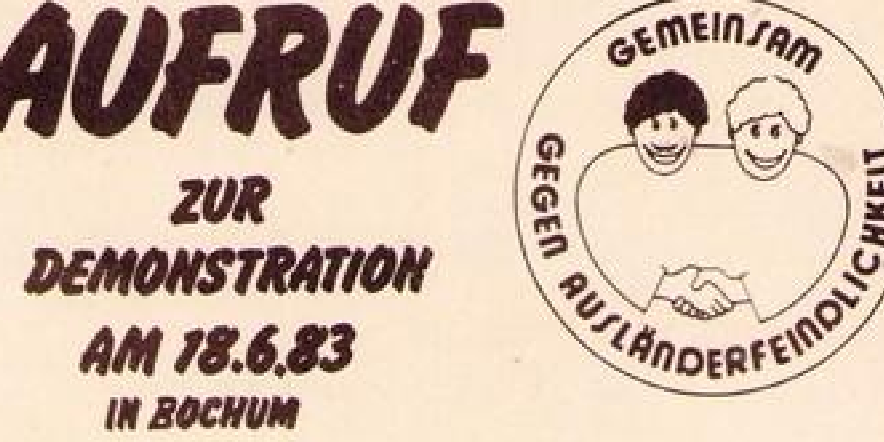
- Für Toleranz gegenüber religiös Andersgläubigen und politisch Andersdenkenden.
- Für die Rechte unserer ausländischen Mitbürger.
- Für Frieden und Freundschaft unter den Völkern.
- Für Abrüstung in Ost und West, für den Krefelder Appell.

Danach gibt es einen Sternmarsch zur Innenstadt, um die ein „Lebenswall" gebildet werden soll. Nach einem „Die-In" wird eine Demonstration zum Sprödtentalplatz gemacht, wo etwa ab 14 Uhr ein deutsch-amerikanisches Friedensfest stattfindet. (Auch vormittags gibt es bereits vielfältige Aktionen, Straßentheater usw. nebenbei.)

Beim Fest treten neben anderen auf: **Krefelder Künstler und Chöre, Julie Andrews**, Schauspielerin ud Oscar-Preisträgerin, **bots, Inti Illimani (Chile), Dietrich Kittner**...

Es sprechen: Uta Ranke-Heinemann, Gert Bastian, Robert Jungk und andere.

An alle Inländer/innen und Ausländer/innen



- **Gegen die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung**
- **Gegen rechtsextremistische Ausländerhetze**
- **Für Solidarität und Völkerverständigung**

WIR WOLLEN ZEIGEN, DASS ES AUCH ANDERS GEHT!

Treffpunkt: 18.6.83, 11.00 Uhr, Kirmesplatz

Castroper Straße, Abschlußkundgebung ca. 14.00 Uhr, Springerplatz, Zwischenkundgebung auf dem Husemannplatz

Es sprechen:

Jürgen Roth (Frankfurt)
Rosi Wolf-Almanasreh (Frankfurt)
Elcin Kürcat (Hannover)
Faruk Sen (Duisburg)
Rechtsanwalt Oetter (Duisburg)
Hermann Korte (RU Bochum)

Musik von:

Melike Demirag (Türkei)
Orfeus und Rosa (Griechenland)

Veranstalter: IFAK e.V.
und zahlreiche Initiativen und Organisationen

Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit. Eine gute Gelegenheit, öffentlich für dieses Motto einzutreten, ist die Demonstration am 18. Juni in Bochum. Zahlreiche Initiativen haben sie vorbereitet und unterstützen sie. Auch die KPD. Wir rufen unsere Leser aus NRW auf: Beteiligt euch an der Demonstration!

Kommentar

Deutsch. Geographie. Geschichte. Religion. Sozialkunde. Staatsbürgerkunde. Möglicherweise noch andere Fächer...

Der Katalog der Westberliner Schulsenatorin Laurien ist lang. In all den genannten Fächern und wer weiß in welchen noch will sie das Thema behandelt wissen, das zur Zeit das Lieblingsprojekt der CDU/CSU-Kultusminister ist: „Bundeswehr und Friedenssicherung".

Ein neues Fach „Wehrkunde" soll dafür nicht eingeführt werden. Kaum ein Trost, denn „Wehrkunde" ist sicher die zwar inoffizielle, aber doch treffendere Bezeichnung für das, was hier vermittelt werden soll. Den Schülern „die Notwendigkeit der Bundeswehr zur Sicherung von Freiheit und Demokratie verständlich machen" — darin sieht Georg Gölter aus Rheinland-Pfalz den Sinn der Behandlung des Themas im Schulunterricht, für die die Union am Montag einen eigenen Entwurf vorstellte.



Die Lehrer brauchen sich keine eigenen Gedanken um ihren Unterricht mehr zu machen. Die Doktrin: „Der Dienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst". Daran haben sie sich zu halten, „unbeschadet ihrer persönlichen Meinung". Unbeschadet? Was versteht Gölter davon? Lehrer mit persönlicher Meinung und eigenen Gedanken passen nicht in sein Konzept. Die sind ja selber Schuld, wenn sie in Schwierigkeiten kommen. Die wissen wohl nicht, in welchem Land sie leben. Es wird Zeit, daß die alten deutschen Tugenden wieder zum Maßstab für Staatsdiener werden.

Nachhilfe in Verfassungskunde: Die allgemeine Wehrpflicht habe absoluten Vorrang vor dem individuellen Recht auf Kriegsdienstverweigerung, so steuerte Bayerns Hans Maier seinen Teil zur Debatte bei. Letzteres steht zwar als sogenanntes unantastbares Grundrecht in der Verfassung drin, das darf aber keinen Wehrpflichtigen zu dem Fehlschluß verleiten, daß er einfach „zwischen dem Wehrdienst und dem Ersatzdienst frei wählen kann". Wo kämen wir als Demokraten auch hin, bei freier Wahl. Welch weltfremde Vorstellung. Auf keinen Fall dürfe man das Recht auf Kriegsdienstverweigerung „als Prinzip auf die Allgemeinheit übertragen".

Nachher haben wir zu wenig Soldaten. Grundrecht hin, Grundrecht her — soweit darf es nicht kommen. Wir haben doch noch so viel vor, wovon man gerade in der Zeit um den 17. Juni und im Bewußtsein der gelungenen Bonner Wende so schön träumen kann.

Wenn ein Lehrer nicht die innere Stärke aufbringt, offensiv für die Bundeswehr zu werben — dafür stehen genügend Jugendoffiziere der Armee selbst zur Verfügung, und neue werden gerade ausgebildet, speziell geschult zu aktuellen Fragen — NATO-„Nachrüstung" und so weiter... Diesen steht „die Anwesenheit beim Schulunterricht frei". Nicht so Vertretern von Kriegsdienstverweigerervereinigungen. Von dieser Seite habe eine „werbende Unterrichtung" der Schüler zu „unterbleiben".

Die Richtung ist vorgegeben, die Reihen werden ausgerichtet. Probleme? Ja, Probleme gibt es schon noch. Zum Beispiel hält auch Gölter es für fraglich, „ob alle Lehrer gewillt sind, in unserem Sinne zu arbeiten". Aber Lehrer gibt's doch genug, und der Katalog der Berufsverbotsgründe ist so lang, daß er einen weiteren Zusatz gut verträgt. Die SPD mag auch nicht so recht mitziehen. Aber die unionsregierten Länder fangen in diesem Sinne schon mal an.

Die geistig-moralische Wende an den Schulen: Geistige Mobilmachung mit gezielten Lügen. Zensur und Maulkorb für Lehrer. Lehrer, die sich das Denken nicht verbieten lassen, Schüler und Eltern sollten sich mit Unterstützung aller demokratischen Verbände gegen die Wehrkunde zur Wehr setzen.

Dietrich Lohse

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Persönliche Gedanken zum Tod von Anna Seghers

Am 1. Juni starb in Berlin (DDR) Anna Seghers. Anna Seghers gehörte zu den bedeutendsten sozialistischen Schriftstellern dieses Jahrhunderts.

Geboren wurde Anna Seghers am 19.11.1900 in Mainz. Sie studierte ab 1919 in Köln und Heidelberg Philologie, Geschichte, Kunstgeschichte und Sinologie. Nach ihrer Promotion über Rembrand im Jahre 1924 bereiste sie viele Länder. Früh schloß sie sich der Arbeiterbewegung an.

Schon in ihrer ersten Veröffentlichung, der 1928 erschienenen Erzählung „Der Aufstand der Fischer von St. Barbara" hat sie sich von bürgerlichen Bindungen gelöst. Ihre marxistischen Positionen haben ihrem schriftstellerischen Schaffen Richtung und Ziel gegeben. Die Schilderung des Kampfes der Arbeiterklasse, der Entrechteten und Verfolgten, des Aufeinanderprallens der gesellschaftlichen Kräfte, das Aufspüren revolutionärer Kräfte und Ereignisse, die Parteinahme für Menschen, die sich in den Klassenkämpfen bewähren, sind die charakteristischen Merkmale ihrer realistischen Kunst, die auf Veränderung der Wirklichkeit gerichtet war.

Anna Seghers trat 1928 der KPD bei. Als Mitglied des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller (BPRS) nahm sie 1930 am Kongreß der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller in Charkow (UdSSR) teil. 1933 wurde sie verhaftet. Ihr gelang die Flucht nach Frankreich, wo sie in antifaschistischen Verlagen und Zeitschriften arbeitete.

Diese Arbeit, wie auch die in diesen Jahren entstandenen Werke und ihr konsequentes Auftreten auf internationalen Kongressen waren ein wichtiger Beitrag zum Kampf gegen den Hitler-Faschismus. Sie sprach unter anderem auf dem berühmten Kongreß zur Verteidigung der Kultur in Paris 1935 und dem II. Internationalen Schriftstellerkongreß in Madrid 1937.

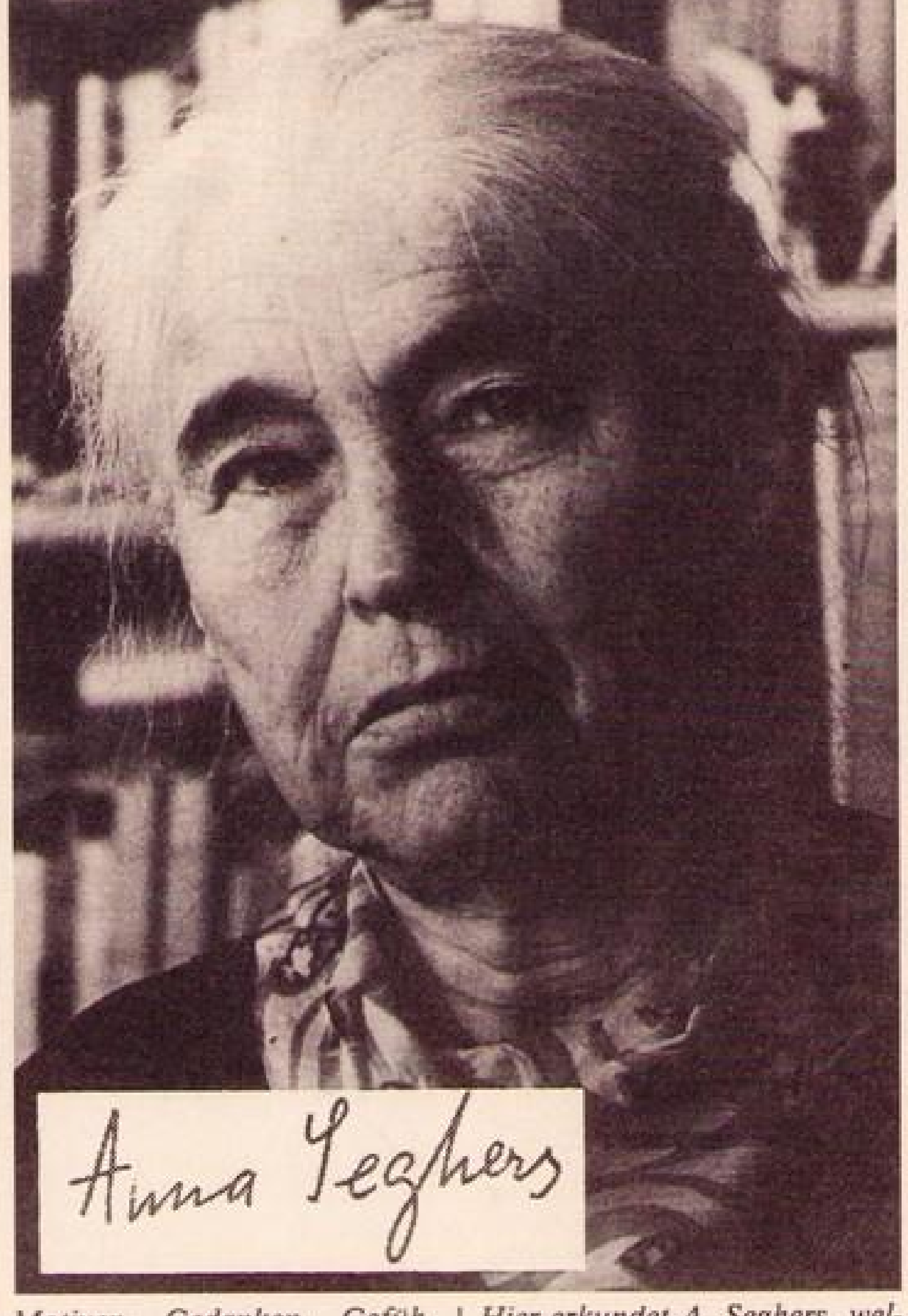
1940 mußte sie in den unbesetzten Teil Frankreichs fliehen und ging von dort über Marseille nach Mexiko. Dort bildete sie mit unter anderem Ludwig Renn und Bodo Uhse ein Zentrum antifaschistischer deutscher Schriftsteller, dessen Zeitschrift „Freies Deutschland" große Bedeutung erlangte.

1947 kehrte Anna Seghers nach Deutschland zurück. Sie ging in die DDR, wo sie neben ihrer schriftstellerischen Arbeit umfangreiche kulturpolitische Aufgaben übernahm.

Anna Seghers ist gestorben. Ihr Tod betrifft mich wie der einer lieben Verwandten, einer geliebten Lehrerin.

Seit der Nachricht über ihren Tod verweile ich in Gedanken bei immer anderen Figuren ihrer Romane und Erzählungen — ich kenne sie alle noch beim Namen, ihr jeweils verschiedenes Wesen ist mir über Jahre hin vertraut.

Und über die zahlreichen Erzählungen und Romane ist mir auch die Schriftstellerin vertraut und teuer geworden. Ich kenne die verschiedenen Stationen ihres erfüllten Lebens — sehe sie in Gedanken in einem Pariser Café im Exil „Das siebte Kreuz" schreiben, die Erzählung „Der Ausflug der toten Mädchen" nach dem schweren Unfall Anfang '40 in Mexiko... sehe das schöne, kluge Gesicht der jungen Verfasserin des Romans „Der Aufstand der Fischer von St. Barbara"; — die kommunistische Schriftstellerin mit den beiden Kindern auf der Flucht vor den Nazis auf einem französischen Schiff, inmitten der Emigranten —, die weißhaarige Rednerin auf zahlreichen Schriftstellerkongressen, ihr sorgenvolles Gesicht als Achtzigjährige, als sie, anläßlich ihres Geburtstages mahnt: „Bewahrt den Frieden..."



Diese Bilder sind in meinem Kopf und ich empfinde den Tod von Anna Seghers als einen allzu großen Verlust — obwohl uns ihr Werk ja bleibt.

Ich erinnere noch sehr genau die Wirkung ihres Romans „Kopflohn". Die Handlung fesselte mich stark: ein hessisches Dorf, wo sich 1932 der Faschismus verharkt, soll einen politisch Verfolgten bergen, zu dessen Auslieferung es jedoch kommt...

Wider Erwarten steht nicht der Verfolgte im Mittelpunkt der Handlung des Romans, sondern die Dorfgemeinschaft selbst in ihrer sozialen und politischen Differenzierung. Es entsteht ein eindrucksvolles Bild über die innere Widersprüchlichkeit der Menschen dort. Zum ersten Mal begreife ich, wie die faschistische Ideologie und die gesellschaftliche Situation vor '33 auf die Menschen einwirkten. Wie es geschehen kann, daß selbst Teile des Volkes, die keineswegs gemeinsame Interessen mit der Bourgeoisie haben, einer faschistischen oder sonstwie reaktionären Politik folgen.

Anna Seghers' erklärtes, grundlegendes Prinzip der schriftstellerischen Arbeit war: „Eindringen in das Innerste der Menschen." Indem sie dies konsequent in ihren Romanen und Erzählungen verwirklicht, gestaltet sie auch folglich die gesellschaftlichen Konflikte als das tiefgreifende, innere Erlebnis ihrer Figuren. — Geschichte wird dadurch lebendig. Begreifbar, ja fühlbar. Denn, indem A. Seghers uneingeschränkt in den Motiven, Gedanken, Gefühlen — in dem Handeln ihrer Figuren forscht, bietet sie dem Leser zahlreiche Möglichkeiten, sich selber darin wiederzufinden. Das ehrliche, aufrichtige Interesse der Schriftstellerin an ihren „Helden" überträgt sich ihm: er sieht sich in einem persönlichen Entwicklungsprozeß, reift an einer Handlung; an einer gesellschaftlichen Situation.

Jeglicher Schematismus in der Darstellung oder Handlung sind ihr fremd. Ihr gesamtes Werk ist getragen von einem grundlegenden Realismus und bedingt durch ihr Partei-Ergreifen für den Kampf gegen jegliche Unterdrückung und Knechtung und für ein anderes, besseres Leben — auch durch einen begründeten, realen Optimismus.

Ihr weltbekannter Roman „Das siebte Kreuz" ist von beidem stark durchdrungen: Im Fall des KZ-Flüchtlings Georg Heisler zeigt Anna Seghers, wie Menschen im Wandel sind. Wie in ihm, der, früher eher ein Luftikus war, Kräfte verborgen sind, von denen weder er, noch ein anderer etwas weiß. Wie sie unter den ungewöhnlichen Bedingungen der KZ-Haft und Flucht zutage treten — nicht zuletzt durch die Hoffnung der Kameraden, und das Vertrauen und die Anerkennung des Freundes und Lehrers, des kommunistischen Funktionärs Wallau.

Wie diese Kräfte, die bislang brach lagen, für den antifaschistischen Kampf genutzt werden. — Durch die Flucht werden Menschen, denen Heisler begegnet, einer Pfüfung unterzogen. Hier erkundet A. Seghers, welche moralischen Kräfte unter der Kruste des Arrangements mit dem faschistischen Alltag und der Gewöhnung an den Terror noch in den Menschen vorhanden (und für den Kampf nutzbar) sind.

Ihr Roman endet mit der programmatischen Aussage: „Wir fühlten alle, wie tief und furchtbar die äußeren Mächte in den Menschen hineingreifen können bis in sein Innerstes, aber, wir fühlten auch, daß es im Innersten etwas gab, was unangreifbar war und unverletzbar..."

Denke ich an Anna Seghers, so denke ich: Würde sie mich gekannt haben, sie hätte sich für mein Leben interessiert wie für das des Robert Lohse oder der Ella Busch aus der „Entscheidung". Sie würde an meine Kraft geglaubt haben.

Ich habe das Gefühl, daß sie mich rütteln will: In jedem ist ein wichtiges Moment — etwas, was wir in unserem Kampf brauchen. Such es in Dir und such es in anderen. Es muß freigelegt werden. Auf jeden Fall. Es wird gebraucht.

Anna Seghers fehlt sehr.

Renate Schneider

Bücher von Anna Seghers

Das siebte Kreuz, Sammlung Luchterhand, 288 Seiten, 11,80 DM

Ausflug der toten Mädchen, Sammlung Luchterhand, 96 S., 7,80 DM

Hochzeit von Haiti, Sammlung Luchterhand, 12,80 DM

Der Kopflohn, Sammlung Luchterhand, 11,80 DM

Transit, Sammlung Luchterhand, 11,80 DM

Der Weg durch den Februar, Sammlung Luchterhand, 14,80 DM

Die Toten bleiben jung, Sammlung Luchterhand, 2 Bände, 19,80 DM

Aufstand der Fischer von St. Barbara, Sammlung Luchterhand, 11,80 DM

Die Gefährten, Sammlung Luchterhand, 10,80 DM

Bauern von Hruschowo, Sammlung Luchterhand, 9,80 DM

Crisanta, das wirkliche Blau, Geschichten aus Mexiko, Sammlung Luchterhand, 6,80 DM

Die Rettung, Sammlung Luchterhand, 10,80 DM

Die schönsten Sagen vom Räuber Woynok, Bibliothek Suhrkamp, 14,80 DM

Die Entscheidung, Aufbau Verlag, DDR, 11,20 DM

Erzählungen, 4 Bände, Aufbau Verlag, DDR, 47,00 DM

Friedenskämpfer Roland Jahn aus Jena

Gewaltsam aus der DDR abgeschoben

Schon mindestens 20 Mitglieder der oppositionellen Friedensbewegung im thüringischen Jena sind in den letzten Wochen nach Androhung verschiedenster Repressalien dazu bewegt worden, Ausreiseanträge aus der DDR zu stellen. Mit der Beantragung der Ausreise wurden den Mitgliedern der „Friedensgemeinschaft" Jena sofort die DDR-Staatsbürgerschaft aberkannt, sie wurden abgeschoben — ein Verfahren, das in anderen Fällen, wenn überhaupt, erst nach Jahren Erfolg hat.

Jetzt wurde erstmals auch ein DDR-Bürger gewaltsam abgeschoben. Der Arbeiter Roland Jahn, über dessen oppositionelle Aktivitäten der „Rote Morgen" schon mehrfach berichtete.

Vergangene Woche in Jena. Der 29jährige Roland Jahn bekam — nicht zum ersten Mal — eine Vorladung. Man sagte ihm, daß er ausgebürgert werden solle. Jahn ist sofort getürmt, aber schon auf der Straße wurde er von Volkspolizisten und Beamten des Staatssicherheitsdienstes verhaftet. „Ich gehe nicht", hat er immer wieder gerufen, wie er jetzt hier berichtete. Daraufhin hat man ihn zu seiner Wohnung gefahren, um einige Dinge einzupacken. Jahn lehnt ab, wer nicht die Absicht habe, das Land zu verlassen, brauche auch nichts einzupacken.



Roland Jahn

Dann wurde er in das Gefängnis von Probstzella gefahren. Von dort wurde er im Würgegriff von Beamten in einen Zug geschoben, man hatte ihn mit Knebelketten wehrlos gemacht.

Kurz vor der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik hat man Jahn im Zug die Ketten abgenommen und seinen DDR-Paß abgenommen. Als der Zug in Ludwigsburg, der ersten Station in der Bundesrepublik anhält, finden ihn westdeutsche Grenzer eingesperrt in einem Zwischentrakt des Zuges.

Roland Jahn, der in der DDR schon mehrfach im Gefängnis saß, wird aber hier genau so unbequem sein, wie in Jena. Als sich nach seiner erzwungenen Ankunft in der Bundesrepublik sofort Reporter auf ihn stürzten, um ihm gezielten Fragen zu Protesten gegen die sowjetischen SS-20-Raketen zu bewegen, gegen die er in der DDR Stellung genommen hat, läßt er sie abblitzen. Ihnen sagte er ganz offen, daß für ihn „der Kampf gegen die Stationierung von Pershings und Cruise Missiles an erster Stelle steht."

Wie viele, die drüben unbequem werden, ist er deswegen noch lange kein „konterrevolutionäres Element", ein Verfechter des westlich-kapitalistischen Systems, wie die DDR-Presse gern behauptet. Auf die Frage, ob er sich vorstellen könne, hier zu leben, antwortete Jahn: „Nein, niemals. Meine Vorstellungen sehe ich eher in der DDR verwirklicht als hier. Ich möchte zurück." Und weiter: „Ich bin DDR-Bürger — immer noch."

Die Situation ist schizophren. Wer sich in der DDR an der nicht staatlich organisierten und gelenkten Friedensbewegung beteiligt, die gegen die Hochrüstung in Ost und West kämpft, wird abgeschoben. Reichen Drohungen und Repressalien nicht aus „um die Leute „freiwillig" zum Ausreisen zu bewegen, so wird jetzt schon Gewalt angewendet. Friedenskämpfer werden im wahrsten Sinne des Wortes aus der DDR rausgeschmissen.

Aber gerade deren kritische Haltung zum System der Bundesrepublik, ihre klare Haltung auch gegenüber der NATO-„Nach"rüstung wirft ein bezeichnendes Licht auf den Staat, der immer wieder von sich behauptet, Regierung und Friedensbewegung seien ein und dasselbe. Nicht zuletzt wird die durch Druck oder Gewalt erzwungene Ausbürgerung der Jenaer Friedenskämpfer auch denjenigen Teilen der westdeutschen Friedensbewegung schwer zu schaffen machen, die einseitig nur den Westen im Auge haben und uns die Staaten Osteuropas einschließlich der DDR nur als „Friedenslager" verkaufen wollen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3,** Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171 / 41318.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.



IGM-Vertreterversammlung Duisburg

Leitantrag der Ortsverwaltung niedergestimmt

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es auf der Duisburger Vertreterversammlung der IG Metall. Es ging dabei um die Anträge an den Gewerkschaftskongreß zur Friedenssicherung. Dazu lagen zahlreiche konkrete Anträge von betrieblichen Vertrauensleutekörpern vor, die die Ortsverwaltung in einem eigenen Leitantrag zusammenfassen wollte. Das wurde nach heftiger Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt. Stattdessen wurden die betreffenden Anträge der Vertrauenskörper verabschiedet.

Der Leitantrag der Ortsverwaltung Duisburg sollte ganz offensichtlich dem Zweck dienen, die vorliegenden Anträge auf die übliche, allgemeine Ebene abzudrängen, für Abrüstung, Entspannung, Verhandlungen usw. ohne auch nur ein konkretes Ziel, eine konkrete Forderung zu nennen. Besonders deutlich wurde diese Absicht bei der Debatte um Aktionen, Aktionsformen, überhaupt um verbindlichere Aussagen für den Widerstand selbst. Denn gerade dazu, zu den Aktivitäten, sagte der Leitantrag gar nichts aus.

Die Ortsverwaltung weigerte sich im Verlauf der Debatte auch, einem Zusatzantrag, der sich gerade mit der Frage der gewerkschaftlichen Aktion befaßte, zuzustimmen. So wurde dann der OV-Leitantrag gekippt. Die verschiedenen daraufhin verabschiedeten Anträge der VKs aus den Duisburger Großbetrieben (Krupp, Mannesmann, Thyssen) unterscheiden sich, bei allen diskussionswürdigen Punkten, die sie enthalten, von dem OV-Leitantrag dadurch, daß sie die Forderung nach Zurücknahme der Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung enthalten. Und eben dadurch, daß sie konkrete Aktionen fordern oder aber zumindest die Notwendigkeit von gewerkschaftlichen Aktionen unterstreichen.

Diese gesamte Debatte auf der Duisburger Vertreterversammlung ist vor allen Dingen eben deshalb wichtig, weil sie den gesamten Verlauf der Diskussion vor dem IGM-Kongreß (und auch in anderen Einzelgewerkschaften) einigermaßen widerspiegelt, wenn nicht in der Schärfe der Auseinandersetzung so doch in den politischen Auffassungen, die da vertreten werden. Wo eben gegen die Bestrebungen, wirklich aktiv zu werden, um den Frieden zu sichern, die geradezu klassische rechtssozialdemokratische Haltung der allgemeinsten Friedensappelle steht, die aber heute mehr als früher in ihrer — mindestens — Wirkungslosigkeit erkannt werden.

Bezirksversammlungen der IG Druck

Aktionsforderungen durchgesetzt

In der Reihe der Versammlungen der IG Druck und Papier in den Landesbezirken hat nun nach Hessen und NRW auch Baden-Württemberg die Forderung nach Organisierung von Streiks gegen die Rüstungspolitik verabschiedet.

Der bevorstehende Gewerkschaftstag der IG Druck wird genau in der bundesweiten Friedenswoche stattfinden. Von daher gibt es heute schon Überlegungen, auf dem Kongreß zu dieser Frage nochmals besondere Signale zu setzen.

Besondere Signale jedenfalls wurden von der IG Druck und Papier bereits auf ihren vorbereitenden Bezirksversammlungen gesetzt. Die Beschlüsse der drei Landesbezirke Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg für gewerkschaftliche Kampfaktionen, bis hin zum Generalstreik, stehen auf dieser Ebene und in dieser Entwicklung in der DGB-Landschaft bisher an herausragender Stelle.

Auf der baden-württembergischen Bezirkskonferenz unterstrich der neugewählte Landesvorstand diese Haltung nochmals eindrücklich. Damit befindet auch er sich im krassen Gegensatz etwa zur Haltung, die der DGB-Bundesvorstand einnimmt.

Der Gewerkschaftskommentar

Ernst Breit trat also vor die Kameras. Der DGB-Bundesvorstand, so gab er kund, halte die Idee eines Generalstreiks gegen neue amerikanische Raketen in unserem Land für „völlig abwegig."

Ein überraschendes Wort? — Bestimmt nicht. Schließlich handelt es sich ja, wie der DGB schon sofort nach der Wahl übereilig beteuerte, um die Entscheidungen einer demokratisch gewählten Regierung ...

Überraschend ist vielmehr, daß der DGB-Bundesvorstand heutzutage überhaupt zu solch einem Thema tagt, darüber diskutiert, sich öffentlich dazu äußert. Wer sich noch zurückerinnert: Am 10. Oktober 1981 bei der ersten Bonner Großdemonstration gab es noch ein Verbot für Gewerkschaftsorganisationen, sich offiziell zu beteiligen. Für die Aktionswoche im Oktober ruft der DGB, Abstriche und Bedingungen hin oder her, hochoffiziell auf.

„Abwegig" — Abwegig?

Wer damals sah, wie viele Gewerkschafter sich da widersetzt haben, wer seitdem verfolgt, wie innerhalb der Gewerkschaften das Thema immer breiter diskutiert wurde, immer mehr Entschließungen gefaßt wurden, wer gerade jetzt während der Vorbereitungen der verschiedenen Gewerkschaftstage im Herbst die Debatten auf den Bezirkskonferenzen nachvollzieht, wo immer mehr zur Aktion gedrängt wird, den wundert diese Entwicklung allerdings nicht.

Man konnte im Bundesvorstand also sozusagen nicht umhin, sich mit dem Thema zu befassen, man kam nicht umhin, die starre Frontstellung aufzugeben, die dieser Vorstand selbst geschaffen hatte.

Engagement also? Aber nur begrenzt erwünscht. Nur, wenn dies und das und jenes gewährleistet ist. Und eben: Generalstreik völlig abwegig. Dabei geht es ja doch wohl weniger um die konkrete Debatte, ob man einen Generalstreik organisieren soll, das erscheint angesichts der Lage tatsächlich ziemlich daneben. Sondern es geht vielmehr darum, in der politischen Diskussion auch für die Zukunft enge Grenzen zu setzen. Generalstreik gäbe es nur als Widerstandsrecht zur Verteidigung des Grundgesetzes gegen eine Diktatur.

Nun braucht man hier nicht die Debatte darüber anzufangen, was dieses Grundgesetz darstellt. Was man aber schon tun sollte, ist den äußerst formalen Charakter dieser Argumentation hervorzuheben. Es gibt nicht wenige Gewerkschafter, die in Ernst Breit eine typisch deutsche Beamtenseele zu erkennen meinen. Und diese Art zu argumentieren, spricht zumindest nicht dagegen. Es wäre ja wohl mindestens zu fragen, was eigentlich mit einer noch so schönen Grundordnung anzufangen ist, wenn ein großer Teil der Bundesrepublik eine atomare Wüste ist.

Aber das sieht Ernst Breit nicht so. Nicht etwa deshalb, weil er zu jenen gehört, die einen Platz im Atombunker haben. Sondern weil, wie er sagt, eben nur manche in neuen Raketen ein Wachsen der Kriegsgefahr sehen. Der DGB-Bundesvorstand gehört wohl nicht dazu.

Und wenn man kein NATO-Fan ist, wen man neue Raketen nicht als Friedensstifter betrachtet, dann ist es auch nicht „völlig abwegig", über Generalstreik zu debattieren. Und schon gar nicht abwegig, über Formen des Widerstands zu diskutieren, wie er von der Arbeiterschaft gemacht werden kann.

Dokumentation

Anträge für die Duisburger VV

Wir dokumentieren im folgenden drei Anträge aus der Duisburger Vertreterversammlung. Zuerst den Antrag des VK Thyssen/Hamborg, dann einen Antrag der Vertrauensleuteleitung Mannesmann/Huckingen und den algelehnten Leitantrag der Ortsverwaltung. Alle diese Anträge sind an die Delegierten des 14. IGM-Kongresses gerichtet.

Antrag VK Thyssen

Die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen 1983/84 auf westdeutschem Boden muß unter allen Umständen verhindert werden. Unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen bedeutet die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile eine neue Stufe im Rüstungswettlauf. Es handelt sich bei diesen Waffen eindeutig um Erstschlagswaffen. Durch drastisch verkürzte Vorwarnzeiten wird ein Atomkrieg immer wahrscheinlicher.

Die Stationierung auf westeuropäischem Boden läßt Europa zum wahrscheinlichen Schauplatz eines Atomkrieges werden. Da die Verfügungsgewalt über diese Waffen bei den USA liegt, wird die BR Deutschland abhängig und erpreßbar. Die Stationierung wird eine neue Rüstungsspirale in Gang setzen, die letztlich zum Totrüsten der Menschheit führen wird. In Anbetracht des gewaltigen atomaren Vernichtungspotentials müssen auch einseitige Schritte der Abrüstung denkbar sein.

Sollte die Stationierung trotz aller Bemühungen der Friedensbewegung durchgeführt werden, fordert der Vorstand der IG Metall gemäß § 2 der Satzung (Berufung auf Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG) die Mitglieder auf, die Arbeit niederzulegen.

Durch diesen demonstrativen Akt soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dem wahnsinnigen Wettrüsten Einhalt zu gebieten.

Antrag VKL Mannesmann/Huckingen

Drei Jahre nach dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall ist die Gefahr eines neuen Krieges gewachsen. Immer mehr Menschen unseres Landes ist diese Gefahr bewußt geworden. Sie engagieren sich für Frieden durch Abrüstung und damit auch für die Ziele der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Mit ihnen fühlt sich die IG Metall solidarisch.

Ohne Frieden ist alles nichts. Aus diesem Grunde ist es heute notwendig, alle Abrüstungsvorschläge ernsthaft zu prüfen und jede Chance zur Abrüstung zu nutzen. Gerade auf die Arbeitnehmer kommen durch die verstärkte Hochrüstungspolitik weitere Belastungen zu. Es wird immer deutlicher — Aufrüstung und soziale Reformen sind miteinander unvereinbar. Wir fordern militärische statt soziale Abrüstung — Senkung des Rüstungshaushalts zugunsten sozialer Reformen!

Die Delegierten des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall begrüßen daher alle Initiativen für Frieden und Abrüstung. Dazu gehören Veranstaltungen wie zum Antikriegstag.

Die Delegierten fordern insbesondere:

1. Eine Senkung des Rüstungshaushaltes um 10 Prozent jährlich und die Verwendung der freiwerdenen Gelder für soziale Leistungen, Umweltschutz und Entwicklungshilfe.

2. Die Staaten der NATO und des Warschauer Paktes müssen alle see-, luft- und landgestützten Atomwaffenträger aus Europa abziehen. Ziel ist die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.

3. Die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung der Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper ist zurückzuziehen.

Sollte im Herbst 1983 im Ergebnis der Genfer Verhandlungen nicht erreicht worden sein, daß alle auf Europa gerichteten und in Europa stationierten see-, luft- und landgestützten Raketen abgebaut werden sollen, dürfen auf dem Boden der Bundesrepublik keine neuen Mittelstreckenwaffen stationiert werden. **Die Gewerkschaft IG Metall wird dann geeignete Aktivitäten entwickeln, um eine automatische Stationierung der Pershing II und Marschflugkörper in unserem Lande zu verhindern.**

Antrag OV Duisburg

Die Anträge zur Friedens- und Abrüstungpolitik Nr. 1, 4, 5, 11 und 14 werden wie folgt zum Antrag 1 neu zusammengefaßt:

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Mit großer Sorge beobachten die Arbeitnehmer, wie die Politik der Entspannung hintergangen, das Mißtrauen zwischen den Machtblöcken zunimmt und die Verhandlungen in Genf durch eine verstärkte Rüstungspolitik gestört werden. Am Starrsinn beider Großmächte droht die Politik des Ausgleichs und der Verständigung zu scheitern. Durch die Rückkehr der US-Regierung zur Politik der Stärke wird der Rüstungswettlauf verstärkt und beschleunigt.

Die Gefahr der Stationierung von Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen auf dem Territorium der Bundesrpepublik wird immer größer, die Gefahr eines Atomkrieges ist nicht mehr auszuschließen. Ein Atomkrieg würde die Bundesrepublik jedoch völlig zerstören, für das deutsche Volk bestände keine Chance des Überlebens, ganz gleich wie solch ein Krieg endet.

Die auf Ziele in der Bundesrepublik gerichteten SS-20-Raketen der UdSSR müssen abgebaut werden, denn sie gefährden unsere Sicherheit. Dies muß auf dem Verhandlungswege erreicht werden und nicht durch das Aufstellen neuer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik. Andernfalls würde das zu einem weiteren Wettlauf der Stationierung von Raketen auf beiden Seiten führen. Diesen Irrsinn sind die Arbeitnehmer nicht bereit mitzumachen. Nur eine Welt ohne Atomwaffen sichert den Frieden und bewahrt die Menschen vor der Selbstvernichtung.

Abrüstung ist deshalb das Gebot der Stunde. Im Interesse des Überlebens gibt es für unser Volk und unser Land zur Politik des Ausgleichs und der friedlichen Koexistenz keine Alternativen.

Die Delegierten des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall fordern die Bundesregierung auf, die Friedenspolitik unverändert fortzusetzen und sich für eine gleichgewichtige und kontrollierte Abrüstung in Ost und West verstärkt einzusetzen und die Rüstungsausgaben für soziale Reformen zu kürzen.

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall fordert die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf, über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa zügig und mit dem ersten Willen zur Abrüstung zu verhandeln und eine Einigung herbeizuführen. Alle in Europa stationierten und auf Ziele in Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Europa geben. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa wird befürwortet.

Ebenso fordern die Delegierten die Beseitigung und Vernichtung aller in der Bundesrepublik gelagerten chemischen Waffen.

Im Interesse der Erhaltung und der Sicherung des Friedens beteiligt sich die IG Metall aktiv an den Aktionen der Friedensbewegung.

Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich im DGB für eine aktive Mitarbeit aller DGB-Gewerkschaften in der Friedensbewegung einzusetzen.

Darüber hinaus wird der Vorstand der IG Metall aufgefordert, die durch die Entschließung E 3 vom 13. ordentlichen Gewerkschaftstag „Entspannung und Abrüstung" deutlich gemachte Position der IG Metall verstärkt in die öffentliche Diskussion einzubringen unter Einbeziehung aller Organisationsebenen und Koordinierung mit Initiativen für Frieden und Abrüstung, sowie sie den dazu gefaßten gewerkschaftlichen Beschlüssen entsprechen.

Der ÖTV-Abschluß

Genickschuß zum Ende der Tarifrunde?

Die Organisation sei fest und geschlossen wie eh und je. Sagte Frau Wulf-Mathies, nachdem sie ihren persönlichen „Sieg“ errungen hatte, die Entscheidung der Großen Tarifkommission für das Schlichtungsergebnis zu erkämpfen.

Der ÖTV-Vorstand (mit — zumindest in weiten Teilen — massivster Unterstützung zahlreicher SPD-Betriebsgruppen, die ja gerade im städtischen Bereich oftmals zu dem Rechtesten gehören, was es da so gibt) hatte keine Anstrengungen gescheut, für eine solche Haltung zu arbeiten. Was ihm wohl deshalb um so leichter gefallen sein mag, als mit Bestimmtheit eine ganze Reihe von Mitgliedern der GTK trotz vielleicht anderen Stimmverhaltens ähnliche Absichten wie der Vorstand hatten.

Ob Schaukampf, wie nun manch einer sagt ,oder nicht, Tatsache ist, daß durch diese Kampagne eine sehr intensive Auseinandersetzung innerhalb der ÖTV zustandekam, daß (zum zweiten Mal nach der denkwürdigen Abstimmung der Hafenarbeiter gegen Mertens vor einigen Jahren) der Widerstand der „Basis“ bzw. breiter und aktiver Teile davon) sich überdeutlich ausdrückte.

Sicher: Obwohl viele Funktionäre der ÖTV, die sich bemüht haben, den Widerstand gegen Zimmermanns und Stoltenbergs Sparpläne zu organisieren, als auch erst recht die Hunderttausende, die sich an Warnstreiks beteiligt haben, fühlen sich verarscht. Und das zu Recht. Eine Gewerkschaftsführung, die in geradezu klassischer Weise die „Partnerschaft“ übte, nicht mit ihren Mitgliedern, sondern mit der Gegenseite. Das Argument, eine Urabstimmung hätte vielleicht keine ausreichende Mehrheit für den Streik ergeben und hätte so eine Niederlage für die ÖTV dargestellt, ein Argument, das von Wulf-Mathies und Co. ständig vorgebracht wurde und jetzt erst recht wird, erweist sich in Anbetracht der jetzigen Reaktionen als plumpe Lüge. Eine deutlichere Niederlage als diese jetzige, diese feige Kapitulation, diesen Kuhhandel, hätte es wohl kaum geben können.



Denn: so stark auch jetzt wieder das übliche Beschönigungsritual angeleiert wird, es wirkt nicht. Jeder, der nachdenkt, und dazu gehören nun einmal gerade die, die sich gewehrt haben, weiß, daß dieser Abschluß fast völlig den Plänen der Bundesregierung entspricht und eben genau das „Sonderopfer“ öffentlicher Dienst bedeutet, das von der sozialen Reaktion stets gefordert wurde.

Das Sparprogramm der Regierung hat so eine große Hürde genommen, die eingesparten Summen, die dem Einkommen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten abgezwackt wurden, sie stehen nun zur Verfügung für neue Steuergeschenke an die Reichen dieses Landes, für Aufrüstungspläne oder auch für Staatsaufträge in besonders profitablen Bereichen. So ist die Sachlage.

Aber auch die gesamte Tarifbewegung hat einen Schlag bekommen, nicht nur die ÖTV. Nach dem „eher stillen“ 14-Monate-Abkommen bei der Stahlindustrie nun dieser bewußt lancierte und abgeschlossene 18-Monate-Vertrag über — real berechnet — Einkommenssenkungen bei der ÖTV, das wird mit Sicherheit seine Auswirkungen eben auch auf die anderen Branchen, auf Industrie und Handel haben. Denn, um verlogene Begründungen dafür zu finden, warum gerade sie absolut nicht zahlen können, da waren die Unternehmer, wer auch immer, noch nie verlegen und jetzt haben sie einen Markstein.

In diesem Sinne also ist dies eine doppelte Niederlage und ein Fangschuß für die diesjährige Tarifrunde. Den verschiedenen Abschlüssen wurde mit diesem faktischen 1,8-Prozent-Abschluß die Krone aufgesetzt. Aber gerade jetzt muß betont werden, daß dies, auch dies, kein Grund sein darf für Resignation und Passivität. Gerade klassenbewußte Gewerkschaftsaktivisten, linke Gewerkschaftsmitglieder müssen darauf gerade umgekehrt reagieren. Mit noch mehr Anstrengungen, den Kampf zu organisieren. Mit noch weniger Vertrauen darauf, daß sich alles dies ganz gemächlich innerhalb der ÖTV durchsetzen kann. Sondern im Bewußtsein dessen, daß es einen Kampf kostet, dem man nicht ausweichen darf, hier für eine Korrektur einzutreten. Daß es eben dessen bedarf, was unsere Partei seit langem immer wieder sagt: Einer Organisierung der Opposition in der Gewerkschaft, gerade auch in der ÖTV, die so manches Mal in bestimmten Bereichen „Spielwiesen“ offen läßt, um dann um so härter den Vorstandskurs durchzupeitschen.

Mit anderen, schlichten Worten, gerade jetzt kommt es darauf an, daß die Basis aktiv wird, statt aufzugeben.

KPD-Flugblatt für die Beschäftigten der Dortmunder Stadtverwaltung

Opfer — für wen?

Unter diesem Titel verbreitete die OG Dortmund der KPD am vergangenen Mittwoch (8. Juni) ein Flugblatt zur Personalversammlung der Stadt Dortmund. Wie an vielen anderen Orten auch, für die das abgedruckte Flugblatt als Beispiel steht, versuchten die Kommunisten Überzeugungsarbeit zu machen für die Organisierung des Widerstands gegen die Bonner Sparpolitik. Inzwischen ist die Entscheidung gefallen, der Vorstand sah seine rege Tätigkeit gegen eine Urabstimmung von Erfolg gekrönt.

Warum für Urabstimmung? Nicht, wiel die Kommunisten um jeden Preis Randale wollen, sondern weil es um die Sache geht. Und die Sache heißt: In dieser Tarifrunde, und mit dem Schlichterspruch erst recht im nächsten Jahr, soll gespart werden. Gespart auf Kosten der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Aber wenn nun mal die Staatskasse leer ist, mag mancher denken...

Leer? Immer neue Milliarden für Superrüstung, Milliarden an Steuergeschenken für die Reichen, zahllose überteuerte Staatsaufträge wie bei den Atomkraftwerken — die Liste ließe sich beliebig verlängern. Und jeder Posten der Liste zeigt, daß es so nicht stimmt mit den leeren Kassen. Wobei man noch sagen sollte, daß sich die Großbanken mit ihren Zinsen an den Staatsschulden dumm und dämlich verdienen. Sollen sie doch verzichten. Oder die Millionäre dieses unseres Landes. 5 Prozent Sondersteuer, (die ihnen wahrlich nicht viel nehmen würde), wären schon 20 Milliarden für die Staatskasse.

Der langen Rede kurzer Sinn: Es gibt

Keinen Grund für Opfer

Der Schlichterspruch fordert aber genau dieses Opfer und das ganz massiv. Keine einjährigen Tarifverträge mehr und aufs Jahr gerechnet eine sogenannte Erhöhung von gerade 1,8 Prozent. Die Große Tarifkommission war — knapp — dagegen.

Bild = ÖTV-Zeitung?

Mertes spricht sich in Springers Zeitung öffentlich gegen den Beschluß der Tarifkommission aus. Das sollte mal ein anderer gegen den Vorstand zu tun versuchen, da würde bestimmt schon mit Verfahren gewunken... Der Hauptvorstand, regelrecht ausgeschwärmt, um am kommenden Samstag eine Korrektur der Entscheidung zu erreichen, hat schon auf drei wichtigen Bezirkskonferenzen eine jeweils fast einstimmige Niederlage einstecken müssen. Anstatt zu sagen, die Verantwortung (wofür eigentlich? Für Zimmermanns Karriere?) sei so groß und in einer Urabstimmung drohe eine Niederlage (und deshalb sozusagen gleich zur Kapitulation aufzurufen) sollte besser für eine starke Widerstandsfront gegen das „Sonderopfer öffentlicher Dienst“ geworben werden. Solche Dinge wie Probeabstimmungen sind ein gutes Mittel dazu, die wahre Lage zu demonstrieren. Nehmt teil: **Stimmt mit Ja!**

Aus der Branchenzeitung Stahl der KPD

Bundesregierung bewilligt 3,3 Mrd. Mark zur Vernichtung von 33 000 Arbeitsplätzen

Dieser Beschluß der Bundesregierung aus der vergangenen Woche bedeutet eine Abschußprämie von 100000DM für jeden vernichteten Arbeitsplatz! Gezahlt aus unseren Steuergeldern! Nicht gerechnet die indirekten Abschußprämien, die über die Arbeitslosen- und Rentenversicherungskassen zusätzlich aus unseren Beiträgen zur Finanzierung der Sozialplaner gezahlt werden.

Damit ist die Regierung des großen Geldes den Auftraggebern in den Bank- und Stahlkonzernen gefolgt, die in einer Stellungnahme von Anfang Juni betonten:

„5. Die bereits gemeldeten Strukturmaßnahmen werden weitere erhebliche Personalkürzungen zur Folge haben. In der Zeit von 1983 bis 1985 ist nach heutigem Planungsstand mit einem Abbau an Beschäftigten in folgenden Größenordnungen zu rechnen:

ARBED Saarstahl 3 500°, Hoesch 7000, Krupp 6000, Peine-Salzgitter 2000, Thyssen 8500, Klöckner und sonstige 6000.

Insgesamt werden also nach dem gegenwärtigen Entscheidungsstand bis 1985 weitere 33 000 Beschäftigte in den nächsten drei Jahren ihren Arbeitsplatz in der Stahlindustrie verlieren.“

° Zusätzlich ab 1.1.1983 maximal 5500 Beschäftigte in Dauerkurzarbeit.“

Gleichzeitig drohen sie mit weiteren Entlassungen, wenn sie schreiben:

„6. Diese Ziffer wird sich drastisch erhöhen, wenn in Deutschland zusätzliche Kapazitätsschnitte erfolgen müssen. Dies wird nötig, wenn es der Bundesregierung nicht gelingen sollte, in den anstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Krisensystems nach Art. 58 EGKS-Vertrag die Quotenansprüche der deutschen Stahlindustrie durchzusetzen, und sie nicht bereit ist, die öffentlichen Finanzhilfen so aufzustocken, daß eine Realisierung der von den Unternehmen vorgelegten Strukturpläne möglich ist.

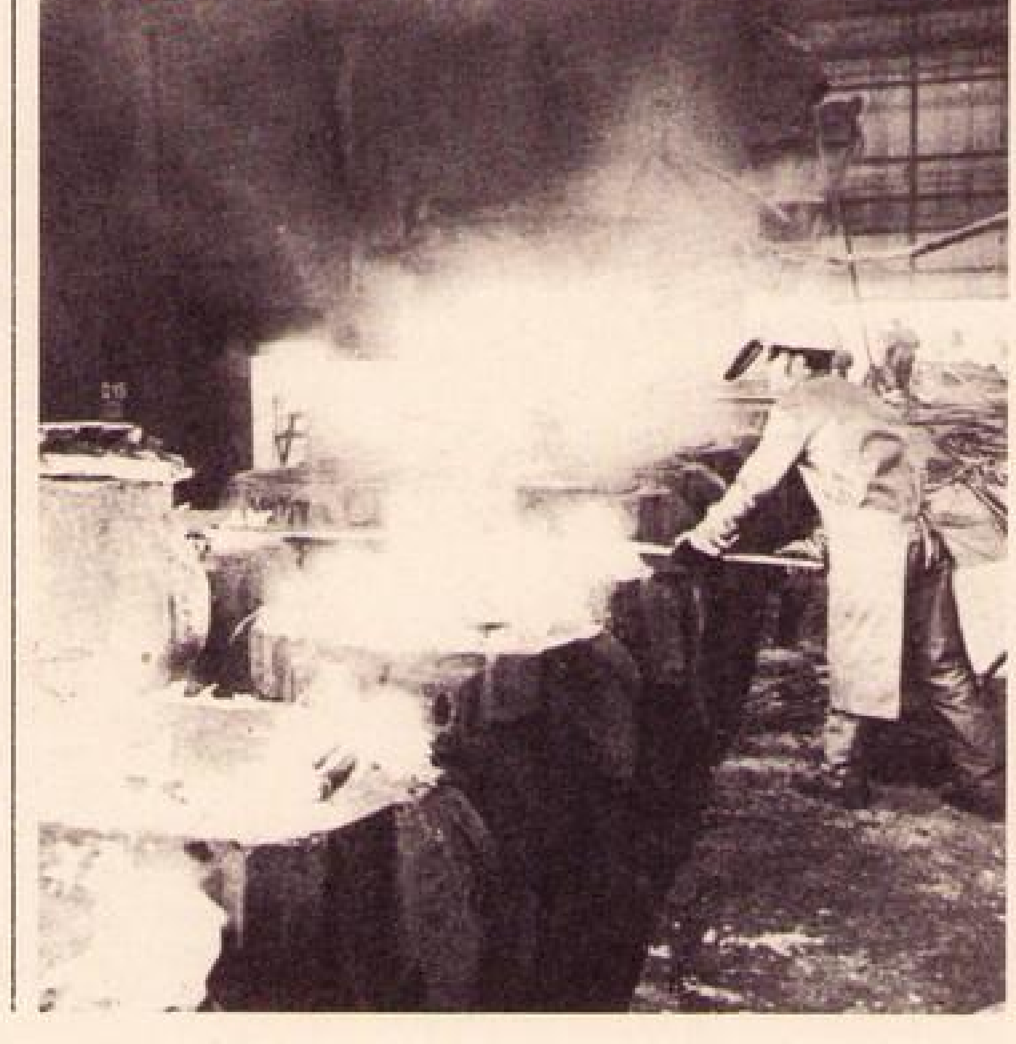
Der Abbau eines Arbeitsplatzes in der Stahlindustrie hat den indirekten Verlust von drei weiteren Arbeitsplätzen zur Folge; darauf wurde kürzlich in der Stahldebatte des Europa-Parlaments hingewiesen.“

Damit wird von diesen Herrn deutlich ausgesprochen, was die in ihrem Auftrag handelnden Moderatoren schon Anfang des Jahres in Form der Großfusionen Thyssen/Krupp und Hoesch/Salzgitter/Klöckner vorschlugen: Radikalen Belegschaftsabbau, radikale Betriebsstillegungen, um ihren Profit zu sichern. Die Stahlarbeiter sollen die Lasten der Krise durch weitere Arbeitsplatzvernichtung, durch Lohnsenkungen und verstärkte Arbeitshetze tragen.

„Notprogramme“ — um das „eigene“ Unternehmen zu retten!

So lautet das aktuelle Stichwort in allen Stahlbetrieben — damit wollen die jeweiligen Unternehmensvorstände die Betriebsräte und Belegschaften zur Zustimmung für weitere Betriebsschließungen und Arbeitsplatzvernichtung gewinnen.

- In Salzgitter wurden — nach Quotentausch mit ARBED — Draht- und Feinstraße geschlossen, um die übrigen Anlagen auszulasten, „das Unternehmen zu retten“.
- In Dortmund wurde eine Halbzeugstraße geschlossen, soll die Feineisenstraße geschlossen werden — um die übrigen Anlagen auszulasten, „das Unternehmen zu retten“.
- Bei Klöckner in Bremen wird ein Notprogramm — Streichung von 1200 Arbeitsplätzen — vom Vorstand verkündet, um die übrigen Anlagen auszulasten, „das Unternehmen zu retten“.



Solche und andere Meldungen auch von Krupp, Thyssen und Saarstahl. Für die verbleibenden Kollegen heißt das mehr Arbeit, mehr Leistung in kürzester Zeit — damit will jeder Konzern „seine“ Konkurrenzlage verbessern. Nachdem in den 70er Jahren der Marktführer Thyssen Spitzenpositionen in der Produktivität erreichte, führt z.Z. Hoesch in bestimmten Bereichen — die zweistelligen Millionengewinne in der Bilanz 82 zeigen es deutlich. Erreicht wurde dies durch die Vernichtung von über 9000 Arbeitsplätzen in drei Jahren. Das dies die verbliebenen Arbeitsplätze nicht sicherer macht, zeigt die Planung, daß weitere 7000 Arbeitsplätze im Konkurrenzkampf der Konzerne allein bei Hoesch auf der Strecke bleiben sollen.

Der derzeitige leichte Vorsprung von Hoesch läßt die anderen Konzerne natürlich nicht ruhen — und auch sie versuchen durch weitere Arbeitsplatzvernichtung wieder an die Spitze zu kommen.

Deshalb müssen wir und unsere Gewerkschaft, die IGM, entschieden Front machen gegen die neue Fusions- und Rationalisierungswelle in der Stahlindustrie. Folgende Forderungen halten wir für die dringendsten, um unsere Interessen zu verteidigen:

- **Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!**
- **Keine Zustimmung in Aufsichts- und Betriebsräten zur Schließung von Werken und zum Abbau von Arbeitsplätzen, solange nicht tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen sind, was praktisch den Aufbau neuer Betriebe bedeutet!**
- **Senkung des gesetzlichen Rentenalters für alle Stahlarbeiter auf 55 Jahre, bei voller Rentenzahlung wie mit 63!**
- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Die Vergabe von Steuergeldern an die Konzerne muß verbunden werden mit Arbeitsplatzgarantien!**
- **Zins- und Forderungsverzicht der Banken, die lange genug von der Ausbeutung der Stahlarbeiter profitiert haben!**

Für die Verstaatlichung der Stahlindustrie bei Arbeitsplatzgarantie!

Der Kampf um die Durchsetzung der Verstaatlichung dieses Industriezweiges würde unsere gemeinsame Front gegen das Finanzkapital und seine Politiker stärken. Das Ausspielen der Belegschaften der verschiedenen Betriebe gegeneinander, die immer wiederkehrenden Hinweise auf die „leeren Kassen“, die „roten Zahlen“ der einzelnen Konzernvorstände könnten im gemeinsamen Kampf der Stahlarbeiter gegen die eigentlichen Hintermänner der Stahlkonzerne überwunden werden. Der notwendige politische Druck auf Regierungen und Parlamente könnte gemeinsam erzeugt werden, um unsere Interessen an Arbeit und Einkommen durchzusetzen!

Stahlarbeiter! Lassen wir nicht die Existenz von Hunderttausenden direkt und indirekt betroffenen Werktätigen in der Hand einiger weniger Finanzhaie liegen, kämpfen wir unabhängig von Weltanschauung, Religion und Parteizugehörigkeit für die Erhaltung unserer Existenz, für Arbeit und Verdienst.



Büro der Grauen Wölfe, Dortmund Haydnstraße

Coop und Graue Wölfe als Geschäftspartner

Einen Skandal, der Gewerkschafter nicht nur in Dortmund empören dürfte, leistete sich das gewerkschaftseigene Unternehmen coop am 9. Juni in dieser Stadt. Es verkaufte ein in seinem Besitz befindliches Gebäude an die faschistische türkische Organisation Graue Wölfe.

Seit langem laufen Dortmunder Antifaschisten Sturm gegen die Tatsache, daß sich im Zentrum des Dortmunder Nordens diese Verbrecherbande ungestört und fast ungetarnt versammeln kann. Schließlich nennen sie sich zwar offiziell Kulturverein, aber ihr Büro in der Haydnstraße trägt unverblümt ihr Wahrzeichen: den Grauen Wolf.

Die Stadt hat bisher nichts Wirksames unternommen, nur gegen protestierende Antifaschisten wurde die Polizei geschickt, zuletzt erst vor wenigen Wochen wieder am Nordmarkt. Der Protest hatte bei der in Dortmund tonangebenden SPD zur Folge, daß der Vorsitzende des Ortsvereins Nord, Detlef Bogdahn, mehrfach beim Coop-Vorstand vorstellig wurde und davor warnte, die Grauen Wölfe zu unterstützen.

Coop-Sprecher Dr. Vehling hat offenbar auch ihn — und darüber ist Bogdahn nach eigenen Erklärungen bitter empört — gezielt hinters Licht geführt. Der Verkauf ist eine gezielte Aktion gewesen.

Öffentlich erklärte der Coop-Vorstand, er habe zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mietvertrages nicht gewußt, mit wem er es zu tun hatte; später versicherte er, da es keine Möglichkeit zur vorzeitigen Kündigung gebe (ordentliche Mieter!), sei man auf jeden Fall entschlossen, das Mietverhältnis ab 1. Juli nicht mehr zu verlängern. Das tat man denn ja auch nicht... und jetzt gehört den Faschisten der Laden ganz.

Detelf Bogdahn fürchtet nun gewalttätige Auseinandersetzungen, er verweist dabei auch aif die angesprochene Nordmarkt-Aktion. Nun, für einen Außenstehenden ist erst mal egal, warum die Grauen Wölfe da sind, und Anlaßzu solchen Befürchtungen hätte man deshalb schon immer haben müssen. Genauer: Seit die Grauen Wölfe da sind, versuchen sie unter anderem, demokratisch gesinnte Kurden und Türken einzuschüchtern. Von ihnen geht die Gewalt aus, und Widerstand gegen sie ist gerechtfertigt. Bisher hat sich die SPD nicht für ein Verbot dieser Organisation stark gemacht. Wenn Bogdahn das jetzt tun möchte — womit er sicher dem Wunsch vieler SPD-Mitglieder entspräche —, ist ihm unsere Unterstützung sicher. Denn für uns ist das keine neue Forderung ...

Die Gewerkschafter sollten die skandalöse Politik des Coop-Vorstandes, seine Faschistenfreundlichkeit, nicht regungslos hinnehmen. Was hier passiert ist, ist eine Schande für den gesamten DGB. Und für jeden, der damit nicht einverstanden ist, Anlaß, auch vom DGB ein entschiedenes Eintreten für das Verbot der Grauen Wölfe und aller Nazi-Banden zu fordern.

Doppelte Staatsbürgerschaft —eine chauvinistische Forderung?

„Zwangseinbürgerung zu fordern, ist chauvinistisch. Ihr argumentiert schon genauso wie die Regierung, die uns auch alle zu Deutschen machen will. Ihr seid so chauvinistisch und verbohrt, daß ihr euch Gleichberechtigung gar nicht anders vorstellen könnt, als uns zu zwingen, Deutsche zu werden." — So lautete sinngemäß der härteste Vorwurf, der auf dem Frankfurter Kongreß gegen die herrschende Ausländerpolitik (3.-5. Juni) von einem Ausländer der Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft entgegengehalten wurde.

> **Die automatische Einbürgerung wird es — im Unterschied zur freiwilligen Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft — den Regierungen der betreffenden Heimatländer und der westdeutschen Bourgeoisie unmöglich machen, durch Druck oder andere Maßnahmen den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft und damit die volle rechtliche und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter und Werktätigen zu verhindern. Die automatische Einbürgerung bedeutet nicht, daß die ausländischen Arbeiter und Werktätigen die deutsche Lebensweise und Kultur, die deutschen Sitten und Gebräuche übernehmen müssen. Sie ist an keinerlei Voraussetzungen gebunden. Sie wird aber dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern und Werktätigen zu fördern.**
>
> *(Ausländerprogramm der KPD — Entwurf —)*

Sicher bleiben solche Einwände schon deshalb nicht ohne Wirkung, weil hier ein Ausländer sprach — und viele ausländische Organisationen, das muß gesagt werden, denken ähnlich — und viele der oft erst sehr kurz existierenden Initiativen gegen die Ausländerfeindlichkeit haben ein gemeinsames Problem: daß nämlich nur wenige Ausländer in ihren Reihen arbeiten. Deshalb entsteht bei ihren Mitgliedern selbst schon mal das Gefühl, sich irgendwas auszudenken, ohne richtig überprüfen zu können, ob das nicht an den Betroffenen vorbeigeht. Diese Situationsschilderung gaben in Frankfurt recht viele Initiativensprecher. Und die Frage der Staatsbürgerschaft wird offensichtlich inzwischen in breiterem Rahmen diskutiert, ist aber umstritten, viele sind sich unsicher.

Was ist also davon zu halten?

Nun, diese Forderung ist nicht ausgedacht, ohne die Vorstellung von Ausländern zu berücksichtigen. Und wir halten die Einwände für nicht gerechtfertigt, wobei es für sie wohl verschiedene Gründe gibt, auf die noch einzugehen ist.

Zunächst einmal: Den Vorstellungen der Bundesregierung steht sie voll und ganz entgegen. Insofern ist der zitierte Vergleich grundsätzlich unangebracht. Das Hauptproblem ist sicher nicht, daß die Regierung alle Ausländer „zu Deutschen machen" will. Sicher, wo sie von Integration spricht, da meint sie Assimilation und Unterwerfung. Aber auch assimilieren will sie nur einen geringen Teil der ausländischen Bevölkerung. Zwei Millionen sollen bereits innerhalb der nächsten Jahre gehen, Zwangsmaßnahmen bei Weigerung sind ausdrücklich angedroht, und später sollen vom Rest auch noch die meisten raus.

Diese großangelegte Vertreibungspolitik mit all ihren notwendigen innenpolitischen Begleiterscheinungen ist eine große Bedrohung, deren Ausmaß zum Teil noch stark unterschätzt wird. Zum Beispiel auch von denen, die meinen, eigentlich hätte sich mit dem Regierungswechsel gar nichts Wesentliches geändert (eine Ansicht, die auch in Frankfurt verschiedentlich zu hören war).

Fortsetzung im nächsten RM

Erklärung

Keine Abschiebung von Hüseyin Inci in die Türkei!

Gegen die Abschiebung eines Asylbewerbers aus der Türkei, des Studenten Hüseyin Inci, protestiert seit längerem in Hamburg eine junge Frau mit einer bemerkenswerten Aktion: Hella Franke, Mitglied des Europäischen Komitees zur Verteidigung der Gastarbeiter und Flüchtlinge (CEDRI), führt einen Sitzstreik durch, den sie bis zur Erfüllung der Forderung nach Freilassung des Hüseyin Inci fortsetzen will.

Breiteste Kreise Hamburger Demokraten haben inzwischen ebenfalls öffentlich diese Forderung erhoben, am 9. Juni teilte auch die SPD-Bürgerschaftsfraktion mit, ihr stellvertretender Vorsitzender habe sich gegen die Auslieferung ausgesprochen und von der Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser eine „Überprüfung" der gegen Inci erhobenen Vorwürfe erwirkt. Eine Reihe von antifaschistischen Organisationen forderte von Frau Leithäuser, der Staatsanwaltschaft Weisung zu geben, den Auslieferungsantrag zurückzunehmen. „Wenn Sie jetzt nichts tun und die Verantwortung an die Gerichte oder gar die Bundesregierung weitergeben", so heißt es in einem offenen Brief, „dann betreiben sie letztlich das Geschäft der türkischen Militärjunta!"

Am 8. Juni demonstrierten zusammen mit der Familie des Inhaftierten etwa 100 Menschen für seine Freilassung, und auch im Rahmen einer etwa 2000 Menschen starken Demonstration gegen Folter, Hinrichtungen und politische Unterdrückung in der Türkei und für die Freilassung politischer Gefangener am 11. Juni wurde diese Forderung erhoben. Auch die KPD war dabei.

Wir fordern mit Nachdruck die Freilassung Hüseyin Incis. Wir solidarisieren uns mit dem Sitzstreik Hella Frankes, deren persönliche Erklärung wir nebenstehend abdrucken.

Ich sitze hier,
weil ich es nicht verstehen will, daß ein Mensch, der bei uns Schutz suchte, weil er den Faschismus in der Türkei bekämpfte, bei uns jetzt verfolgt wird und in die Türkei abgeschoben werden soll.

Ich sitze hier
für den jungen türkischen Staatsbürger Hüseyin Inci. Er lebt mit Frau und Kind in Hamburg und studiert an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik. Seit Ende 1982 läuft sein Asylverfahren. Am 24. Mai 1983 wurde er in Hamburg aufgrund eines Auslieferungsersuchens von türkischen Behören von der Polizei verhaftet und in vorläufige Auslieferungshaft genommen.

Hüseyin Inci war Mitglied einer Lehrergewerkschaft, die — wie viele andere Organisationen in der Türkei — inzwischen verboten ist und Sympathisant der linken Organisation Devrimci Yol. Sollte er in die Türkei abgeschoben werden, drohen ihm Folter, rechtsstaatwidriges Schein-Strafverfahren und wahrscheinlich die Todesstrafe. Obwohl sein Asylverfahren noch läuft, betreibt die Bundesregierung die Auslieferung von Hüseyin Inci. Sie will damit einer Anerkennung des Asylantrags zuvorkommen und schnell vollendete Tatsachen schaffen. **Das darf nicht geschehen!**

Ich bin
Mitglied im Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis Hamburg, das sich für die ausländische Bevölkerung in unserem Land einsetzt. Außerdem bin ich die Kontaktperson des Europäischen Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter (CEDRI), das seinen Sitz in der Schweiz hat.

Ich sitze hier,
weil ich schon einmal miterlebt habe, daß eine große Unterschriftenkampagne, mit der die Hinrichtung des damals 18-jährigen Erdal Eren in der Türkei verhindert werden sollte, nicht zum Erfolg führte. Er wurde hingerichtet! Das war damals für viele Menschen in der ganzen Welt erschütternd.

In der Türkei herrscht seit dem 12. September 1980 ein faschistisches Militärregime. Es muß endlich hier Klarheit geschaffen werden, daß die derzeitige türkische Regierung in gar keiner Weise auf der Rückkehr zur Demokratie ist. Im Gegenteil! Der Bevölkerung der Türkei werden alle demokratischen Rechte, den Kurden sogar ihre Sprache und Kultur abgesprochen. Hunderttausende Oppositionelle sitzen in Militärgefängnissen. Schwerste Folterungen werden an fast allen Gefangenen verübt. Allein in Diyarbakir werden 500 Kinder gefangengehalten und gefoltert.

Seit dem 12. September 1980 wurden von der türkischen Militärregierung 5500 Anträge auf Todesstrafe gefordert. Davon wurden über 200 Verurteilungen zum Tode ausgesprochen, und 46 Menschen sind bereits hingerichtet.

Soeben überziehen die Generäle das Land der kurdischen Minderheit mit Krieg, um eine Endlösung des „Kurdenproblems" herbeizuführen.

Die BRD ist heute das einzige europäische Land, das Flüchtlinge an die Türkei ausliefert. Und dies, obwohl das Europäische Parlament — besonders an die BRD gerichtet — „die mit Auslieferungsersuchen befaßten Instanzen der Mitgliedstaaten auffordert, die Auslieferungsersuchen der türkischen Regierung mit besonderer Sorfalt zu prüfen". Denn es ist bekannt, daß die Türkei unter dem Vorwand, es handle sich um kriminelle Vergehen, versucht, politischer Gegner habhaft zu werden.

Der Hamburger Senat und die Bundesregierung würden einen Schreibtischmord begehen, sollten sie Hüseyin Inci an die Türkei ausliefern.

Ich sitze hier
- für den sofortigen Stopp der momentanen Auslieferungspraxis der Bundesregierung;
- für die Freiheit der in Auslieferungshaft sitzenden Cemal Kemal Altun, Zeynel Aydindag sowie für die etwa 55 weiteren in Abschiebehaft sitzenden Türken und Kurden und die des von Auslieferung bedrohten, international anerkannten Filmregiseurs Yilmaz Güney;
- für die sofortige Freilassung von Hüseyin Inci und die Aufhebung des Auslieferungshaftbefehls!

Hella Franke

Arbeiter gegen Hitler

Betrieblicher und gewerkschaftlicher Widerstand im „3. Reich" (Teil 6)

Zum ersten Einsatz der Kriegsmaschinerie kam es 1936 in Spanien. Seit dem 18. Juli 1936 putschten faschistische Generäle um Franco gegen die rechtmäßige spanische Volksfrontregierung. Obwohl die Mehrheit der Mitglieder des sozialdemokratischen Vorstandes eine gemeinsame Protesterklärung ablehnte, setzten deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter sowie andere Antifaschisten in den Schlachten des spanischen Bürgerkrieges ihr Leben für die Freiheit der Völker — auch des deutschen Volkes — ein. In der Front von etwa 30000 Antifaschisten aus 53 Ländern nahmen auch 5000 deutsche Antifaschisten teil.

Die Aktionen der Gewerkschafter für die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen zeigten den Mangel der ungenügenden Verbindung mit dem Kampf zur Sicherung des Friedens. Aber es gab in der Gewerkschaftsbewegung auch gute und richtige Ansätze. Dies wurde gegen Ende des Jahres 1936 vor allem in der Unterstützung des Kampfes des spanischen Volkes gegen den Faschismus deutlich. Seit September 1936 tauchten in fast allen deutschen Großstädten Flugblätter auf, in denen die faschistische Intervention in Spanien entlarvt und verurteilt wurde. Im August protestierten Antifaschisten aus neun Berliner Metallbetrieben gegen die Aggression des Hitlerregimes. Auf Sylt versuchte man einen Streik zu organisieren.

Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr unternahmen auch antifaschistische Seeleute große Anstrengungen, um den Kampf um höheren Lohn mit dem Kampf für die Sicherung des Friedens miteinander zu verbinden. Klassenbewußte Seeleute gingen nach Spanien und reihten sich in die Internationalen Brigaden ein. Sie kämpften mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus. In einem Flugblatt hieß es: *„Jetzt ist es unsere Pflicht, die Pflicht der deutschen Seeleute und Rheinschiffer, alle Transporte von Kriegsmaterial unmöglich zu machen. Jeder antifaschistische Seemann, jeder klassenbewußte Rheinschiffer kann bei dieser Arbeit, die im Augenblick die beste Unterstützung der kämpfenden spanischen Genossen bedeutet, helfen."*

Die Gewerkschaftsleitung der Seeleute schlug vor: *„Beobachtet und erforscht möglichst genau den Inhalt jeder Ladung. Meldet uns oder der nächsten Arbeiterorganisation eure Beobachtungen."* Von den Hamburger Werftarbeitern wurde sogar ein illegaler Kontrollmeldeausschuß gegründet. Aufgrund von Informationen über die Ladung von Schiffen war es in einigen Fällen möglich, Transporte von Kriegsmaterial nach Spanien zu verzögern.

Die freigewerkschaftlichen Eisenbahner reihten sich in die Kampffront für die spanische Republik ein. In der ersten Nummer ihrer Zeitung „Fahrt frei" im Jahre 1937 riefen sie ebenfalls zur Solidarität mit den in Spanien kämpfenden Genossen auf. Trotz des faschistischen Terrorregimes dies alles zu leisten, ist eine große solidarische Tat deutscher Gewerkschafter.

***

Im Juli 1936 fand im Gewerkschaftshaus der belgischen Transportarbeiter in Antwerpen eine Konferenz der ITF mit deutschen Seeleuten und Rheinschiffern statt. Wie Materialien einer Gruppe von Seeleuten in Kopenhagen zeigten — diese suchten den Kampf um höheren Lohn und Wiedereinführung des Heuertarifs von 1932 zu forcieren —, wurde die Beratung von Antwerpen zum Ausgangspunkt für neue große Anstrengungen im antifaschistischen Kampf.

Ebenfalls unterstützt von der ITF erfolgte im September/Oktober 1936 die weitere Formierung der illegalen freigewerkschaftlichen Eisenbahner. Die Gewerkschaftszeitung „Fahrt frei!" erschien von 1936 bis 1938 in einer monatlichen Auflage von mindestens 500 Exemplaren. Eine große Auflage, wenn man bedenkt, daß jedes Exemplar illegal von einer Hand in die andere Hand weitergereicht wurde. Hauptstützpunkt war einmal das westdeutsche Industriegebiet, zum anderen konzentrierte sich die Organisation auf Süddeutschland.

Es kam zu Verhaftungen von elf Gewerkschaftern. Sie mußten schwerste Mißhandlungen über sich ergehen lassen. Ihnen wurde 1937 der Prozeß vor dem Volksgerichtshof gemacht. Beim Aufbau der Verbindungen gingen die Eisenbahner von dem Grundsatz aus, daß es notwendig sei, ein gewisses Netz von illegalen Funktionären über ganz Deutschland auszubreiten. Diese Truppe sollte imstande sein, dann, wenn irgendwelche Ereignisse eintraten, sich an die Spitze der Eisenbahner zu stellen und den Neuaufbau der Gewerkschaften durchzuführen. Westdeutschland wurde in Bezirke eingeteilt, und an die Spitze eines jeden Bezirkes wurde ein Kollege gestellt, der für dessen Bearbeitung verantwortlich war. Es wurden Verbindungen zu Anhängern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes unternommen, der über einen gut eingespielten illegalen Apparat verfügte.

Sie verbreiteten u.a. auch das illegale Programm der ITF von 1935. Es war ein gewerkschaftliches Sofortprogramm. Darin werden gefordert: Erhöhung der Löhne, Herabsetzung der steuerlichen Belastung, Wiederherstellung des Mieterschutzes, Erhöhung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung, Ausbau der Kurzarbeiterunterstützung, Wiederherstellung des Betriebsrätegesetzes, Pressefreiheit für die Arbeiterorganisationen, Streikrecht, Wiederherstellung des Kollektivarbeitsvertrages, Kündigungsschutzgesetz, 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich usw.

Neues Demonstrationsstrafrecht:

Rechts um und Knüppel frei

Noch vor der Sommerpause will die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Demonstrationsstrafrechts in den Bundestag einbringen. Bis dahin will Zimmermann die scheinliberalen Feigenblätter der FDP endgültig weggefegt haben.

Streit gab es in der Koalition zuletzt darum, daß Justizminister Engelhard (FDP) in dem von ihm vorgelegten Entwurf sich gescheut hatte, den Geist der Wende knallhart festzuschreiben. Sicher auch deshalb, weil er damit alle Beteuerungen seiner Partei, auf dem ihr angeblich so besonders am liberalen Herzen liegenden Gebiet der Innenpolitik für die Sicherung freiheitlicher Politik einzutreten, vom Tisch wischen müßte. Hatte es doch noch in der im Januar in Freiburg verabschiedeten Wahlaussage der FDP geheißen „Eine Einschränkung des Demonstrationsrechts ... lehnen wir ab".



Massenverhaftungen sollen keine Ausnahme mehr bleiben, wenn es nach dem Willen des Bundesinnenministeriums geht. Die Regierung setzt voll auf Abschreckung. Setzen wir uns zur Wehr!

Das war eine der vielen Wahlkampflügen der bürgerlichen Parteien. Engelhard wollte sie etwas verbrämen, indem er in seinem Entwurf Maßnahmen vorschrieb, die Zimmermann schlicht als „schlechten Witz" bezeichnete. Etwa die Möglichkeit für die Polizei, nur „Teilmengen" einer Demonstration aufzulösen, um angebliche Gewalttäter von den „Friedfertigen" zu trennen. Etwa den Freifahrtschein für „Abwiegler", für Leute, die sich zu einem Demonstrationszug nur in der Absicht begeben, die Demonstranten von sogenannten Gewalttätern abzuhalten. Das hätte natürlich vor Gericht Probleme gegeben, die Zimmermann sich ganz ersparen will.

Er will das Demonstrationsrecht aus Kaisers Zeiten: Die Polizei erklärt mißliebige Demonstrationen für aufgelöst, wer dann noch bleibt, ist ein Gewalttäter und kann strafrechtlich verfolgt werden. Jeder, der dann nicht sofort flüchtet, wohlgemerkt. Die Polizei kann dann auch hemmungslos und ohne zu überlegen auf alle Menschen einprügeln, die sich noch auf der Straße vorfindet. — Der Polizeistaat marschiert.

Zimmermann will Ausweisung ohne Urteil

Vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages benannte Friedrich Zimmermann am Mittwoch vergangener Woche einige Schwerpunkte der von ihm geforderten noch reaktionäreren Ausländerpolitik. Er will durchsetzen, daß angeblich straffällig gewordene Ausländer bereits vor Zustandekommen einer Gerichtsentscheidung ausgewiesen werden können.

Ein weiteres Unrecht, das grundlegende Bestandteile selbst normalen bürgerlichen Rechts über den Haufen wirft. Wo ein Urteil nicht abgewartet werden muß, sondern praktisch durch die Formulierung der Anklage vorweggenommen wird, da genügt auch die einfache Konstruierung einer solchen Anklage, um den gewünschten Erfolg zu sichern: Der mißliebige Ausländer wird rausgeworfen. Das dürfte jederzeit zu machen sein, dafür kennt Zimmermann bestimmt Experten. Gesetzt den Fall, in dem Verfahren wird die Unschuld des Betroffenen erwiesen — er kann sich allerdings ja gar nicht mehr verteidigen —, dann braucht man sicher keine Angst zu haben, daß er wieder zurückkommt. Zumal wenn das „Partnerland" bei einer solchen verbrecherischen Aktion die Türkei oder ein ähnliches Regime ist.

Vorschrift gar, nicht bloße Möglichkeit (die einem Gericht wenigstens theoretisch noch einen gewissen eigenen Entscheidungsspielraum geben würde), soll die sofortige Ausweisung „bei gewalttätiger, extremistischer Tätigkeit" werden. Das dürfte das Hauptanliegen der Regierung sein, wenn sie auch darüber hinaus noch gegen Heroinhändler angehen will.

Im Klartext: Ein neuer Schritt zur Knebelung und Unterdrückung aller demokratisch und oder revolutionär gesinnten Ausländer. „Extremistisch" sind sie nach Zimmermanns Ansicht sowieso alle, und „gewalttätig" — nun, dafür reicht schon Widerstand gegen den Polizeiknüppel oder gegen einen Überfall deutscher oder beispielsweise türkischer Faschisten.

Derartige Überlegungen sind übrigens bei den Unionsparteien nicht neu. Sie sind unter anderem bereits in einem Gesetzentwurf enthalten, den diese Parteien im Mai letzten Jahres im Bundestag einbrachten. Die geforderten Maßnahmen, so hieß es in der Begründung für die „regelmäßig gebotene unverzügliche Ausweisung", ergäben sich vor allem **„aus Gründen der Generalprävention"**. Also zur Abschreckung für alle, die auf die Idee kommen sollten, sich ähnlich wie die Betroffenen zu engagieren. Widerspruch und Anfechtungsklage sollen keine aufschiebende Wirkung haben. Unumwunden wurde damals bereits zugegeben, daß man auch das kleinste Risiko, auf dem normalen Rechtsweg könne einem die Tour vermasselt werden, ausschalten will: „Erfahrungsgemäß ziehen sich Strafverfahren gegen politisch motivierte Gewalttäter **wegen der in der Regel schwierigen Beweisführung** besonders lange hin, so daß die aus generalpräventiven Gründen gebotene sofortige ausländerrechtliche Sanktion des Staates erschwert **oder gar verhindert** wird. Eine sofortige Ausweisung würde aber potentielle Gewalttäter abschrecken ..."

Neben diesem Vorstoß erklärte Zimmermann bei der genannten Gelegenheit, eine neue Form eines zeitlich begrenzten Aufenthaltsrechts einführen zu wollen, demzufolge ein Ausländer nach einer gewissen Frist automatisch gehen muß bzw. abgeschoben wird. Das Aufenthaltsrecht für nachgezogene Familienangehörige von Ausländern soll generell an das des bereits hier lebenden Ausländers gebunden werden — wird er ausgewiesen, muß der Ehepartner, müssen alle Familienmitglieder ebenfalls gehen. Zimmermann bekräftigte sein Vorhaben, auch für Kinder unter 16 Jahren eine Aufenthaltserlaubnispflicht einzuführen sowie den Zuzug von Familienangehörigen auf ein Alter von unter sechs Jahren zu begrenzen.

All dies sind konkrete Punkte der geplanten Neufassung des Ausländergesetzes, dessen Verabschiedung den gegenwärtigen Informationen zufolge für Anfang 1984 vorgesehen ist.

Aus diesem Anlaß erneuern wir unseren Aufruf, den Widerstand gegen die staatliche Ausländerpolitik zu verbreitern und zu vereinheitlichen, an den Vorbereitungen zu bundesweiten Protestaktionen vor der Novellierung des Ausländergesetzes mitzuarbeiten, mit der bundesweiten Koordinationsausschuß der Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit am 2./3. Juli in Frankfurt beginnen.

Jugendamt — familienfreundlich?

Merkwürdige Sympathie für die Erhaltung der Familienbande in Ausländerfamilien offenbarte das Bergedorfer Jugendamt im Falle der 17jährigen Türkin A. Der Pferdefuß wird bei diesem Verhalten allerdings schnell sichtbar: A. wird die offizielle Trennung von ihrem Vater verweigert, der Mitglied der Grauen Wölfe ist und sie schon öfters brutal mißhandelt hat.

Als A. im Januar zur Polizei ging und um Einweisung in ein Heim bat, beschied man ihr, sie sei zu alt dazu. Sie wurde schließlich dem Vater wieder übergeben. Nach nochmaliger Flucht kam sie bei einer deutschen Familie unter, deren Adresse dem Vater nicht bekannt ist. Trotz der Eindeutigkeit der Situation räumen die Behörden einem Antrag auf Sorgerechtsentzug wenig Chancen ein. Das Landgericht wird zu entscheiden haben.

Bei einer Gerichtsverhandlung am 1. Februar schilderte A. eindringlich die Mißhandlungen, denen sie ausgesetzt ist. Seit dreieinhalb Jahren lebt sie bei ihrem Vater und ihrer Stiefmutter. Ihr Vater hat eine streng orthodox-islamische Lebenseinstellung, die A. nicht teilt, und ist überdies Mitglied der Grauen Wölfe. Er hat auch schon mal eine Sofalehne benutzt, um seiner Tochter Gefolgschaft einzuprügeln. Vor Gericht allerdings verlegte er sich aufs Leugnen; er lege nur Wert auf eine Erziehung gemäß der türkischen Traditionen und wolle das Sorgerecht behalten. Die Behörden lassen sich in ihrem Wohlwollen für diesen Mann bisher nicht beirren: A. habe ihre Mißhandlungen nicht glaubhaft machen können; auch ein ärztliches Attest über psychische Störungen änderte nichts daran. Erschwerend kommt hinzu, daß Zeugen, die von A.'s Rechtsanwältin benannt wurden, inzwischen Angst bekommen haben und nicht mehr aussagen wollen.

Die deutsche Familie, die A. betreut, hat sich bereit erklärt, finanziell und sozial vollständig für sie aufzukommen. A. könnte also ohne weiteres für immer in Deutschland bleiben. Aber die Behörden interessiert das wenig. Im Januar nächsten Jahres wird A. achtzehn Jahre alt und damit volljährig. Das Schlimmste ist dann überstanden, könnte man sagen. Denn allerdings kommen neue Probleme. A. ist nachgezogen im Rahmen der Familienzusammenführung (die man in Bonn jetzt ganz stoppen will). Sie hat bisher keinen Schulabschluß und lernt jetzt erst mit Hilfe der betreuenden deutschen Familie Deutsch. Sie wird Schwierigkeiten mit der Aufenthaltserlaubnis bekommen, ihr droht trotz zumindest familienmäßig gesicherter sozialer Stellung die Ausweisung in die faschistische Türkei.

Sie wollen wieder marschieren bis alles in Scherben fällt

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Juni 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM



Wende in Bonn

Nun wird sie deutlich, die Wende in Bonn. Nicht nur, daß die Herren von CDU/CSU/FDP in Berufung auf den Wählerwillen in schamlosester Weise die Umverteilung von unten nach oben vollziehen. Den Armen, Arbeitslosen, Rentnern, Sozialhilfeempfängern, aber auch Arbeitern und Angestellten wird genommen, um es den Reichen, den Millionären in ihren unersättlichen Rachen zu stecken. Jetzt ist auch die außenpolitische und mit ihr verbunden die innenpolitische Wende dran. Und diese Wende heißt nicht mehr und nicht weniger als:

Rückkehr zum kalten Krieg

„Auch Ostpreußen ist deutsches Land" — und das müsse in der Politik „unüberhörbar" gemacht werden, hatte CDU-Abgeordneter und Vizepräsident des Deutschen Bundestages Heinrich Windelen bereits auf dem Pfingsttreffen der Landsmannschaft Ostpreußen im vergangenen Jahr verkündet, und Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) beeilte sich noch vor den Bundestagswahlen am 6. März zu erklären, **daß die Bundesregierung die Behandlung der deutschen Frage nicht nur auf die DDR beschränken, sondern auch die Gebiete jenseits von Oder und Neiße mit einbeziehen werde.**

Bundeskanzler Kohl machte die Wende in der bundesdeutschen Außenpolitik deutlich, als er erklärte, er stehe in der Tradition, er fühle sich dem Erbe Konrad Adenauers, seiner Politik in den fünfziger Jahren verpflichtet. Diese Politik aber war die des kalten Krieges. Adenauer selbst machte aus seiner aggressiven, revanchistischen Zielsetzung kaum einen Hehl, als er (lt. dpa vom 16.11.54) erklärte: **„Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird ..."** Damit aber wird klar, warum die Bundesregierung die Aufstellung der amerikanischen Pershing-2-Raketen, einer typischen Erstschlagswaffe, auf bundesdeutschem Boden begrüßt. Nach dem Motto der fünfziger Jahre oder wie der damalige Bundeswehr-General Zimmermann 1959 erklärte: **„Die Zukunft liegt bei dem, der einen Präventivkrieg wagt. Deshalb sollte der Westen, wenn er Rußland schlagen will, einen Präventivkrieg vom Stapel lassen, indem er alle ihm zur Verfügung stehenden Atomwaffen einsetzt." Eine Meinung, der sich inzwischen offensichtlich auch die Amerikaner um Präsident Reagan angeschlossen haben, die einen Atomkrieg für führ- und gewinnbar halten.**

Kein Wunder, daß Revanchisten und Ostlandkrieger aller Schattierungen jubeln und die Springer-Presse („Die Welt") schreibt: „Auf Knien müßte man der Kohl-Mannschaft danken, wenn es ihr gelänge, diese fünfziger Jahre auch nur halbwegs wiederherzustellen. Und genau auf dieses Ziel sollte sie ihre Deutschlandpolitik abstellen." Und das heißt dann ja wohl in der Perspektive den Übergang vom kalten

zum heißen Krieg



Diese Heuchler

Sie reden von Wiedervereinigung, Freiheit, Demokratie. Es war aber doch die Adenauer-Regierung, die, während sie von Wiedervereinigung sprach, zur gleichen Zeit die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen, die NATO betrieb.

Jetzt heulen und zetern sie wieder über die Unfreiheit und Unterdrückung, die „drüben" herrscht. Sie haben es nötig! Nicht, daß wir meinen, daß es Unfreiheit, Ausbeutung und Unterdrückung drüben nicht gibt. Doch wer gibt ihnen, die wie Bundesinnenminister Zimmermann Warnstreiks der Gewerkschaften bei uns als rechtswidrig bezeichnen und mit dem Eingreifen des Staates drohen, das Recht, sich über das Schicksal von Solidarność zu beklagen? Sie, die Mitgefühl mit der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen" bekunden, aber gleichzeitig Anhänger der westdeutschen Friedensbewegung als Staatsfeinde, gesellschaftszerstörende Elemente, Agenten im Dienste Moskaus bezeichnen. Sie, die sich über den Polizeieinsatz gegen polnische Jugendliche empören, gleichzeitig aber ihre Prügelhorden gegen Umweltschützer und Kernkraftgegner loslassen oder mal eben über 100 Besucher eines Jugendzentrums wie in Nürnberg einkerkern. Sie, die sich über das Schicksal eines Sacharows beklagen, gleichzeitig aber türkische Antifaschisten und Junta-Gegner den Folterknechten in Ankara ausliefern. Sie, die zu ihren intimsten Freunden Rassisten und Diktatoren in aller Welt zählen. Sie sollen doch nicht so tun! Sie würden, sollte es in der Bundesrepublik zu Ereignissen ähnlich denen in Polen kommen, ohne mit der Wimper zu zucken, auf streikende und demonstrierende Arbeiter schießen lassen.

17. Juni, Tag der Revanche

30 Jahre ist es jetzt her, als der Versuch der westdeutschen Imperialisten scheiterte, am 17. Juni 1953 unter Ausnutzung der Unzufriedenheit von Teilen der ostdeutschen Bevölkerung, einen konterrevolutionären Putsch in der DDR zu starten. Seitdem haben die Herren in Bonn diesen Tag zum Gedenk- und Feiertag, zum Tag der deutschen Einheit erklärt. Niemals, zu keinem Zeitpunkt nach dem zweiten Weltkrieg, haben die westdeutschen Imperialisten ihre Hoffnung aufgegeben, ihre im Osten gelegenen Pfründe, Fabriken, Werke, Ländereien usw. wiederzugewinnen. Immer haben sie und ihre Bonner Regierungen die Bundesrepublik Deutschland als Nachfolgerstaat des Dritten Reiches betrachtet, die Wiederherstellung des deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 verlangt und dies durch mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichtes bestätigen lassen. Niemals haben sie sich mit ihrer Niederlage im zweiten Weltkrieg und dem Verlust ihrer Ausbeutungsfreiheiten östlich der Elbe abgefunden, und was sie anstreben, ist die Wiederherstellung eines großdeutschen Reiches als Führungsmacht in einem „wiedervereinten" Großeuropa bis zum Ural.

Hatte es auch unter der SPD/FDP-Regierung vorübergehend eine Art „Entspannung", ein „friedliches" Eindringen in die Märkte des Ostens, eine Politik der „friedlichen" Infiltration und Aufweichung gegenüber den Ländern des Warschauer Paktes gegeben, ohne allerdings den Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen aufzugeben, so ist es damit unter der Kohlregierung nun endgültig vorbei. Jetzt wird der „Feind", der „Aggressor" wieder benannt, die „Kriegsschuld" zugewiesen und der „Verteidigungsfall" ideologisch vorbereitet. Vorbereitet durch eine zunehmend chauvinistische Hetze gegen die DDR.

Da entblödet man sich nicht, den Herztod eines Transitreisenden bei einem Verhör durch DDR-Grenzpolitzisten zu einem „Mordfall" (F.J. Strauß) emporzujubeln, 34 Reisende seien allein in den letzten fünf Jahren im Bereich der DDR-Kontrollstellen durch Herzversagen ums Leben gekommen, um bei den Bundesbürgern den Eindruck zu erwecken, DDR-Grenzer prügelten westdeutsche Transitreisende zu Tode und wenn schon nicht das, so stürben sie halt vor Angst, wie die „Welt" zu berichten wußte.

Diese Hetze läßt ahnen, was da unter der Kohl-Regierung noch auf uns zukommen wird. Die Tour ist nicht neu, wir kennen sie noch aus der Zeit der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, als das Reichspropagandaministerium über die angeblichen Greueltaten der Polen an wehrlosen Deutschen zu berichten wußte. Man muß die Menschen in Rage, in Stimmung, in Kriegsstimmung gegen den „Feind" bringen. Und so zeitigte der Tod des Rudolf Burkert am Grenzkontrollpunkt Drewitz auch den erwünschten ersten Erfolg, als anläßlich der Eishockey-Weltmeisterschaft beim Spiel der DDR gegen die BRD-Mannschaft fanatisierte Bundesbürger die DDR-Sportler auf der Auswechselbank mit Fahnenstangen verprügelten und nach gewonnenem Spiel in das chauvinistische „Deutschland, Deutschland über alles" ausbrachen, um es wieder einmal von der Maas bis an die Memel vereinigt zu sehen.

Und damit das Feindbild vom „bolschewistischen Untermenschen" im Osten auch ja nicht verloren geht, bereitet das Bundesinnenministerium eine Dokumentation von „Vertreibungsverbrechen" an Deutschen vor, in der Bundesinnenminister Zimmermann endlich

Fortsetzung auf Seite 2

17. Juni, Tag der Revanche

Fortsetzung von Seite 1
einmal der jungen deutschen Generation die „Vertreibungsverbrechen" und „Greueltaten" der Roten Armee zu Gemüte führen will. Auf der gleichen Linie lag ja wohl auch der mißglückte Reinwaschungsversuch Adolf Hitlers durch die Illustrierte „Der Stern", in der der „Führer" zu einem verkannten, vom Westen so mißverstandenen Verteidiger des christlichen Abendlandes, des „freien Westens" gegen die bolschewistische Weltgefahr gemacht werden sollte.

Damit das Weltbild der Bundesdeutschen im Sinne der neuen deutschlandpolitischen Wende endlich geradegerückt wird, fordert die CSU in einem Sechs-Punkte-Programm u.a.: „Es ist notwendig, das Bewußtsein von der nationalen Einheit sowie von der Zielsetzung der Wiedervereinigung Deutschlands in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und zu fördern." In diesem Sinne soll jetzt an allen Schulen Baden-Württembergs der „17. Juni" zum „fachübergreifenden" Pflichtfach gemacht werden. Der „17. Juni", der gerade in diesem Jahr im Namen der „Freiheit" des westdeutschen Kapitals durch „Bürgerinitiativen „17. Juni", eine Welle von Veranstaltungen, Propagandaumzüge, Sternmärsche, Revanchistentreffen und Faschistenaufmärsche zu einem Höhepunkt kriegsvorbereitender Hetze gemacht werden soll. **Widerstand dagegen ist Pflicht aller Demokraten, Antifaschisten und Kriegsgegner!**

Wir Kommunisten und der 17. Juni

Was war er, dieser 17. Juni des Jahres 1953, als es zu Streiks, Demonstrationen und Toten in Ostberlin und anderen Städten der DDR kam? Ein Volksaufstand, wie es im Westen heißt? Ein konterrevolutionärer Putsch, wie der Osten sagt? Weder das eine noch das andere oder von beidem etwas. In der Hauptseite, so kann man rückblickend sagen, war es ein vom Westen her initiierter und angeleiteter konterrevolutionärer Putsch, der allerdings nicht möglich gewesen wäre, hätte es in der DDR dafür nicht eine Basis, d.h. günstige Bedingungen gegeben. Auslösendes Moment dafür war der von Ulbricht und Grotewohl nach dem Tod Stalins verkündete sogenannte Neue Kurs. Ein Kurs, zu dem Walter Ulbricht im „Neuen Deutschland" feststellte: „daß wir jetzt die Fehler korrigieren und die bisherige Politik der Einschränkung der kapitalistischen Kräfte aufgeben", während gleichzeitig den Arbeitern — ohne sie auch nur im geringsten zu fragen — eine Normerhöhung von 10 Prozent verordnet wurde. Der „Neue Kurs" versprach allen Vorteile, nur nicht den Arbeitern.

Das brachte das Faß zum Überlaufen. Jahrelang hatten die Arbeiter, die ehrlich und begeistert den Sozialismus, die neue Gesellschaft aufbauen wollten, zusehen müssen, wie, während sie für einen bescheidenen Lohn kräftig malochten, anderen, Intellektuellen, Technokraten, Geistesschaffenden, Zucker in den Hintern geblasen wurde und sich die höheren Parteifunktionäre ein privilegiertes Leben mit Einkauf in Sonderläden etc. verordneten. Die Kluft zwischen Partei und Werktätigen vergrößerte sich ständig, bis am 17. Juni 1953 den Bauarbeitern an der Stalin-Allee endgültig der Kragen platzte und sie zu einer Demonstration auf die Straße gingen. Da nützte auch die am gleichen Tage erfolgte Zurücknahme der Normerhöhung nichts mehr. Die Demonstrationen weiteten sich aus.

Das war die Stunde, auf die die Kapitalisten im Westen gewartet hatten. Sie nutzten die Gunst der Stunde, um mit 50 Mark pro Kopf gekaufte Provokateure in den Ostsektor Berlins zu schicken und ihre Agenten in anderen Städten der DDR zu aktivieren. Zeitungskioske gingen in Flammen auf, Häuser brannten, Gefängnisse wurden geöffnet und inhaftierte Faschisten befreit. Aus dem planmäßigen Verlauf der Aktionen, ihrer Zielsetzung ging eindeutig hervor, daß dies ein von den westlichen Imperialisten und ihren Agenten gelenkter konterrevolutionärer Putschversuch war, an dem sich im übrigen nur eine Minderheit der Arbeiterklasse der DDR beteiligte, die Mehrheit lehnte die Streikaufrufe entschieden ab.

Und selbst jene Arbeiter, die da zu Zehntausenden demonstrierten, hatten mit all den Provokationen wenig zu tun. Sie wollten lediglich mehr Demokratie, die praktische Verwirklichung der Herrschaft der Arbeiterklasse, auch wenn sie es nicht so formulierten. Doch lernten die Ulbricht, Grotewohl, Honecker aus den Ereignissen? Mitnichten. Zwar wurden die Normerhöhungen rückgängig gemacht, doch ansonsten blieb alles beim alten: Bürokratismus, Vetternwirtschaft, Korruption, Bevorzugung der Intellektuellen und bürgerlichen Spezialisten, die Kommandopolitik in Partei und Staat.

Die Ulbricht-Administration erklärte nach dem 17. Juni, „das Volk habe das Vertrauen der Regierung verloren", und den Bauarbeitern der Stalin-Allee empfahl der Hofdichter Kurt Bartels, genannt Kuba,: „Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern und künftig auch sehr klug handeln müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird. Zerstörte Häuser reparieren, das ist leicht. Zerstörtes Vertrauen wieder aufrichten ist sehr, sehr schwer." Worauf Bert Brecht ihnen antwortete: „Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?"

KPD

V.i.S.d.P.: C. Stockmar, Postfach 300211
4600 Dortmund 30
Alpha-Druck GmbH
4600 Dortmund

Zwei deutsche Staaten

Zwei Staaten auf deutschem Boden, das ist die Folge des zweiten Weltkriegs, das ist die heutige Realität. Eine Realität, die wohl die meisten Werktätigen beider deutscher Staaten, die ihre Verwandten hüben wie drüben nur unter Schwierigkeiten oder überhaupt nicht besuchen können, als unzumutbar empfinden. Sie möchten sie ändern, denn sie fühlen sich trotz aufgezwungener Spaltung noch immer als eine Nation.

Das ist es, was die westdeutschen Finanzkapitalisten und Imperialisten, denen die Nation in Wirklichkeit völlig egal ist, sie interessiert nur der Profit, im chauvinistischen, im revanchistischen Sinne nutzen möchten. **Weshalb denn sonst die staatliche Nichtanerkennung der DDR, der Anspruch, die Interessen und Rechte aller Deutschen zu vertreten?** Man wartet. Worauf? Auf Verhältnisse wie in Polen, auf einen neuen 17. Juni, um dann mit westdeutschen Truppen die Grenze überschreiten, die DDR befreien, die Wiedervereinigung vollziehen zu können.

Das wäre dann natürlich kein Krieg, sondern eine rein innerdeutsche Angelegenheit, in die sich niemand von außen einmischen dürfe. Zur Abschreckung hält man die amerikanischen Pershin-2-Raketen und Marschflugkörper bereit. Sollte sich die Gelegenheit als günstig erweisen, könnte man dann gleichzeitig Deutschland in den Grenzen von 1937 wiedervereinen, was ja ein Verfassungsauftrag ist, und die Polen von sowjetischer Herrschaft befreien.

Das stimmt nicht, man wolle in Bonn doch Frieden und Entspannung? Bitte, warum dann nicht die staatliche Anerkennung der DDR? Das ist doch der Beweis dafür, daß man nicht die Entspannung, sondern die Verschärfung der Spannungen will. **Für uns Kommunisten ist die DDR wahrlich kein Arbeiter- und Bauern-, kein sozialistischer Staat. Wie in der Bundesrepublik herrscht dort die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, bereichert sich eine kleine Schicht Privilegierter auf Kosten des werktätigen Volkes.** Auch wenn die Produktionsmittel verstaatlicht sind, es fehlt, was für den Sozialismus unabdingbar ist, die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten des Volkes, das heißt: breiteste Massendemokratie.

Trotzdem sind wir für die Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten. Die unabdingbare Voraussetzung dafür aber ist die staatliche und völkerrechtliche

Anerkennung der DDR!

Weitere Schritte wären, wie es im „Friedensplan der KPD" heißt: **der Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden; der Austritt der BRD aus der NATO und EG, der DDR aus dem Warschauer Pakt und dem RGW,** die Erklärung der Neutralität beider deutscher Staaten; der Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes zwischen ihnen; Vereinbarungen über Abrüstungsmaßnahmen und paritätische Bewaffnung und Truppenstärke in beiden deutschen Staaten; Erleichterungen im Reiseverkehr, Förderung des innerdeutschen Handels, des Kulturaustausches, Sportverkehrs usw. usf.

Heißt das, daß wir gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands sind? Mitnichten! **Wir sind nur gegen eine Wiedervereinigung in einem kapitalistischen Deutschland, denn sie würde zwangsläufig eine Stärkung des deutschen Imperialismus, unserer Ausbeuter und Unterdrücker bedeuten.** Wofür wir sind, ist die Wiedervereinigung in einem

vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland!

Die Voraussetzung hierfür wäre jedoch die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten.

Solidarität mit Manfred und Andreas

Seit über zwei Jahren sitzen jetzt die beiden kommunistischen Oppositionellen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt in den Gefängnissen der DDR. Sie sind zu hohen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie für Frieden und Demokratie eingetreten sind, weil sie aktive Solidarität mit ihren polnischen Klassenbrüdern betrieben haben.

Je acht Jahre in den Gefängnissen sollen sie kaputtmachen, soll auf andere abschreckend wirken. Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt haben ihren politischen Kampf in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands in der DDR geführt. Einer Partei, die dort das durchsetzen will, was die SED und ihr Bonzenstaat schon lange verraten haben: Arbeitermacht, Frieden und Freiheit.

Schreibt an die Genossen

Jeder Brief, jede Karte, die die Gefangenen erreicht, erleichtert ihnen das Durchhalten im Gefängnis. Und es ist so einfach, von Versammlungen, aus dem Urlaub, von einer Reise oder einfach mal so eine Karte, einen kurzen Brief rüberzusenden. Selbst wenn der eine Brief oder die eine Karte mal nicht an die Gefangenen ausgehändigt wird, immerhin merken dann die Behörden, daß die Genossen Freunde, Bekannte haben, die nicht aufhören werden, mit den beiden solidarisch zu sein, die den Fall überall und immer wieder bekanntmachen werden, bis die Genossen wieder frei sind.



Andreas Bortfeldt
Strafvollzugsanstalt
Bautzen
Postschließfach 100-2
8600 Bautzen/DDR



Manfred Wilhelm
Strafvollzugsanstalt
Brandenburg
Postschließfach 66-9
1800 Brandenburg/DDR

Weitere Informationen beim Solidaritätskomitee: H.D. Koch, Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Angehörige der wegen oppositioneller kommunistischer Tätigkeit in der DDR Verhafteten und zu langjährigen Freiheitsstrafen Verurteilten haben den untenstehenden Appell an den Ministerrat der DDR verfaßt. Dieser Appell wurde mittlerweile von vielen hundert Menschen unterzeichnet. Unter ihnen sind der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, der ehemalige Westberliner Bürgermeister Heinrich Albertz und viele andere Literaten, Wissenschaftler und Ärzte. Wir möchten auch die Leser des „Roten Morgen" auffordern, diesen Appell zu unterzeichnen.

APPELL AN DEN MINISTERRAT DER DDR

An den
Ministerrat der DDR

Dr. med. Knut Bortfeldt
Westerweder Str. 31
2804 Lilienthal

Sehr geehrte Damen und Herren,
im April, Juni und Juli dieses Jahres wurden engste Angehörige von uns in Berlin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen sind die vom Internationalen Sekretariat von amnesty international als Gewissensgefangene anerkannten Bürger der DDR Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wurden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteile wurde damit begründet, daß Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt sich der staatsfeindlichen Hetze schuldig gemacht hätten. Konkret ging es um die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer oppositionellen politischen Partei — der KPD — in der DDR, um die Herstellung und Verbreitung des Parteiorgans und um Flugblattaktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen.

Wir — die Familienangehörigen der Verurteilten — sind durchaus unterschiedlicher Auffassung bezüglich der politischen Vorstellungen unserer Angehörigen. Wir halten es aber im Interesse der Wahrung der Menschenrechte für unsere Pflicht, gegen diese Gefängnisurteile zu protestieren und uns bei Ihnen für die Freilassung unserer Angehörigen einzusetzen.

Deshalb appellieren wir an Sie: Überprüfen Sie die ergangenen Urteile! Wir fordern die Freilassung unserer Angehörigen, da sie lediglich das in der Verfassung der DDR garantierte Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen haben.

Für die Angehörigen
gez. Dr. med. Knut Bortfeldt

Ich/Wir unterstütze(n) den Appell der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt an den Ministerrat der DDR

....

Name Anschrift

....

Unterschrift

Bitte unterzeichnen und einsenden an:
Dr. med. Knut Bortfeldt, Westerweder Str. 31, 2804 Lilienthal

Wie arbeiten die Volksräte in der SVR Albanien?

Interview mit Abdyl Xhaja (Teil 3 und Schluß)

In unserer Serie über die Arbeit der Volksräte in der SVR Albanien, die wir aus Anlaß der Wahlen zu Volksräten und Volksgerichten, die am 24. April stattfanden, bringen, veröffentlichen wir heute den dritten Teil eines Gesprächs mit Genossen A. Xhaja, Mitglied des Exekutivkomitees des Tiranaer Volksrats.

Nun eine andere Frage. In Albanien gibt es keine Ausbeuterklassen mehr und Diktatur des Proletariats heißt: Demokratie für die Mehrheit und Unterdrückung einer Minderheit. Was heißt aber in Albanien Unterdrückung der Minderheit, wenn es keine Ausbeuterklassen mehr gibt? Was heißt für die VR, den Klassenkampf zu führen?

Bei uns findet überall der Klassenkampf statt. Er wird in bestimmten Formen durchgeführt. Es ist der Kampf gegen die fremden Erscheinungen, die Verletzung des Gesetzes, sogar auch Verbrechen, dies sind die ausgeprägtesten Erscheinungen des Klassenkampfes. Wenn wir hier auch keine Ausbeuterklassen haben, so haben wir doch die Erscheinungen, die Überreste dieser Klasse hier. Da in allen Bereichen unserer Gesellschaft der Klassenkampf geführt wird, wird auch in den Volksräten dieser Kampf geführt. Die VR z.B. analysieren verschiedene Probleme, analysieren z.B. die Verletzung der Arbeitsdisziplin. Das ist eine direkte Weise, wie die VR Maßnahmen gegen die Elemente, die die Arbeitsdisziplin verletzen, durchführen. So wird der Klassenkampf auch im Zusammenhang mit verschiedenen Fragen, gegen die fremden Erscheinungen, Gesetzesverletzungen, z.B. gegen die schlechte Behandlung der Frauen geführt. Natürlich gibt es Überreste, besonders auf dem Dorf. Wenn z.B. die Gesetze, die die Frauen verteidigen, nicht eingehalten werden, z.B. die Gesetze, die den Frauen Erleichterung verschaffen, Schwangerschaftsschutzgesetz, Gesetze, die die Gleichberechtigung regeln, all diese Verletzungen bekämpft der VR und trifft auch die entsprechenden Maßnahmen. Also — der Klassenkampf wird bei uns gegen die Überreste der alten Gesellschaft und gegen die fremden Erscheinungen geführt. Alle diese Probleme und Fragen betrachten wir als Formen des Klassenkampfes.

Zu den fremden Erscheinungen. In welcher Art treten denn die Probleme auf? Was sind hier fremde Erscheinungen, die man bekämpfen muß? Anfang der 70er Jahre gab es die Kampagne gegen diese Erscheinungen, vor allem im Kulturbereich und unter der Jugend. Genosse Enver Hoxha hat in einer Rede kritisiert, daß diese Kampagne überzogen gewesen sei. Gerade Mehmet Shehu ist wohl damals sehr dogmatisch an diese Fragen herangegangen. Ich weiß nicht, ob mein Eindruck richtig ist, aber ich denke, daß gerade in der letzten Zeit auch diese Kampagne wieder verstärkt wird. Wo liegen hier eigentlich die Probleme?

Die Partei hat immer betont, daß wir die fremden Erscheinungen mit Kraft bekämpfen müssen. In bestimmten Augenblicken, zu bestimmten Zeiten, das hängt natürlich auch von dem Druck ab, den die kapitalistische und revisionistische Einkreisung auf unser Land ausübt, wird dieser Klassenkampf verstärkt oder nimmt ab. Er wird aber niemals ganz eingestellt. Der Feind der Partei Mehmet Shehu hat damit spekuliert. Dort, wo der Klassenkampf verstärkt werden sollte, hat er ihn abgeschwächt und umgekehrt, dort, wo dieser Klassenkampf nicht verstärkt werden sollte, hat er überzogen. Aber er hat niemals den Mut gehabt, den Klassenkampf sterben zu lassen, es war die Linie der Partei, die ihm das nicht erlaubt hat. Sonst hätte er sich bloßgestellt, der Klassenkampf gehört zu unserem Alltag, zu unserer Linie, zu unseren Richtlinien. Und wir sehen das konkret — den Versuch des Mehmet Shehu — konkret, indem er einige gesetzliche Dispositionen verabschiedete. In einigen Befehlen, die er selbst erlassen hat. Die von den exekutiven und befehlsgebenden Organen durchgeführt worden waren. Aber jetzt sind diese Befehle und Anweisungen ganz beseitigt. Aber die Grundgesetze sind immer richtig gewesen. Die Verfassung, die Gesetze über die Volksräte, das Zivilrecht, das Familienrecht, das Arbeitsgesetzbuch, sie haben ihren Klassencharakter bewahrt. Sie bewahren diesen Charakter weiter sehr energisch. Man kann nicht sagen, daß dieser Kampf abgeschwächt worden ist, sondern in bestimmten Augenblicken ist er verstärkt worden. Die Einmischung des Feindes in der letzten Zeit hat dazu geführt, daß die VR weiter mobilisiert worden sind, sie haben ihre Wachsamkeit verschärft, haben Kontrollen ausgeübt — im Zusammenhang mit der Einhaltung der Gesetze, besonders mit den Gesetzen, die mit der Verteidigung des Vaterlandes zu tun haben. Das zeigt, daß die VR jeder Entwicklung der Situation entsprechen.

Ich möchte nochmal auf Mehmet Shehu zurückkommen. Mehmet Shehu war ja Vorsitzender des Ministerrats. Einige Minister haben ja mit ihm zusammengearbeitet — und das über lange Jahre; 40 Jahre etwa war Mehmet Shehu selber in der Regierung. Wie hat sich diese Agententätigkeit auf die Staatsmacht ausgewirkt? Du hast schon gesagt, Mehmet Shehu hat einige Befehle gegeben. Mehmet Shehu und seine Leute waren ja nicht nur Agenten, sondern sie haben auch Politik gemacht. Auch wenn sie grundsätzlich die Linie der Partei nicht umwerfen konnten, so haben sie sie doch angegriffen. Kannst du dafür Beispiele nennen?

Im Zusammenhang mit den VR ist zu sagen, sie waren nicht dem Ministerrat unterstellt. Die VR werden von der Volksversammlung und dem Präsidium geleitet. Er hat also nur wenig mit den VR zu tun gehabt. Man kann das bejahen im Zusammenhang mit den Exekutivkomitees. Er hat die Arbeit der Volksvertreter z.B. in dieser Hinsicht geschädigt, indem er einige Kompetenzen, die die VR sehr gut ausüben konnten, den Exekutivkomitees übertragen hat. Diese Kompetenzen hat der Vorstand des Exekutivkomitees gehabt. Der Vorstand des Exekutivkomitees wurde nur durch die scharfe Kritik des Genossen Enver Hoxha beseitigt. Es gibt jetzt keine Vorstände der Exekutivkomitees. Es gibt jetzt nur Exekutivkomitees als kollegiale Organe. Einen Teil der Kompetenzen dieses kollegialen Organes, der Exekutivkomitees, haben wir den VR übertragen. Im Jahr 1978 wurde der Bezirk Tirana vom Präsidium der Volksversammlung kritisiert, weil sie den Organen an der Basis einige Kompetenzen abgenommen haben. Und es war eine Aufgabe des Ministerrats, dies nicht zuzulassen.

Was waren das für Kompetenzen?

Das waren hauptsächlich Probleme, die mit den Wohnungen zu tun hatten. Wer eine Wohnung bekommen sollte, hat nicht das Grundorgan bestimmt, sondern das Exekutivkomitee. Jetzt ist diese Frage geregelt. So kann ich diese Frage beantworten. Das Präsidium übt seine Kontrolle durch seinen Apparat aus. Es kontrolliert das Exekutivkomitee und vor allem die VR. Das Hauptziel unserer Arbeit ist die Festigung der VR. Indem wir die vertretenden Organe gestärkt haben, haben wir auch die Volksmacht gefestigt.

Es gibt ja die Behauptung der Revisionisten, daß der Klassenkampf im Sozialismus abgeschwächt werden kann. Sie reden ja auch vom Staat des ganzen Volkes u.ä. Wir Marxisten-Leninisten sehen die Dinge ja umgekehrt, daß die Volksmacht, die Diktatur des Proletariats gefestigt werden muß. Allerdings betrachten wir auch den Staat der Diktatur des Proletariats als einen Übergangsstaat für den Kommunismus. Hier besteht ja ein dialektisches Verhältnis. Einerseits Stärkung der Staatsmacht, auf der anderen Seite — Absterben des Staates. Wie kann man dies für Albanien, für die Volksräte sehen?

Ja, so ist es. Wir sind der Meinung, daß der Klassenkampf im Sozialismus nicht abstirbt, sondern daß er sich immer mehr verstärkt. Konkret: Unser Land ist von imperialistischen und revisionistischen Ländern eingekreist und inzwischen mischen sie sich sogar militärisch in unser Land ein. Dann gibt es auch Einfluß, Druck und Propaganda durch das Radio, Fernsehen, also diese fremden Einflüsse. Darüber hinaus gibt es noch die Auffassungen und Mentalität der früheren Ausbeuterklassen. Und alles dies bildet einen Komplex, der die Festigung und Verstärkung des Klassenkampfes notwendig macht. Diesen Klassenkampf müssen vor allem die vertretenden Organe der Staatsmacht führen. Am 24. April wählen wir auch die Volksgerichte. Unsere Zivilgerichte behandeln auch kriminelle Sachen. Das sind die schärfsten Formen des Klassenkampfes. Und die VR üben ihre Kontrolle über die Volksgerichte aus. Sie überwachen die Politik der Verurteilungen. Z.B. haben wir in den VR die Bekämpfung derjenigen Elemente analysiert, die zu Wiederholungstätern wurden. Es handelte sich um Diebstähle. Bei uns wird auch ein Dieb als gefährlich eingeschätzt. Wir nehmen diejenigen, die sich sozialistisches Eigentum aneignen. Weil diese direkt die wirtschaftliche sozialistische Ordnung schädigen, denn die ist die Basis unserer Entwicklung. Gegen diese Diebstähle gehen wir erbarmungslos vor. Wir verurteilen sie schwer. Wir bekämpfen auch andere fremde Erscheinungen. Aber die kleinen fremden Erscheinungen nehmen immer mehr ab. Dabei können wir die Rolle, die die Gerichte in den Wohnvierteln spielen, erwähnen, die, wie Genosse Enver Hoxha gesagt hat, gesellschaftliche Organismen sind und innerhalb der Gesellschaft Gericht halten. Man kämpft dafür, daß kleine Sachen nicht vor Gericht gestellt werden. Diese Fragen sollen im Dorf, im Wohnviertel gelöst werden, von den Volksräten, von den Staatsorganen, in Zusammenarbeit mit der DF, der Jugendorganisation, mit der Gewerkschaft. Die Volksgerichte leisten in diesem Sinn eine sehr große Aufgabe. Auch die VR, wobei sie Rechenschaft von diesen Volksgerichten verlangen und ihre Tätigkeit kontrollieren. Sie erteilen auch besondere Anweisungen im Zusammenhang mit dem Kampf, der gegen diese Elemente geführt werden muß. Sicherlich muß man unterscheiden zwischen Personen, die etwas bewußt gemacht haben,und anderen.

Wie werden die VR von den Wählern kritisiert? Ist es schon einmal vorgekommen, daß VR von den Wählern abgewählt wurden?

Kritiken gehören zum Alltag. Kritik trägt zur Verbesserung der Arbeit bei. Bei uns gab es noch keinen Fall der Absetzung eines VR durch die Wähler. Es gab zwei Fälle in Tirana, wo die VR abgesetzt wurden. Meist sind die Anschuldigungen gegen sie so schwerwiegend, daß das entsprechende Gericht eingreifen muß. Die Absetzungsgründe in Tirana waren Kompetenzüberschreitung, Willkür und moralisch schlechte Eigenschaften.

Werden bei den jetzigen Wahlen hauptsächlich die alten VR wieder kandidieren, oder wird es mehr neue geben?

Die neuen VR sind weniger. Jetzt werden aber vor allem junge Arbeiter unterstützt. Viele VR haben Aufgaben in der Administration übernommen, sie sind Angestellte geworden. Aus diesem Grund stellt das Volk neue Kandidaten, Arbeiter auf, die sie gut kennen. VR zu sein ist eine Ehrensache, kein Titel, das Amt bedeutet mehr Arbeit und Engagement für das Volk. Der VR muß sich um die Belange des Volkes kümmern.

Über die Volksmacht und die bürokratische Gefahr

Aus einer Rede des Genossen Enver Hoxha aus den sechziger Jahren

Die Gefahr des Bürokratismus, die der Genosse Xhaja im Interview mit dem „Roten Morgen" immer wieder nennt, ist auch schon früher immer wieder von den albanischen Kommunisten gesehen und bekämpft worden. Gerade in den sechziger Jahren, als die große Auseinandersetzung gegen die sowjetischen Chruschtschowianer in vollem Gange war, wurde diese Tendenz besonders deutlich erkannt, besonders scharf bekämpft. Die Rede des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens aus dieser Zeit bringen wir zum Abschluß unserer Serie über die Arbeit der Volksräte in kurzen Auszügen. (Die Überschrift zum Artikel stammt von der Redaktion).

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das ganze Problem, das die Partei im Augenblick studiert, die Machtfrage ist, die Frage der Volksmacht, die Frage des Volkes an der Macht. Das Problem, das sich vor der Partei auftut, ist groß und zunächst einmal leicht zu verstehen: Das Volk muß allmächtig sein, das Volk muß an der Macht sein und nicht bloß einige Leute. Das Volk leitet und entscheidet, nicht ein paar Leute oder einige Verwaltungen. Die Leute und die Verwaltungen stehen nur im Dienst des Volkes. Das Volk muß über sie bestimmen, sie in Schutz nehmen, wenn sie gut arbeiten, sie korrigieren, wenn sie Fehler machen, sie attackieren, wenn sie seinen Vormarsch behindern. Deshalb müssen wir zwischen einer Volksmacht und einer Bürokratenmacht unterscheiden und diesen Unterschied gut begreifen. Wenn das gründlich begriffen wird, dann wird auch jeder verstehen, daß über den Befugnissen, die ihm zugedacht sind, über seinen Meinungen und Benehmen und über allen seinen Handlungen die Partei steht, das Kollektiv steht, das Volk steht; niemand, egal auf welchem Posten er steht, darf vergessen, daß er mit den ihm zugedachten Befugnissen in seinem Arbeitsbereich nicht tun und lassen kann, was er will, ohne daran zu denken, daß es über ihm eine Führung gibt, ein Kollektiv gibt, eine Partei gibt, ein Volk gibt, vor denen er über alles Rechenschaft ablegen muß. Die Befugnisse müssen auf richtigen Wegen und innerhalb der von mir erwähnten Grenzen durchgeführt und ausgeübt werden. Außerhalb dieses großen politisch-ideologischen Sinns können die Befugnisse nicht richtig ausgeübt werden, weil man in den Abgrund rutscht. (...)

Im Zusammenhang mit diesem für unser Land so großen und lebenswichtigen Problem sind die Menschen, die in diese Räte bis hinauf zur Volksversammlung gewählt werden, von erstrangiger Bedeutung.

Wir müssen erkennen, daß unsere Wahlkriterien von einem nur oberflächlichen politisch-ideologischen und praktischen Verständnis der Machtfrage beeinflußt worden sind. Meist hat man zu folgenden Kriterien geneigt, die übrigens nicht schlecht sind und die wir wie unseren Augapfel hüten müssen: die politische Biographie der Kandidaten, ihr Kampf usw., doch dominiert hat eigentlich ihre saubere politische Gestalt, die wir bei den Abgeordneten des Volkes stets beibehalten müssen, was allerdings nicht alles ist. Der Abgeordnete des Volkes muß nicht nur von lauterster und saubersten Gestalt sein, sondern auch ein revolutionärer Mensch, ein großer Arbeiter, kühn in der Verteidigung der Sache der Partei und des Volkes.

Wir haben mehr dazu geneigt, daß Parteiarbeiter und Staatsangestellte zu den besten Leuten gehören und „schwuppdiwupp" — schon hocken sie alle in Volksräten und Volksversammlung. Zwar werden sie vom Volk geliebt, zwar sind sie in Kämpfen erprobt und viele von ihnen müssen tatsächlich gewählt werden, aber es gibt noch andere, und zwar zu Tausenden, die auf den Feldern und in den Fabriken arbeiten, es gibt Parteimitglieder und Parteilose, die keine Funktionäre sind, dafür aber ein fleißiges Volk. Die müssen wir massenhaft wählen, und die Partei muß sich mit größtem Ernst um ihre besondere Erziehung kümmern, muß mit ihnen Probleme über unsere sozialistische Volksmacht durchgehen, was darunter zu verstehen ist und wie sie arbeiten muß, welche Farbe sie haben muß, wie für ihre Verteidigung und Weiterentwicklung zu kämpfen ist, was für Aufgaben ein Ratsmitglied hat, wie es arbeiten muß usw. Die Partei muß ihnen insbesondere beibringen, die Macht nicht einzig und allein von ihrer administrativen exekutiven Seite her zu sehen, sondern vor allem die legislativen Funktionen der Macht und die unausgesetzte und ständige Kontrolle der Massen über sie zutiefst zu begreifen.

Das müssen wir bei den Wahlen in Betracht ziehen, diese Fragen müssen wir gut verstehen. Hier geht es nicht darum, formell Listen auszuarbeiten, lediglich darauf achtend, ob wir auch nicht jemanden vergessen haben, oder auch den in die Liste zu schreiben, den das Volk kennt, denn es heißt nicht umsonst „Nicht der Bart macht den Mann".

(wird fortgesetzt)

Meldungen

NATO-Manöver

Im Osten der Türkei, in Gebieten, in denen hauptsächlich kurdische Bevölkerung lebt, im Grenzgebiet zur UdSSR, beginnt in diesen Tagen ein großangelegtes NATO-Manöver. „Adventure-Express" — Abenteuer-Express — ist der bezeichnende Name dieser Übung.

An diesem Manöver nehmen vor allem Fallschirmjäger aus der Bundesrepublik, aus Großbritannien, aus Italien, Belgien und den USA teil. Die Soldaten, die zu einer in Westdeutschland stationierten Eingreiftruppe gehören, operieren bei den Manövern zusammen mit türkischen Armeeverbänden.

Der Einfluß der USA auf die Politik der Evren-Junta ist durch eine erst jetzt bekanntgewordene Meldung wieder deutlich geworden. So haben vor dem Einmarsch der türkischen Truppen in den kurdischen Teil des Irak zur gleichen Zeit sowohl eine irakische Diplomatenabordnung als auch eine hohe US-Militärdelegation in Ankara Beratungen abgehalten.

Bei dem Überfall der türkischen Armee wurden viele Dörfer zerstört und mindestens 2000 Zivilisten, vor allem Kurdengefangengenommen und in die Türkei verschleppt.

Kein Uran für Frankreich

Aus Protest gegen die Atomwaffentests Frankreichs im Pazifik, die nicht nur dort breiten Protest hervorgerufen haben, wird Australien in Zukunft kein Uran mehr an Frankreich liefern. Dies teilte der australische Premierminister Bob Hawke mit. Die gefährlichen Tests der französischen Atomindustrie und der Armee fanden vor allem auf dem Murora-Atoll statt, das nicht nur selbst auf Jahrhunderte oder Jahrtausende völlig verseucht ist, sondern auch mehr und mehr zur Gefahr für die ganze pazifische Region wird.

Leopard II nach Japan?

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Verteidigungsausschusses, Willy Wimmer, hat während seiner Japan-Reise angeregt, mit Japan auf dem Gebiet der Waffentechnik und des Informationsaustausches enger zusammenzuarbeiten.

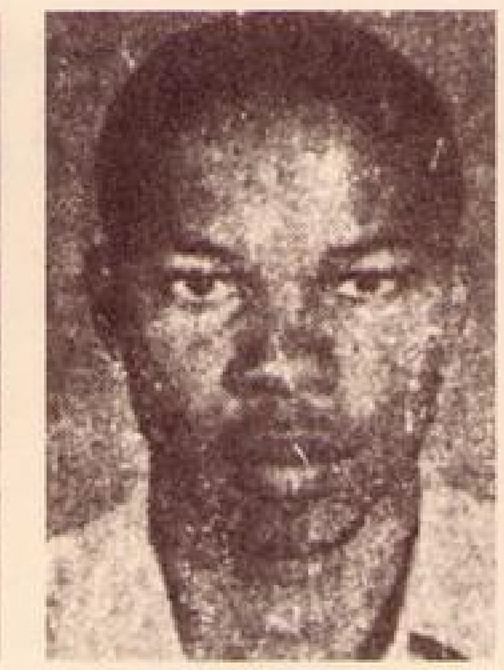
Kurz nach der offiziellen Billigung Japans für die westliche „Nachrüstungspolitik" nannte Wimmer auch Beispiele für eine enge Kooperation. So sei die westdeutsche Marine-Version des Kampfflugzeuges Tornado „maßgeschneidert" zur Verteidigung der japanischen Seewege, auch der westdeutsche Panzer Leopard II und das Kampfflugzeug Alphajet wären ideal für Japan.

Die neuen Großmachtpläne Japans, das immer mehr aufrüstet, um eine beherrschende Rolle im Pazifik zu spielen, sind der Hintergrund für solche „Zusammenarbeitspläne". Die strikte Unterstützung der NATO-Pläne in Westeuropa durch die japanische Regierung stellte Wimmer positiv heraus.

Südafrika:
Drei Freiheitskämpfer hingerichtet


Marcus Motaung


Jerry Mosoli


Simon Mogoerane

Trotz weltweiter Proteste, Eingaben, Appelle, sogar einer Resolution der UNO haben die weißen, rassistischen Machthaber in Südafrika am vergangenen Donnerstag drei Freiheitskämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses hingerichtet. Die südafrikanischen Patrioten Marcus Motaung, Jery Mosoli und Simon Mogoerane sind Opfer des verbrecherischen Systems von Pretoria, das um seiner Herrschaft willen über Leichen geht.

Der Afrikanische Nationalkongreß hatte schon vor der Hinrichtung der drei einen Appell zu weltweiter Solidarität erlassen. Überall kam es auch zu Protesten. Immerhin konnte die Solidaritätsbewegung erreichen, daß drei von ursprünglich sechs Todesurteilen in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt wurden.

Jetzt, nach der Hinrichtung der Freiheitskämpfer ist die Sache nicht gelaufen. Überall werden Stimmen laut, die endlich wirksame Sanktionen gegen das Unrechtsregime in Südafrika fordern. Alle bisherigen Maßnahmen gegen die Rassistenregierung werden immer wieder unterlaufen. Daran ist besonders auch die Regierung der Bundesrepublik beteiligt, die als einziger Staat auf der Welt ein Kulturabkommen mit den Mördern dort unterhält.

Und mit welchem System Bonn auf gutem Fuß steht, macht vielleicht eine kleine Meldung deutlich, die auch in diesen Tagen erschien. Für den Mord an einem Schwarzen ist ein weißer Südafrikaner zu 1200 Stunden — oder 50 Tagen Haft verurteilt worden, die er an Wochenenden absitzen kann. Das Tatmotiv des Ronnie Johannes van der Merve, so der Name des Mörders, war nach der Zeitung „Sunday Express" in Johannesburg, er habe dort Lust bekommen, einen „Houtkop" („Dummkopf") einzuschlagen. Von der ursprünglich „hohen Strafe" für eine vorsätzlichen Mord von 2000 Stunden Haft, setzte das Gericht noch 800 Stunden auf Bewährung aus...

Proteste gegen die Hinrichtung auch auf dem Kirchentag in Hannover

Parlamentswahlen in England
Mehr Macht mit weniger Stimmen

Der von der bürgerlichen Presse so hochgejubelte Erdrutschsieg der konservativen alten und neuen Premierministerin Margaret Thatcher, der einem bei der genauen Betrachtung der Lage des Volkes und der Arbeiterklasse in Britannien völlig unverständlich erscheint, ist ein Erfolg durch ein extrem undemokratisches Wahlrecht.

Das Wahlergebnis verfälscht den Wählerwillen: mehr als 57 Prozent der Stimmen wurden gegen Margaret Thatcher abgegeben!

Nach dem britischen Wahlsystem — einem reinen Mehrheitswahlrecht — kommen diejenigen Kandidaten ins Parlament, die in einem der 650 Wahlkreise die meisten Stimmen bekommen. Das führt dazu, daß Kandidaten mit gut 33 Prozent, wie jetzt bei der Kandidatur von drei großen Parteien, ins Parlament kommen können. Sämtliche anderen Stimmen sind verloren. Die 397 der 650 Parlamentssitze hat so die Konservative Partei mit lediglich knapp 43 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen gewonnen.

Die Labour-Party erhielt für rund 29 Prozent der Stimmen 209 Sitze, die Allianz der Liberalen mit den nach rechts aus der Labour-Party ausgetretenen Sozialdemokraten für knapp 3 Prozent weniger, also 26 Prozent,gar nur 23 Sitze.

Rechnet man das Wahlergebnis genauer nach, so ergibt sich, daß die Konservativen für je 33000 Stimmen einen Abgeordneten bekamen, Labour brauchte schon 40000 Stimmen, die Liberalen gar schon 236000 Stimmen und die mit ihnen verbundenen Sozialdemokraten brauchten 600000 Stimmen, um einen Abgeordneten ins Parlament zu bekommen, rund das zwanzigfache der Konservativen.

Das undemokratische Wahlsystem war es also vor allem, das die überall mit Erstaunen festgestellt Höhe des Sieges der Konservativen gebracht hat. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen hat Margaret Thatcher nicht, sie hat gegenüber ihrer letzten Wahl sogar Stimmen verloren.

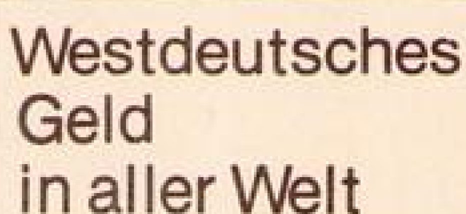
Nun reicht es sicherlich nicht, den Sieg der Konservativen Partei allein dem Wahlrecht zuzuschreiben. Schon länger als in der Bundesrepublik lebt das Land mit einer „Wende": Rigoroser Sozialabbau, harte Gangart gegen die zersplitterten Gewerkschaften und eine massive chauvinistische Kampagne haben auch ihren Beitrag zum Sieg der Margaret Thatcher geleistet.

Die Unfähigkeit von Labour, eine massive Abwehrfront gegen die Politik der erzkonservativen Lady aufzubauen, das Eingehen vieler Gewerkschaften auf eine Politik „zum Wohle des Ganzen", die immer auf Kosten der Arbeiter geht, und nicht zuletzt die bis in weite Teile des Volkes vorgedrungene Falkland-Begeisterung unterstützten die Politik der Konservativen.

Dennoch waren es gerade die Arbeiter in den Industriegebieten, die der Margaret Thatcher eine eindeutige Absage erteilten. Und nicht zuletzt — auch das ist eine positive Sache — gelang es in Nordirland dem Kandidaten von Sinn Fein in West-Belfast, Gerry Adams, seinen Wahlkreis zu gewinnen. Den Sitz in London allerdings wird er nicht einnehmen — die irischen Patrioten anerkennen das englische Parlament nicht als das ihre an.



In West-Belfast gewählt. Der Sinn-Fein-Kandidat Gerry Adams




Westdeutsches Geld in aller Welt

Interessantes Material über Kapitalanlagen und Produktionsstätten westdeutscher Kapitalisten im Ausland vermittelt der Mai-Monatsbericht der Deutschen Bundesbank.

Die offiziellen Direktinvestitionen beliefen sich danach Ende 1981 schon auf 101,152 Milliarden Mark. Noch 1976 waren es lediglich 48,377 Mrd. Mark. Mit anderen Worten, innerhalb von fünf Jahren wurden die Direktinvestitionen im Ausland mehr als verdoppelt.

In den ausländischen Betrieben des westdeutschen Kapitals arbeiteten 1981 mehr als 1,7 Millionen Arbeiter und Angestellte für den Profit der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Darunter 234000 Arbeiter in Brasilien, 94000 in Spanien, 53000 in Indien, 49000 in Südafrika, 42000 in Mexiko, in Nigeria 32000.

Selbst die Bundesbank räumt ein, daß diese Zahlen noch weit unter den realen Besitztümern des Kapitals im Ausland liegt. Denn eingerechnet ist nur das offizielle Grund- bzw. Eigenkapital der Auslandsniederlassungen westdeutscher Konzerne. Der tatsächliche Wert der Fabriken, der Maschinen und Grundstücke liegt aber wesentlich höher. Die Bundesbank gibt diese Zahl, das sogenannte „Bilanzvermögen" mit rund 340 Milliarden Mark an.

Zum „Eigentum" westdeutschen Kapitals muß man auch noch die Milliardenkredite sowohl der Banken als auch der staatlichen „Entwicklungshilfe" rechnen.

In ihrem Monatsbericht für Mai 1983 gibt die Bundesbank auch erstmals Zahlen bekannt, die deutlich machen, welches konkrete Produktionspotential den westdeutschen Kapitalisten im Ausland zur Verfügung steht.

Zunächst einmal die nackten Zahlen:

Branche	Lohnabhängige im Ausland	Umsatz der Auslandsbetriebe
Chemie	317.000	55,7 Mrd. Mark
Elektro	243.000	25,8 Mrd. Mark
Fahrzeugbau	234.000	29,4 Mrd. Mark
Maschinenbau	133.000	14,6 Mrd. Mark
Eisen- und Stahlerzeugung	63.000	7,5 Mrd. Mark

Danach, so gibt die Bundesbank bekannt, hat die Kapazität etwa der Auslandswerke der Chemiekonzerne mittlerweile 75 Prozent der Kapazität der inländischen Betriebe der Branche erreicht. Im Fahrzeugbau wird die Kapazität der Auslandsbetriebe auf 35 bis 40 Prozent der Inlandskapazität geschätzt, bei der Elektroindustrie auf 20 bis 25 Prozent.

Zwei Schlußfolgerungen zwingen sich auf. Zum einen wird deutlich, welche Wirtschaftsmacht die BRD-Kapitalisten in verschiedensten Ländern darstellen, und ganz sicher ist, daß sie diese Macht auch in verschiedensten Fragen, wie etwa der Gewerkschaftsgesetze, der Lohn- und Steuerpolitik, der Arbeitsschutzgesetzgebung in diesen Staaten ausspielen.

Zum zweiten, und das liegt auf der Hand, sind diese Zahlen der eindeutige Gegenbeweis zum Gestöhne der Kapitalisten von den leeren Kassen, von nicht vorhandenen Investitionsmöglichkeiten. Wer sich mit solchen Milliardenbeträgen im Ausland dumm und dämlich verdienen kann, dem kann man hier sein Gejammer nicht abkaufen.

Quellen: Politische Berichte, Nr. 11/1983, Monatsberichte der Bundesbank 5/1983, 8/1982 und 10/1981.

NEU IM VERLAG ROTER MORGEN



Mit 5,— DM sind Sie dabei ...
... denn soviel zuwenig kostet ein
Einzelheft der Reihe „Kommunistische Hefte“ (Theoretisches Organ der KPD) im Abonnement.



Am obenstehenden Buch des Genossen Ernst Aust („Fürs Vaterland?“), das soeben als Doppelnummer 3/4 dieser Reihe erschienen ist, spart man z. B. als Abonnent ganze **4,80 DM** — genug, um sich davon glatt noch ein Taschenbuch kaufen zu können, vielleicht von Karl Marx ... (oder u. U. eine Schachtel Zigaretten, fürs gemütliche Schmökern ...)

In den „Kommunistischen Heften“ wird Wichtiges, Strittiges, Nützliches und Informatives aus allen Bereichen, in denen sich Menschen gegen die Herrschenden in Bewegung setzen, tiefergehend beleuchtet und vom marxistischen Standpunkt diskutiert.

Die Reihe umfaßt sowohl Bücher als auch Aufsatzsammlungen usw.

Es lohnt sich!

Hiermit bestelle ich ein Abonnement der „Kommunistischen Hefte“

☐ ab Nr. 3/4 (E. Aust: Fürs Vaterland?)

☐ ab Nr. 5

*Zutreffendes bitte ankreuzen

Ein Abo umfaßt vier Nummern. Den Betrag von 25,— DM (einschließlich Porto und Verpackung) überweise ich nach Erhalt der Rechnung.

Name: ....

Straße: ....

Ort: ....

Das Abo verlängert sich automatisch, wenn es nicht nach Ablauf gekündigt wird.

Coupon ausschneiden und schicken an:
Verlag Roter Morgen
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

riefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Zur Quotierung von Frauen

Liebe Genossinnen und Genossen!
Über den 3. Kongreß der KJD, der Pfingsten stattfand, wird wohl noch viel geschrieben und (hoffentlich) diskutiert werden. Dabei finden wir es wichtig, eine Diskussion, die auf dem Kongreß geführt wurde, auch weiterzuführen: die Frage der „Quotierung von Frauen“. — Was heißt das eigentlich? „Quotierung von Frauen“ bedeutet, daß eine bestimmte Anzahl von Frauen in die Zentrale Leitung (ZL) der KJD gewählt werden soll ; egal ob einige Männer mehr Stimmen als die „quotierten“ Frauen haben —: Die ZL solle aus mindestens 1/3 Frauen bestehen. So der Antrag eines Hamburger Genossin.

Wir meinen, daß die Diskussion, die auf dem Kongreß um diesen Antrag geführt wurde, Rückschlüsse auf das Bewußtsein der Genossinnen und vor allem der Genossen zuläßt in Bezug auf die „Frauenfrage“.

Argumente gegen die Quotierung waren vorrangig die „Einschränkung“ oder gar „Abschaffung“ der Demokratie bei der Wahl. D. h., es wurde aus dieser Frage — Quotierung ja oder nein — eine grundsätzliche gemacht. Unserer Ansicht nach ist eine solche Entscheidung „nur“ eine taktische Frage, nämlich die: wie verschaffen wir der „diskriminierten Minderheit“, die die Frauen in dieser Gesellschaft darstellen, ein angemessenes Sprachrohr, die Möglichkeit, Forderungen und Positionen zu artikulieren?

Die grundsätzliche Frage stellt sich jedoch bei der aktuellen Beurteilung der Situation auch in der KJD: sind die Frauen gleichgestellt oder nicht? Die KJD ist **keine** Insel der Gleichberechtigung und Emanzipationsverwirklichung, wie manche Genossen zu glauben scheinen, sondern wir sehen auch hier, daß nur wenige Frauen vielen Männern gegenüberstehen. Das läßt doch rückschließen auf unsere Bemühungen, die Gleichberechtigung durchzusetzen —: mangelhaft!!

Da ist doch das Argument, unser Anspruch als kommunistische Jugendorganisation ziele doch auf Gleichberechtigung ab, und deshalb könnten wir doch nicht einer Quotierung zustimmen, die die Verwirklichung dieses Anspruchs ja in Frage stellt, entblößend. Denn es entlarvt die, die sich und der KJD nicht eingestehen wollen: ja, es ist eine Tatsache, daß auch wir durch Tausende von Jahren Patriarchat, d. h. nicht nur Herrschaft von Menschen über den Menschen, sondern speziell noch die der Männer über die Frauen, beeinflußt sind.

Die Art und Weise, wie diese Diskussion geführt wurde,und das Abstimmungsergebnis (Ablehnung der Quotierung!) sind Anzeichen dafür, daß die Gleichberechtigung der Frau, die Liquidierung jeglicher Unterdrückung, in der KJD noch lange, ausgiebig und eindringlich diskutiert werden muß. Darüber läßt uns auch das Wahlergebnis, das fünf von elf Leuten der ZL als Frauen nennt, nicht hinwegblicken. Im Gegenteil, wir hoffen, daß diese Genossinnen ihre Position nutzen, um das Bewußtsein der KJD-Genossen für die Lage der Frauen zu schärfen und die Forderung aufzustellen: Verwirklichung des Anspruchs auf gleiche Rechte von Frauen und Männern in der Gesellschaft (und erst recht in der KJD!)

Rot Front
Nessim, Susanne, Sabine und Jo aus Bremen

Nur Auslegung?

Betr.: Leserbrief zu Artikel „Weltuntergang“ in RM Nr. 20, S. 6

Liebe Genossen,
unter der Überschrift „Weltuntergang“ befaßt sich der „Rote Morgen“ mit der Frage des Kampfes gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen und der Politik der MLPD in dieser Frage. Dabei leistet er Bemerkenswertes!

Ausgangspunkt sind „Sorgen (...), wenn man sieht, wie oberflächlich auch in der linken Bewegung mit der Friedensfrage umgesprungen wird. Ein Beispiel: Die aktuelle Politik der MLPD“.

Nach diesem Auftakt erwartet der Leser doch eigentlich eine gründliche Klarstellung, worin denn nun diese Oberflächlichkeit besteht! Was folgt ist, auf etwa drei der vier Spalten, eine **Auslegung** der Politik der MLPD aus dem Munde des „Roten Morgen“. Dabei wird unter anderem versucht, der MLPD die Behauptung zu unterschieben, Stationierung bedeute „Weltuntergang“.

Wäre es nicht einfacher und vor allem auch ernsthafter gewesen, wirkliche Aussagen der MLPD in dieser Frage zu zitieren? Zum Beispiel aus der Rede des Genossen Stefan Engel am 1. Mai in Gelsenkirchen (die im „Roten Morgen“ auf derselben Seite in einem andern Zusammenhang auch zitiert wird)? Dort heißt es (zu einer Aussage der „Bild-Zeitung“): „Ist also die Warnung vor der Gefahr eines atomaren 3. Weltkrieges, der die Gefahr der Vernichtung der ganzen Menschheit mit sich bringt, nichts anderes als ‚hinterhältige politische Zweckpropaganda der Kommunisten?“ (Rote Fahne Nr. 10, S. 7)

Auf eine Stellungnahme des „Roten Morgen“ zur Kriegsgefahr und der sich daraus ergebenden Strategie und Taktik der Kommunisten wartet man in diesem Artikel vergebens. Nicht einmal eine Andeutung gibt es dazu, auf Grund welcher Einschätzung die KPD in dieser Frage Politik macht. Den **Nachweis** der „Oberflächlichkeit“ bleibt der „Rote Morgen“ schuldig.

Gegen Ende des Artikels heißt es dann: „Alle Kraft gegen die Stationierung. Mit jedem zusammengehen, der dieses will“, und: „Nicht Wahnsinn regiert die Welt. Sondern es geht um Profite, auch bei Kriegsplanung und Kriegsführung. So furchtbar ernst die Bedrohung ist, in keinem Fall ist der Kampf nach diesem Herbst entschieden und vorbei. Und wir dürfen unsere Politik nicht nach der Mode ausrichten und nicht in Panik verfallen.“

Danach kann man sich nur fragen: Ist für die KPD nun der Kampf gegen die Stationierung die gegenwärtig wichtigste Frage im Klassenkampf oder ist sie eine Modeströmung, an der sie sich nicht ausrichten will? Die Verwirrung wird noch größer, wenn man ein Faltblatt der KPD mit dem Titel: „Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn(!), Raus aus der NATO, Neutralität“ zur Hand nimmt, das ich gerade von einem KPD-Genossen erhielt. Dort heißt es:

„Es gibt nur einen Weg, den Frieden für uns sicherer zu machen, die Gefahr zu vermindern, daß die BRD zum Schlachtfeld eines kommenden Krieges wird. Dieser Weg heißt:

- Abkoppeln von der Kriegspolitik der Supermächte!
- Abzug aller Besatzungstruppen!
- Austritt der BRD aus der NATO!
- Strikte Einhaltung der Neutralität zwischen Ost und West!“

Genossen von der KPD! Kann man denn mit einer Neutralitätsforderung die Volksmassen zum Kampf gegen die Kriegsgefahr mobilisieren, den Klassenkampf der Arbeiterklasse höherentwickeln? Wird etwa eine neutrale BRD von einem atomaren 3. Weltkrieg verschont werden? Verfolgen denn die westdeutschen Imperialisten etwa keine eigenständigen Interessen mit der Stationierung?

Es bleibt abzuwarten, wie die im „Roten Morgen“ Nr. 20 getroffene Ankündigung: „Mit den Vorstellungen der MLPD im Friedenskampf werden wir uns noch weiter auseinandersetzen“, gemeint ist.

Als Grundlage für eine Auseinandersetzung über strittige Fragen sollten jedenfalls nicht Auslegungen oder Wunschvorstellungen über die Linie der MLPD durch den „Roten Morgen“ dienen. Der gegenwärtige Standpunkt der KPD zum Friedenskampf sollte eigentlich dazu auch auf den Tisch!

Die Stellung der MLPD ist in jeder „Roten Fahne“ und besonders in dem im Januar 83 erschienenen „Revolutionären Weg“ Nr. 22: „Krieg und Frieden und die sozialistische Revolution“ nachzulesen.

Mit revolutionären Grüßen
W.M.

Spendenliste

Für den „Roten Morgen“ sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

2 Sympathisanten der TKP(M-L)-Bewegung, Bielefeld	70,— DM
P.K., München	1000,— DM
M.H., Groß-Gerau	20,— DM
W.K., Essen	20,— DM
Karl-Marx-Veranstaltung, Köln	27,09 DM
E.H., Westberlin	100,— DM
Türkische Genossen, Solingen	240,— DM
Sektion Westberlin	126,— DM
K.B., Bochum	50,— DM
Zelle Scharnhorst, Dortmund	60,— DM
Genossen aus Bochum	81,— DM
Zelle Schüren, Dortmund	550,— DM
W. u. E.A., Müden	100,— DM
Insgesamt	**2444,09 DM**

Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Spenden.

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen“ nicht. Diese wundersame Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen“, wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen“ aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt,das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention“ des „Roten Morgen“, durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes“ lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen“ auffordern mitzuhelfen,das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen“ nicht die „2-DM“-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

ROTER MORGEN AKTION

Schon 80 neue Abos: Verlängert bis 15. 7. 1983!!!!!!!!!!

RM zum halben Preis!

Jeder, der jetzt schnell den „Roten Morgen“ abonniert, bekommt ihn zum halben Preis!
Also, ein Jahresabo für 30 DM, ein Halbjahresabo

Name ....

Vorname ....

Straße ....

Plz/Ort ....

Hiermit bestelle ich das tolle Sonderangebot:
.........Abonnement/s
0 für 1 Jahr
0 für 1/2 Jahr

0 Ich lege Post/Bankschenk bei über DM.........
0 Ich habe den Betrag von DM..........an den Verlag überwiesen
0 Ich bitte um Vorausrechnung
Bitte einsenden an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103 oder Postfach 300526, 4600 Dortmund 30
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290; Postscheckkonto Dortmund 79600-461.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

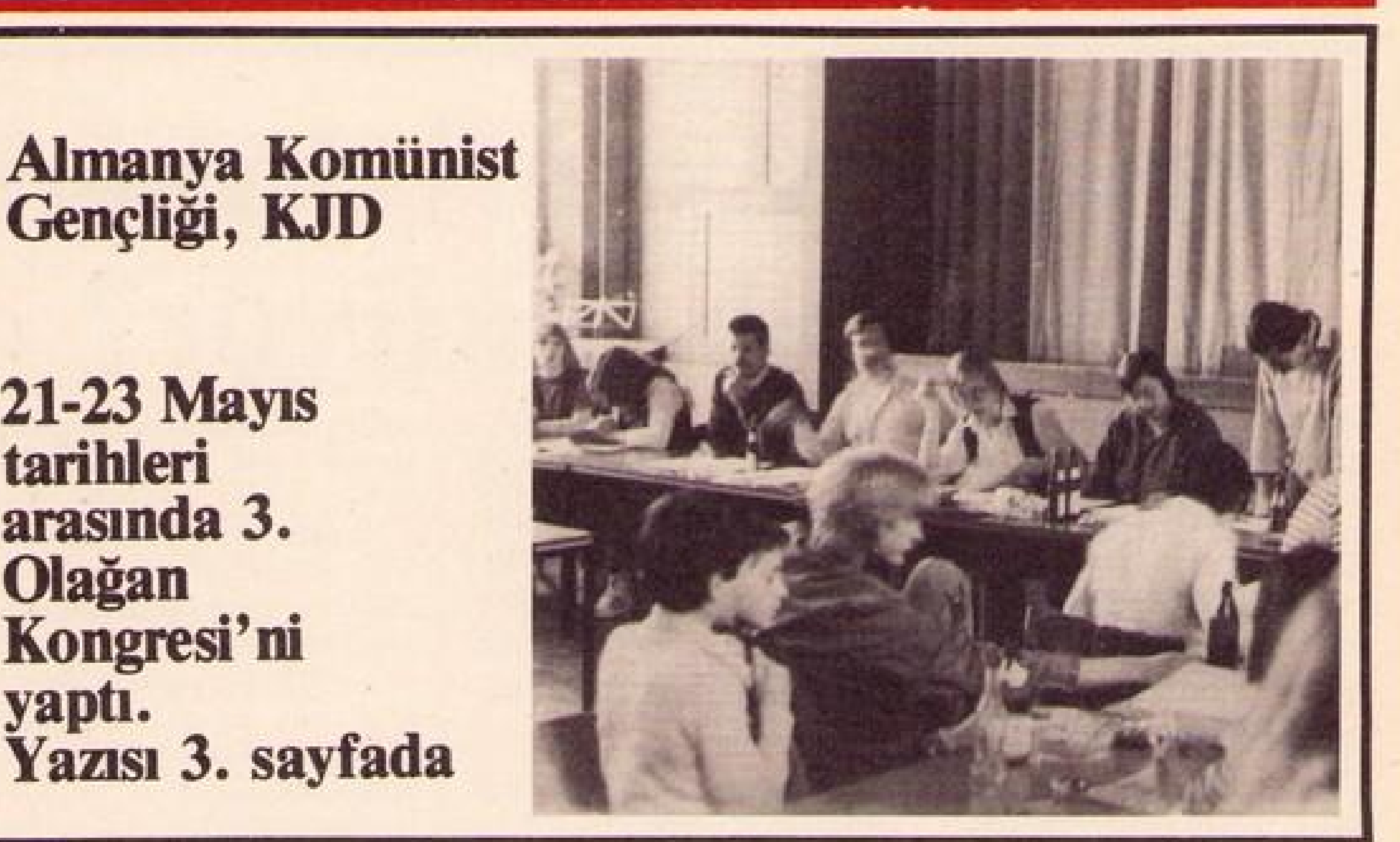
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 24, 17 Haziran 1983 Yıl: 17 1 DM

Almanya Komünist Gençliği, KJD

21-23 Mayıs tarihleri arasında 3. Olağan Kongresi'ni yaptı.

Yazısı 3. sayfada



ÖTV ücret sözleşmesini imzaladı

Federal Almanya'da kamu hizmetlerinde çalışan toplam olarak 2,7 milyon yerli ve yabancı işçi ve emekçileri için toplu sözleşmeler imzalandı.

Kamu işverenleri ÖTV sendikasına, kamu hizmetlileri için 1 Mart 1983'ten 1 Temmuz 1983'e kadar yüzde 2; 1 Temmuz 1983'ten 1 Mart 1984'e kadar yüzde 2,5 ve 1 Mart 1984'ten 31 Ağustos 1984'e kadar ise yüzde 3 kademeli zam önerisinde bulunmuştular.

Sendika yönetiminin daha başından bu talebi kabul etmesi ve Büyük Toplu Sözleşme Komisyonu'na bu talebi kabul ettirmeye çalışması, daha başından sorunun bu noktada sonuçlanacağına işaret ediyordu. Nitekim gelişmeler tamda bu yönde oldu ve ÖTV tarafından kamu işverenlerinin önerdiği adi ücret "artışı" kabul edildi. Postahane ve demiryolu işletmelerinde henüz toplu sözleşmeler sonuçlanmamış olsa ve burada daha fazla zam alma eğilimi taşınsa bile, ÖTV sendikasının bocolamadan sonra kamu işverenlerine karşı teslimiyet bayrağı çekmesiyle birlikte burada da daha büyük bir zam talebi gerçekleştirilemez. Böylece bu anlaşmayla birlikte fiili olarak 1983 yılı toplu sözleşme turları sona ermiştir.

Bu toplu sözleşme turu da, işverenlerin talep ettiği ücretlerdeki ve maaşlardaki düşüş yönünde atılan önemli bir adım anlamına gelmektedir. Bu toplu sözleşme turu, özellikle şu an ÖTV'nun yaptığı ve daha öncede çelik sanayiisindeki anlaşmanın gösterdiği gibi, ücretlerin dondurulmasına yönelik ileriye doğru bir adım atılmasını sağladı. Nitekim, çelik sanayisinde toplu sözleşmelerin 14 aylık ve ÖTV'da ise 18 aylık süreyle geçerli olması bundan başka bir anlama gelmemektedir.

Bununla ilintili olarak ÖTV'nun yaptığı toplu sözleşme anlaşması gerek geniş kapsamlı anlamı (pekâlâ şimdi herkes, gelecek yıl ücret artışlarına karşı ileri sürülecek tanıtların neler olacağını önceden hesaplayabilir) gerekse bunun gerçekleştiği biçim geride olumsuz bir etki bıraktı.

ÖTV Başkanı Wulf Mathies ve şürekası, hükümetle ortak çalışmada her türlü rezilce adıma hazır olduklarını açıkca ispatladılar. Tüm bu gerçekler ışığında sendika içinde muhalefetin örgütlenmesinin gerekliliğine karşı bir yeni tanıt daha gösterilebilir mi?

Emeklilerin maaşlarına bir yeni saldırı daha:

Çalışamayanların emeklilik maaşının kısıtlanması öngörülüyor

Emeklilere karşı çalışma grubu olarak oluşturulan (Blüm, Stoltenberg, Lambsdorff) Bakanlar turu görüş birliğine vardı. Kuşkusuz ki, onların görüş birliği oluşturdukları noktayı bugün her tarafta ileri sürüldüğü gibi, emeklilik maaşlarında yeni kısıtlama yapılmayacağı noktası oluşturmuyor. Tam tersine, buna ilişkin olarak, 1984 yılında beklenilen mali açıklığın nasıl kapatılacağının yolları araştırılmalıdır denilmekte. Görüldüğü gibi, emeklilik maaşlarına yapılan zamların ertelenmesi henüz gündem dışı değildir. Şimdi de çalışamayacak durumda olanların ve bundan dolayı da emekliye ayrılanların emeklilik maaşı kısıtlanmak isteniyor.

Bu yolla beş yıl içinde en az beş milyar Mark tasarruf yapılması amaçlanıyor. Hatta F. Çalışma Bakanı Blüm 1990 yılına kadar emeklilik sigortasının toplam harcamalarının beşte birinin tasarruf edilmesini hesaplayacak kadar ileri gitti.

Şimdiye kadar çalışamayacak durumda olan birisinin beş yıllık çalışma süresinden sonra emeklilik maaşını almasını öngören kanunun değiştirilmesi amaçlanıyor. Ve bunun yerine dilekçe verilmeden önceki beş yıl içinde en az 3 yıllık çalışma süresi şartı koşulmak isteniyor.

Buna ilk bakışta, bu önemsiz bir uygulamaymış gibi görünmektedir. Ancak ne var ki, son yıllar içinde emeklilik maaşının bağlanması için verilen dilekçeleri incelediğimizde, çalışamayacak durumda olduklarından dolayı emeklilik maaşı için dilekçe verenlerin sayısı tüm emeklilik maaşı dilekçesi verenlerin yüzde 51'ini oluşturmaktadır. Bu tür dilekçelerin sayısının özellikle 1974 yılından bu yana artması dikkatleri çekmektedir. Bu dönemden beri sakatlık vb. hastalıklardan dolayı iş güçleri azalanların bir işyeri bulmaları daha da zorlaşmıştı. Bu yöndeki dilekçelerin sayısı özellikle 1980 yılında daha da yükseldi.

Her zaman işçi ve emekçilere karşı alınan kararların ardındandan olduğu gibi, şimdi bu kararın ardında da sakatlıktan vb. hastalıktın, iş kazalarından dolayı iş güçlerini yitiren emekçilere karşı Bonn'da bunların tembel oldukları çalışmak istemedikleri kışkırtmaları başlatıldı. Ne var ki, emeklilik maaşı için verilen dilekçelerin sayısını genel olarak halkın sağlığının gelişmesi ve özelinde ise iş hastalıklarının durumu ile karşılaştıran herkes bunlar arasında olan bağı çok açık bir şekilde görebilmektedir.

Bonn Hükümeti'nin izole edilmesi gereken kenardaki gruplar olarak gördüğü iki halk tabakası bu önlemlerden ağır bir şekilde etkilenmektedir. Bunlardan biri, uzun zamandan beri işsiz olan ve sağlık durumları tam yerinde olmayanlar, diğeri ise genel olarak kadınlardır.

Alınan önlemlerin somut nedenlerinden öteye siyasi bir anlamı da vardır. Bonn'daki gericilerin gür bir şekilde saldırdıkları "sosyal ağdaki düzensizlik" onlara göre özellikle bu noktada daha da genişlemişmiş. Bunun için bu noktada yalnızca şimdiye değin olan "sosyal güvenliği" sınırlayan değil, aynı zamanda bu sistemin büyük bölümünü sarsan bir işaretin konulması öngörülüyor.

İlkin temel hak bir kere yok edildiği zaman — nitekim tamda bu yapıldı — daha sonra bu hak için dikte edilen şartlar gereğine göre genişletebilir.

Başkonsoloslar toplantısında

Türkiyeli ilerici örgütlere karşı etkin önlemlerin alınması kararlaştırıldı

Geçen hafta başında Türkiye'deki faşist cuntanın yurtdışındaki uzantıları olan konsoloslukların ortak bir toplantısı yapıldı. Bonn Büyükelçisi Oktay İşçen'in başkanlığında cuntanın Batı Avrupa'daki 26 Başkonsolosu Bonn'da biraraya gelerek Türkiyeli ilerici örgütlere karşı önlemler sorunu başta olmak üzere çeşitli sorunları görüştüler.

Faşist cuntanın Federal Almanya'daki temsilcisi Oktay İşçen başkanlığında yapılan başkonsolosların toplantısına, Türkiye'den Dışişleri, Adalet, İçişleri ve Savunma Bakanlığı temsilcileri de katıldılar. Türkiye'deki cuntanın borazanlığını yapan boyalı burjuva basında yayınlanan kısmı haberlere inanılacak olursa, bu toplantıda "yurtdışındaki işçilerin sorunları, çocuklarının eğitim sorunu, öğretmenlerin durumu, bedelli askerlik, konsolosluk işlemleri vb." konular üzerine "görüşüldü". Toplantının en önemli noktalarından birini yurtdışında, özellikle Federal Almanya'da faşist cunta aleyhtarlığı yapan Türkiyeli örgütlere karşı "etkin önlemlerin alınması" konusu oluşturuyordu. Faşist cuntanın konsoloslukları bu konuda bulundukları ülkelerde ilerici ve anti-faşist Türkiyelilerin sınırdış edilmesini sağlamak için o ülkelerin yönetimleri ile yoğun bir faaliyet sürdürmektedirler. Nitekim bugün bunu F. Almanya özelinde ele alacak olursak, Zimmermann'ın atmak istediği adım tamda buna hizmet etmektedir. Zaten bu konuda Zimmermann ve Türk Dışişleri Bakanı Türkmen geçen yılki buluşmalarında görüş birliğine varmıştılar.

Faşist cuntanın ve ondan önceki hükümetlerin ve yurtdışındaki konsoloslukların biz Türkiyeli göçmen işçilerin sorunlarına ne denli sahip çıktıklarını, bizim lehimize bir karar alıp almadıklarını şimdiye değin yaşadık. Ve bu toplantı da biz Türkiyeli göçmen işçilerin ve ailelerimizin sorunlarının çözümü için en küçük bir karar alınmış olsaydı, boyalı Türk basını bunu büyük puntolarla yazmaktan geri kalmazdı. Şimdiye değin yaşanan gerçekler, Türkiye'deki hakim sınıfları ve onların yurtdışındaki temsilcilerini bizim sorunlarımızın çözümü değil, tam tersine dövizimizin ilgilendirdiğini en çıplaklığıyla gözler önüne sermektedir. Ve onların biz yurtdışındaki Türkiye göçmen işçilerin sorunlarının "çözümü için" toplanma adı altında yaptıkları bu toplantı da şimdiye değin izledikleri çizginin bir devamı olup ve biz Türkiyeli işçi ve emekçilere yeni tuzaklar hazırlama ve bizim dövizimizi çekme amacını gütmektedir.

Zimmermann yabancıların mahkeme kararından önce sınırdışı edilmesini istiyor

Federal İçişleri Bakanı Zimmermann, geçen hafta çarşamba günü Federal Parlamento'nun İçişleri Komisyonu'nun önünde kendisinin talep ettiği daha da gerici yabancılar politikasının bazı ağırlık noktalarına değindi. O, sözümona suç işleyen yabancıların, bir mahkeme kararı verilmeden önce sınırdışı edilmesini gerçekleştirmek istiyor.

Zimmermann'ın bu girişimi, normal burjuva hukukunun en temel bölümlerini bile çöp kutusuna atan bir haksızlıktır. Bir "suç" ispatlanmadan doğrudan yapılan suçlamadan hareketle karar verilmek isteniyor ki, böylece arzu edilen bir başarı için pekâlâ gerekli suçlama herkes hakkında yapılabilir. Ve "hoş görülmeyen" bir yabancı derhal sınır dışı edilebilir.

Bunu başarmak Zimmermann gibi bir aşırı gerici için zor olmasa gerek. Nitekim o bunun için bazı uzmanları da tanıyor. Sözümona suçlu görülen ve "suçu" ispatlanmadan sınırdışı edilen bir yabancı daha sonra kendisini savunmayacağına ve suçsuzluğunu ispatlamayacağına göre bir daha Federal Almanya'ya giriş yapamamaktadır. Hele hele sınırdışı edilme olayında söz konusu şahıs Türkiye'den ya da buna benzer bir rejimin hüküm sürdüğü ülkeden geliyorsa, onun bir daha geri gelmesinin mümkün olmadığı ve doğrudan bu ülkelerdeki faşist rejimlerin de onu cezalandıracağı açık olan bir şeydir. Böylece sahte suçlamalarla sınırdışı edilen bir yabancı hakkında karar, sınırdışı edilmesiyle birlikte verilmiş olmaktadır.

Bu tür bir önlemin alınmasını gerçekleştirmek isteyen Zimmermann her ne kadar bunun "eroin ticareti" yapanlara karşı olduğunu söylüyorsa da, onun istediği esas şey "hoş görülmeyen" siyasi yabancıların özellikle Türkiyelilerin sınır dışı edilmesini sağlamaktır.

Zimmermann'ın bu girişimi ile tüm ilerici, devrimci ve demokrat görüşlü yabancılara karşı yeni baskı adımları atılmak isteniyor. Zimmermann'ın görüşüne göre polisin ya da Alman ve Türk faşistlerinin saldırılarına karşı kendilerini savunanların hepsi "aşırıdırlar", hepsi "zorbacıdırlar" ve bunların derhal sınırdışı edilmesi gerekir!

Bu tür görüşler, yani yabancı "aşırı uçların" — tabiki kastedilen faşistler değil, antifaşistlerdir — derhal sınırdışı edilmesi görüşleri birlik partileri için yeni bir şey değildir. Bu görüşler daha bu partilerin geçen yılın Mayıs ayında Federal Parlamentoya sundukları bir kanun tasarısında da yer almaktadır. O zaman yabancıların suçüstü yakalandıklarında derhal sınırdışı edilmelerinin kanunlaştırılması ve böylece bundan etkilenenlerin de aynı yönde faaliyet göstermelerini önlenmesi, onların korkutulması öngörülüyordu. Ayrıca bu kanun tasarısında sınırdışına itirazın hiç önleyici etkisinin olmaması da talep ediliyordu. Çünkü faşistlerin ya da polisin saldırısına karşı kendisini savunmak zorunda olan bir ilerici, demokrat görüşlü yabancının suçluluğunun ispatlanması zor olacak ve dolayısıyla o sınırdışı edilemeyecek. Bunun için CDU/CSU partileri daha geçen yıl "aşırı yabancıların" sınırdışı edilmesini önleyen her türlü yasal engelin kaldırılmasını talep etmiştiler.

Bunun yanı sıra Zimmermann, yabancıların belirli bir süreden sonra otomatik olarak ülkeyi terk etmesini sağlayan, zamanı sanırlı olan oturma izni uygulamasının gerçekleştirilmesini istediğini açıkladı. Buraya gelen aile bireylerinin oturma izninin burada yaşayan yabancının oturma izninin süresine tabi kılınmasını, ve o sınırdışı edildiğinde tüm aile bireylerinin de sınırdışı edilmesini talep ediyor Zimmermann. Ayrıca Zimmermann 16 yaşından küçük olan çocuklar için oturma izni uygulamasına geçilmesini, ve 6 yaşından yukarı olan çocukların ailelerinin yanlarına gelmesinin yasaklanmasını istiyor.

Tüm bunlar yeniden düzenlenmesi planlanmış olan ve şu anki bilgilere göre 1984 yılı başında yürürlüğe konulması öngörülen Yabancılar Kanunu'nun bazı somut noktalarıdır.

Bunun için devletin yabancılar politikasına karşı direnişi yaygınlaştırma ve Yabancılar Kanunu'nun yeniden düzenlenmesinden önce Yabancı Düşmanlığına Karşı Merkezi Koordinasyon Kurulu'nun 2/3 Temmuz'da Frankfurt'ta başlatacağı Federal Almanya çapında düzenlenecek protesto eylemlerinin hazırlanmasına katkıda bulunma ve bu yöndeki faaliyetleri birleştirme çağrımızı bir kez daha vurguluyoruz.

Türkiye'ye geri dönen işçileri ne bekliyor?

KŞ'ın "Gönüllü geri dönüşleri teşvik etmik mi, yoksa geri dönüşe zorlamak mı?" yazı dizisinde de belirttiğimiz gibi, artan yabancı düşmanlığı, faşistlerin egemen sınıfların hizmetinde sürdürdüğü yabancılara yönelik fiili saldırıları, tehdit mektupları vs, ve bir bütün olarak Batı Alman devletinin dönüşe zorlama baskıları sonucunda bir çok Türkiyeli göçmen işçi geri döndü.

Ülkelerindeki yoğun işsizlik, açlık ve sefalet, sosyal güvensizlikten dolayı sanayi metropollerine göç etmek ve özelinde ise Batı Alman tekelci burjuvazisinin yerli işçilerin ücretine baskı yapmak, çalışma koşullarını ağırlaştırmak, sendikal mücadelesini bölmek için 1950'li yılların ortalarından ve 1960'lı yılların başından itibaren getirmeye başladığı göçmen işçiler posası çıkıncaya kadar sömürüldüler. Bugün artan işsizlik ve derinleşen iktisadi bunalım nedeniyle, göçmen işçilerin özellikle işsiz kalan, sürekli hasta ve sakat olan, ve çalışmayan aile bireylerini geri göndermek için Federal ve Eyalet hükümetleri'nin ve resmi makamları yabancı işçiler üzerindeki baskıları giderek artıyor. Çeşitli resmi makamlar yabancıların "masrafa yol açan" kesimlerini geri göndermek için girişimlerde bulunmakta, çalışma ve oturma iznini uzatmamaktadırlar. Bunun yanı sıra bir bütün olarak kitle iletişim araçlarında da, radyo, televizyon, gazetelerde de yabancı düşmanlığını teşvik eden yazılar, haberler yer almaktadır.

Devletin yabancılara karşı aldığı karar ve önlemler, siyasi gericiliğin ve faşist örgütlerin yabancı düşmanlığı kışkırtmalarına zemin oluşturmaktadır, onların yabancı düşmanlığı kışkırtmalarını teşvik etmektedir. Resmi makamların, hükümet ve eyalet yetkililerinin izlediği yabancı düşmanı politika sonucunda meydanı boş bulan faşist çeteler yabancılara karşı tehditlerinini ve fiili saldırılarını daha da artırmaktadırlar.

Tüm saldırılardan ve resmi makamların baskılarından etkilenen ve endişelenen yabancı, özellikle de Türkiyeli göçmen işçilerin bazıları geri dönmeye karar vermektedirler. Kuşkusuz ki, geri dönen işçilerin bazılarında, biriktirdikleri para ile Türkiye'de garantili bir yaşam sürdürme hayali de bir rol oynamaktadır. Geri dönen veya dönmeye karar veren Türkiyeli işçiler, yıllardan beri burada çalışarak kazandıkları emeklilik, sosyal, işsizlik vb. haklarını almadan, ya da şimdiye kadar olan uygulamaya göre, iki yıllık bekleme süresinden sonra yalnızca emeklilik sigortasına ödedikleri kendi pirimlerini alarak gitmekte ve haklarının büyük çoğunluğunu Batı Alman tekelci burjuvazisine hediye etmektedirler.

Bunun için biz komünistler, doğru yolun ne olduğunu, bu haklarını nasıl alınabileceğini yabancı, özellikle Türkiyeli işçi ve emekçilere göstermek, Türkiye'ye geri döndüğünde hangi gerçekle kol kola yaşayacağını anlatmak zorundayız.

Bugün geri dönen ya dönme eğilimi taşıyan Türkiyeli göçmen işçiler, Türkiye'de umdukları tabloyu bulamayacaklar. Geri dönüşte yaşam ve çalışma şartları açısından hiç de bekledikleri Türkiye'yi karşılarında göremeyeceklerdir.

Kuşkusuz ki, biz, yani partimiz Almanya Komünist Partisi, KPD bir göçmen işçinin burada mı yaşayacağı, yoksa ülkesine geri mi döneceği sorusunu kendisinin tayin etmesi gerektiği görüşündedir. Ve o bugünkü ekonomik durumdan bağımsız olarak bunu bu durumda etkilenenin vereceği bir karar olarak görmektedir. Ancak biz, geri dönen ya da dönme eğilimini taşıyan bir yabancı işçinin yıllarca burada çalışarak kazandığı hakların ülkesine transfer edilmesinden, bu yönde anlaşmalar yapılmasından yanayız.

Türkiye'deki en temel sorunların başını işsizlik çekiyor. Resmi istatistiklere göre bugün Türkiye'de 3 milyon 432 bin kişi işsizdir. Bu rakama işsiz olan, ama işsizliğe kayıtlı bulunmayan kara listedeki yüz binlerce kişi dahil değildir. Bugün Türkiye'de her 100 kişiden 19'u iş bulamamaktadır. Nitekim 29 Nisan'da Madeni Eşya ve Sanayi İşverenleri Sendikası, MESS toplantısında bir konuşma yapan, faşist cuntanın Çalışma Bakanı Turhan Esener, "işsizlik maalesef artacaktır" dedi.

Artan işsizlik ve ağırlaşan çalışma koşullarının yanında bugün Türkiye'de yakıcı öneme sahip olan sorunlardan birini de sıçramalı bir şekilde yükselen fiyat artışları, enflasyon oluşturmaktadır. Sigortalı olarak çalışan bir işçinin aylık net geliri 14 bin 40 Lira ve asgari ücretle çalışan bir işçinin aylık ücreti 10 bin 904 Lira olurken, son açıklamalara göre dört nüfuslu bir ailenin aylık mutfak gideri 24340 Lira'dır.

Diğer yandan yıllardır uygulanan ekonomik polikadan, derinleşen bunalımdan ve komprador burjuvazi ve toprak ağalarının temsilcilerinin bu bunalımın faturasını emekçi halka ödettirme politikasından esnaf ve zanaatkârlar, işçi şirketleri de ağır bir şekilde etkilenmektedir. Komprador burjuvazi ve büyük toprak sahiplerinin lehine faşist cuntanın uyguladığı ekonomik politika sonucunda özellikle 1970 yılından bu yana kurulan işçi şirketlerinin geriye kalan 262'sinden 106'sı daha ya büyük şirketler tarafından yutuldu ya da iflas etti. Geride kalanların durumu ise pek parlak değil.

Bu gerçekler ışığında soruna yaklaştığımızda bugün Türkiye'ye dönen bir göçmen işçiyi de uzun ya da orta vaadede oradaki sınıf kardeşlerinin paylaştığı açlık ve sefalet bekliyor.

Devlet Planlama Teşkilatı'nın geçen yılın aralık ayında yaptığı bir açıklamaya göre, Türkiye'ye döndüklerinde yalnızca yüzde 14,7 göçmen işçinin ücretli olarak çalışmayı düşündükleri, ancak yurda kesin dönüş yaptıktan sonra bunların yüzde 41,8'nin ücretli olarak çalışma zorunda kaldıkları vurgulanmaktadır. Aynı şekilde işveren olarak çalışmayı tasarlayan yüzde 2,2 göçmen işçinin, yurda kesin dönüş yaptıklarında bu amacı ancak yüzde 0,7'sinin gerçekleştirebildiklerine yer verilmektedir. Ayriyeten kesin dönüş yapanların yüzde 6'sının işsiz kaldığı da vurgulanmaktadır DPT'nin açıklamasında.

Bu durumda izlenilmesi gereken yol kanımızca Federal Almanya'da yıllardır çalışarak kazandığımız hakları tam olarak alma uğruna mücadeleyi sürdürmektir. Ve Türkiye'ye kesin dönmek isteyen birisinin, kesin dönüş yapmasının ardından burada kazandığı haklarının Türkiye'ye transfer edilmesini sağlayan devletlerarası anlaşmanın yapılmasını mümkün kılmaktadır. Kuşkusuz ki, bu amacımızı ancak ve ancak Alman sınıf kardeşlerimizin desteğini aldığımız zaman gerçekleştirebiliriz.

Türkiye'de hayat giderek pahalılaşıyor

Faşis cunta yönetime el koyduğundan bu yana işçi ve emekçilerin yaşam koşulları her geçen gün daha da ağırlaşmaktadır. 24 Ocak kararları doğrultusunda, beşli çetenin uyguladığı bunalımın yükünü çalışan yığınların ve yoksul katmanların sırtına vurma politikası sonucunda işçi, köylü, memur, esnaf ve zanatkârların geçim sıkıntısı her geçen gün daha da büyümektedir.

Mayıs ayı sonunda Milliyet gazetesinin yayınladığı bir habere göre, İstanbul'da dört kişilik bir ailenin aylık mutfak gideri mayıs ayında 350 lira artarak 24 bin 340 Lira'ya yükseldi. Hatta Cumhuriyet gazetesinin Nisan sonunda verdiği habere göre ise, bu miktar 28 bin 915 Liradır.

Fiyat artışlarını Milliyet gazetesinin verdiği miktar üzerinden hesaplayacak olursak, böylece bir aylık süre içerisinde yüzde bir buçuk oranında bir artış çıkmaktadır.

Geçen yılın haziran ayında İstanbul'da dört nüfuslu bir ailenin aylık mutfak gideri 20 bin 390 Lira'ydı. Haziran 1982'den bu yana geçen 12 aylık süre içerisinde bu oran 2 bin 950 Lira yükselerek 24 bin 340 Lira oldu. Bu ise 12 ay zarfından fiyatlarda yüzde 19,3 bir artışın olduğu demektir.

Sosyal Sigortalar Kurumu'nun yayınladığı istatistiklere göre, sigortalı olarak çalışan bir işçinin brüt aylığı 21 bin 600 Lira'dır. Brüt aylıktan yüzde 35 oranında vergi ve diğer kesintileri düştüğümüzde işçinin eline geçen net paranın tablosu ortaya çıkmaktadır. Bu da 14 bin 40 Lira'dır. Bugün Türkiye'de çalışanların ezici çoğunluğu sigortalı değildir ve bunlar asgari ücretle çalışmaktadırlar. Faşist cuntanın 1983 yılı için belirlediği aylık net asgari ücret 10 bin 904 Lira'dır. Böylesi komik bir miktarın karşısında yalnızca 24 bin 350 Lira gibi dört kişilik bir ailenin aylık mutfak gideri bulunmamaktadır.

Gene aynı gazetenin haziran başında yazdığına göre, İstanbul'un bir çok semtinde kiralar 100 bin Lira'da başlamaktadır. Kiraların astronomik rakamlarla verilmesinin yanı sıra ev sahipleri bir yıllık kirayı da peşin istemektedirler.

Bunun yanı sıra sürekli artan ulaşım, giyim, çocukların okul eşyalarının, ısınma, cerayan, vb. fiyatlarını da dört nüfuslu bir ailenin aylık mutfak giderlerinin üstünü eklersek, böylece Türkiye'de nüfusun ezici çoğunluğunun yarı aç yarı tok, yarı çıplak bir durumda bulunduğunu gösteren bir tablo ortaya çıkmaktadır. İşçi ve emekçilerin açlık ve sefaleti her geçen gün daha da derinleşmektedir.

Faşist cunta, komprador burjuvazi ve büyük toprak ağalarının lehine aldığı 24 Ocak ekonomik kararlarıyla, milyonlarca işçi ve emekçinin gerçek gelir seviyesini geriletti, emekçi halk sınıf ve tabakalarının yaşam şartlarını yarı yarıya kötüleştirdi. Örneğin 1977'de bir işçinin ortalama günlük net ücreti 95 Lira'ydı. Bu oran 1983 yılında 470 Lira'ya yükseldi (Bu yükselişle ilintili olarak Türk Lirası'nın değerinin düştüğünü de göz önünde bulundurmak zorundayız). Ancak aynı dönemde temel gıda maddelerinin fiyatlarında ise yüzde 600 ile 1000 arasında değişen artışlar oldu. Buna kira, ısınma, ulaşım vb deki sıçramalı artışları da dahil edersek, işçilerin gerçek ücretlerinin bir hayli düştüğünü görürüz. Örneğin 1977 yılında günlük ücreti ile 11 kilo 600 gram şeker, 9 kilo 500 gram makarna satın alabilen bir işçi, 1983 yılında yalnızca 4 kilo 500 gram şeker, 4 kilo 300 gram makarna alabilmektedir. Bu gerçekler göz önünde bulundurulduğunda, işçinin satın alma gücünün son bir kaç yıl içinde, özellikle de faşist cuntanın yönetime el koymasından bu yana alabildiğince düştüğünü gösteren bir tablo karşımıza çıkmaktadır.

Öte yandan faşist cuntanın uyguladığı "24 Ocak Kararları" diye anılan ekonomik politika, esnaf ve zanatkârları da hızla iflasın eşiğine sürüklemektedir. Örneğin Ankara Bakkalar ve Bayiler Derneği Başkanı'nın yaptığı bir açıklamada yalnızca Ankara'da 1981-1982 yılı içinde 2748 bakkalın iflas ettiğini belirtilmektedir. Buna karşılık büyük sanayi kuruluşlarının satış muameleleri ve kârları hızla artış göstermektedir. Sıraladığımız tüm bu gerçekler faşist cuntanın uyguladığı ekonomik politikanın işçi ve emekçileri, esnaf ve zanaatkârları daha ağır bir yaşamın içine ittiğinin, büyük toprak sahipleri ve komprador burjuvazinin kârlarına kâr kattığının en açık göstergesidirler.



Kısa Türkiye Haberleri

Nadir Nadi ve Oktay Gönensin cezaya çarptırıldı

Nadir Nadi ve Oktay Gönensin hapis cezasına çarptırıldılar. Cumhuriyet gazetesinin sahibi ve Başyazarı Nadir Nadi ve Sorumlu Yazı İşleri Müdürü Oktay Gönensin hakkında, 1961 yılında yayınlanan "Tuhaf Bir Tasarı" başlıklı yazının ocak ayında yeniden yayınlanmasından dolayı *"halkı kanunlara karşı gelmeye teşvik ve memleketin güvenini tehlikeyi düşürecek şekilde makale yayınladıkları"* gerekçesiy ile verilen cezalar kesinleşti. Askeri Mahkeme N. Nadi'ye 2 ay 20 gün hapis cezası ve Gönensin hakkında ise 12 bin Lira para cezası vermişti.

Ayrıca gene aynı gazetenin yazarı Oktay Akbal, 6 Ekim 1982'de Cumhuriyet'te yayımlanan "Yurttaş olarak görevimiz" adlı yazısından dolayı ocak ayında 3 ay hapis cezasına çarptırılmıştı. Askeri Mahkeme'nin verdiği bu cezanın infazı dört ay ertelendi. Öte yandan İstanbul Sıkıyönetim Askeri Mahkemesi'nin aynı gazetenin yazarı Mehmet Şener ve Yazı İşleri Müdürü Oktay Gönensin hakkında "Pabucun Tersi" adlı yazıdan dolayı açtığı dava 29 Haziran'a ertelendi.

M. Gezen ve S. Dincel tutuklandılar

Şehir Tiyatrosu sanatçısı ve karikatürist Savaş Dincel ve güldürü sanatçısı Müjdat Gezen hakkında 1978'de yayınladıkları "Çizgilerle Nazım Hikmet" adlı kitapta "komünizm propagandası yaptıkları" gerekçesiyle İstanbul 4. Ağırceza Mahkemesi'ne dava açıldı. Diyarbakır Sıkıyönetim Askeri Mahkemesi'nin haklarında gıyabında tutuklama kararı alması nedeniyle Gezen ve Dinçel tutuklanarak Sağmalcılar Cezaevi'ne konuldu.

İstanbul Sıkıyönetim Komutanlığı'nın kararı ile toplatılan adı geçen kitabın yazarları hakkında 5-10 yıl arasında hapis cezası isteniyor. Sanatçıların avukatları Basın Yasası'nın 35. maddesine göre, yayınlanan eserlerde zaman aşımının altı ay olduğunu ve kitabın 1978 yılında yayınlandığını bildirerek, tutuklamaya itiraz etti.

30 TÖB-DER Yöneticisi hakkında hapis cezası verildi

Daha önce verilen cezayı Askeri Yargıtay'ın bozmasından sonra 36 TÖB-DER Yöneticisi yeniden yargılandı. Ankara Sıkıyönetim 3 Nolu Mahkemesi'nde yargılanan TÖB-DER Yöneticilerinin 23'ü hakkında beş yıl, dördü sekiz yıl, üçü çeşitli hapis cezalarına çarptırıldı. Ayrıca yargılanan 6 yönetici ise beraat etti. Askeri Mahkeme TÖB-DER'in kapatılmasını ikinci bir kez kararlaştırdı.

Öte yandan tutuklanan ve cezası kesinleşen TÖB-DER davası sanıklarından Abdullah Gölbudak cezaevinde düzenlenen bir komplo sonucunda yaralandı ve daha sonra öldü. Gölbudak TÖB-DER Genel Saymanlığı'nı yapıyordu. Gölbudak ilk tutuklandığı dönemde sorgu için alınıp götürüldüğü yerde defalarca ağır işkenceden geçirilmişti.

Gölbudak'ın öldürülmesiyle ilintili bir açıklama yapan TÖB-DER Genel Başkanı "cezaları yargıtayda kesinleştikten sonra Ankara sicil cezaevine nakledildiler. Hapishaneye geldikleri gün faşist tutukluların saldırısına uğradılar. Faşistler başa çıkamayınca saldırıya gardiyanlar da katıldı. Bu saldırı sonucunda iki kişi hastanaye kaldırıldı. Bu iki kişinin kimler olduğunu henüz kesin olarak öğrenemedik

Bu olaydan 4 gün sonra Genel Saymanı'mızın eceliyle öldüğü ilan edildi ve raporunda da böyle yazıldı" dedi. Raporda ölüm gerekçesi olarak "kalp iltihaplanması" gösterilmektedir. Ancak gerek avukatların açıklaması, gerekse onların zorlaması sonucunda yapılan otopsi bunun tersini göstermektedir.

Üniversitelerde "temizlik" harekatı sürüyor

Faşist cuntanın 1402 sayılı Sıkıyönetim Yasası'na göre, üniversitlerde işlerine son verilen öğretim üyelerinin sayısı her geçen gün giderek artıyor. Faşist cunta geçtiğimiz günler içinde dört öğretim üyesinin işine daha son verdi. İstanbul Üniversitesi Tıp Fakültesi Nöroloji Kürsüsü profesörlerinden Dr. Gencay Gürsoy'un ve aynı fakültenin öğretim üyesi olan Profesör Dr. Üstün Korugan'ın işine son verilmesinden sonra İstanbul Üniversitesi İktisat Fakültesi öğretim üyelerinden Profesör Dr. İdris Küçükömer ve Profesör Dr. Sencer Divitçioğlu da görevinden alındılar.

KJD 3. Kongresi:

Yabancılar dışarı mı? Asla!- Yabancılar bizi bu Almanlarla yalnız bırakmayın!

Bu şiar altında KPD'nin Gençlik Birliği, Almanya Komünist Gençliği (KJD) gelecekte gençler arasında artan yabancı düşmanlığına karşı mücadele etmek istiyor. Bu kararı, 21-23 Mayıs tarihleri arasında Rheinland'da toplanan KJD 3. Kongresi aldı. Üç günlük süren bu kongreye 80'i aşkın delege ve misafir katıldı. KPD'yi 1. Başkanı Ernst Aust yoldaş temsil ediyordu. KPD'nin Yüksek Okul Öğrencileri Birliği, "Komünist Yüksek Okul Öğrencileri" (KS), Yönetim Kurulu'ndan bir yoldaş aracılığıyla Kongre'ye içten mücadeleci selamlarını iletti.

Kongre bir bütün olarak Gençlik Birliğimi'zin son iki yıl içinde kaydettiği ilerlemeleri yansıttı. Bu döneme sevindirici olan bir çok yeni üyenin kazanılması, canlı ve mücadeleci eylemler damgasını vuruyordu. Toplanan tecrübeler Merkezi Yönetimin Faaliyet Raporu'nda özetlendi. Faaliyet Raporu Kongre tarafından oybirliği ile kabul edildi.

Bugün gençliğin önünde duran önemli siyasi sorunlar üzerine Kongre çalışma gruplarında tartıştı. Şu konulara ilişkin çalışma grupları oluşturuldu: Orta menzilli füzelerin yerleştirilmesine karşı mücadele; Gençliğin işsizliği; Mesleki eğitim; Faşistleştirme; Kadınların durumu ve yabancı düşmanlığı. Her çalışma grubu söz konusu sorular üzerine güncel siyasi gelişmeyi tartıştı, biz komünistlerin buna ilişkin tavrını belirledi ve KJD'nin tek tek bölümlerde eylemler ve diğer faaliyetler aracılığıyla nasıl aktif olabileceği üzerine düşünce geliştirdi.

Ayrıca sosyalizm üzerine ayrıntılı bir tartışmanın sürdürülmesi de planlanmıştı. Bu tartışma için soru şöyleydi: Sosyalist bir Almanya'yı nasıl tasarlıyoruz? Bu nasıl olmalı? Bugüne, emperyalist Almanya'ya karşılık orada nasıl yaşayacağız? Ne var ki zaman darlığından ötürü bu tartışma sürdürülemedi. Kongreye yalnızca bu konuya ilişkin bir olağan kongrenin yapılmasını kararlaştırdı.



Kızıl Şafak'ın Almanca bölümünde Kongre üzerine ayrıntılı haber verdik, Faaliyet Raporu'nun bölümlerini, önemli önergeleri ve KJD Kongresi'nin KPD Parti Kongresi'ne bir önergesini belgelerle yayınladık. Ne var ki, yer darlığı nedeniyle bunu Türkçe sayfalarda yayınlayamayacağız. Bunun yerine Kongre'nin yabancı gençlerin durumu üzerine söylediklerini ayrıntılı olarak ele almak istiyoruz.

Bugün KJD'ye üye bayan ve erkek yoldaşların yüzde 20'si Türkiyelidir. Bir kaç da Yunanistanlı ve İspanyalı bayan ve erkek yoldaş var. Bu Gençlik Birliği'nin tarihinde yeni olan bir şeydir ve son iki yıldaki bir gelişmedir. KJD, örgütü yabancı gençlere karşı açık tuttu ve gelecekte daha fazla yabancı genci örgütlemek için yoğun bir çaba sarf etmek istiyor. Şüphesiz ki, bunun en açık ifadesi, 11 kişilik Merkezi Yönetim'den iki yoldaşın da Türkiyeli olması gerçeğidir.

Merkezi Yönetimin Faaliyet Raporu "KJD fazla almanlaşmış mıdır? Yabancı gençlerin de kendilerini bizde rahat hissedebilecekleri bir şekilde mi çalışıyoruz?" sorusunu yöneltmişti. Özeleştirici bir gözle çalışma metodları incelenecek ve yabancı gençlerin eşit bir yeri olması gerektiği, onların özel sorunlarının, örneğin dil zorluklarının buna uygun olarak çalışmalarda göz önünde bulundurulması talep edildi.

"Yabancı düşmanlığı" çalışma grubu, Lenin yoldaşın açıklamalarına ve Almanya'daki tarihi gelişmeye dayanarak bu konu üzerine çok esaslı ve ayrıntılı bir şekilde tartıştı. İşçi göçünün emperyalizmin bir belirtisi olduğunu vurguladı. Bunun "modern kölelik" olduğuna provokatif bir şekilde işaret etti ve bunun yerinde bir tanımlama olduğu belirttiler bayan ve erkek yoldaşlar. Onlar ikinci dünya savaşından önce Almanya'da yabancı işçi çalıştırılmasının ilk dalgasını, özellikle Ruhr bölgesindeki Polonyalıların durumunu incelediler. Daha sonra resmi olarak "Yabancı işçi" ("Fremdarbeiter") diye tanımlanan 6 milyon işçinin Hitler faşizmindeki durumunu ele aldılar. Nitekim ardından ise bugünkü "misafir" işçilerin getirilmesi üzerinde duruldu. Batı Alman emperyalizminin vahşi yüzü bir kırmızı iplik gibi olayların içinden geçmektedir.

Sürekli yabancı düşmanlığı kışkırtıldı, yabancılar sürekli haksız bir konumda, ikinci sınıf insanlar olarak yaşadılar. Polonyalılar ve "Yabancı işçilerin" ("Fremdarbeiter") durumunda olduğu gibi, onlara dilleri, kültürleri vb. yasaklandı. Bugünkü paralellikler mevcuttur, Federal Almanya'da pek o kadar şey değişmedi; biçim değişti, ancak yabancılar politikasının içeriği aynen kaldı.

Bugünkü "misafir" işçilerin haksız konumları, işyerlerindeki, okullardaki vs. durumları bir başka konuyu oluşturuyordu. Çalışma grubu yabancı düşmanlığına karşı mücadelede de bir başarının sağlanabileceği, yabancıların siyasi ve yasal eşitliği için mücadelenin bugün en önemli görev olduğunu vurguladı. Bunun için şu talepler ileri sürüldü: Çifte vatandaşlık uğruna mücadele (Bu talebi Lenin 1916 yılında ilk olarak İsviçre'de ileri sürdü) ve seçme hakkı için mücadele.

Ön yargılar ise bir başka konuyu oluşturuyordular. Yabancıların her gün karşılaştıkları çeşitli önyargılar sıralandı ve tek tek incelendiler. Bununla ilintili olarak bu sorunda önemli bir işlevi olan yayınların rolü araştırıldı. Bitiminde ise eylem imkânları tartışıldı. Bununla ilintili olarak KJD'nin tek tek grupların çalışmalarını destekleyen yabancı düşmanlığına karşı bir ajitasyon broşürünü, afiş, rozet ve bildiri çıkarması kararlaştırıldı.

Şu an KJD Merkezi Yönetimi ilk toplantısını yaptı, Kongre'nin sonuçlarını görüştü ve Merkezi Yönetim'de bir Yabancılar Çalışma Grubu'nu oluşturdu. Merkezi Yönetim, Yabancılar Kanunu'nun yeniden düzenlenmesine karşı Federal Almanya çapında yapılması öngörülen eylemleri desteklemek kararını aldı. KJD kendi çalışmalarıyla buna katılacaktır.

Kızıl Şafak'a bağış kampanyasına katıl!

Hedef: 30 bin DM



Her gün her şeyin pahalılandığını duyuyoruz. Ancak buna karşılık Kızıl Şafak'ın fiyatı değişmemektedir. Bu tuhaf belirtinin nedeni, onun yayımcısı olan KPD'nin, haftalık komünist gazetesinin açığını kapatmasında yatıyor.

Tüm gerçek masrafları hesapladığımızda, Kızıl Şafak'ın bir adeti satış fiyatı olan 1 DM'in iki katından daha fazla miktarda bir paraya mal olmaktadır. Bu masraflar, yazarlar ve yayın evinde çalışan diğerleri için ödenen ücretlerden başlayarak, Yazı Kurulu için gazete aboneleri ve ihtisas literatürü giderlerini, Kızıl Şafak'ın büro kirasındaki payını, kalörifer, cerayan ve telefon masraflarını kapsamaktadır. Diğer gider faktörlerini ise paketleme materyalleri ve posta ücretleri, defter tutma, ve tabiki dizgi, film ve basım masrafları oluşturuyor.

Gerçekten gerekli olan çok tesirli bir fiyat artışı, şu an var olan mevcut açığı, partinin Kızıl Şafak'a yaptığı "para yardımlarını" düşürmekle, önlenebilir. Bunun en iyi yolu, muazzam bir şekilde trajı yükseltmektir. Bu hem siyasi hem de ekonomik olarak en iyi yoldur. Ne var ki, önümüzde bulunan yaz ayları ve "pazarın" gerçek değerlendirilmesi, tek bir yol olarak bu yolun pek başarılı olacağını göstermiyor. Bunun için tüm yoldaşları, arkadaşları ve Kızıl Şafak okurlarını KŞ'ın açığını 30 bin DM düşürmeye katkıda bulunmak için bağış kampanyasına katılmaya çağırıyoruz. Böylece gazetenin fiyatının yükseltilmesi önlenmiş ve Kızıl Şafak'ın gerekli yaygınlaştırılmasında "2 DM" engeli mani olmamış olur.

Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin: KPD, 46 Dortmund 30
Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Konto-Nr. 321004547
ya da Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Konto-Nr. 6420-467

Hüseyin İnci'nin Türkiye'ye iade edilmesine hayır!

Bir Türkiyeli sığınmacı olan Hüseyin İnci'nin iade edilmesine karşı Hamburg'ta bir genç kadın, Avrupa'da Sığınmacıları ve Misafir İşçileri Savunma Komitesi (CEDRI) üyesi Hella Franke dikkatleri üzerinde toplayan bir eylemle uzun zamandan beri protestosunu sürdürüyor. O, Hüseyin İnci'nin serbest bırakılması talebi gerçekleşinceye dek oturma grevi yapacak.

Aynı şekilde bu talebi Hamburglu demokratların geniş kesimleri de ileri sürmektedir. 9 Haziran'da SPD Eyalet Parlamentosu Fraksiyonu, başkan yardımcısının da iadeye karşı çıktığını ve böylece Hamburg Adalet Bakanı Eva Leithäuser'in İnci'ye karşı yapılan suçlamaları "incelenmesine" etki yaptığını açıkladı. Bir dizi yerli ve yabancı anti-faşist örgüt bayan Leithäuser'den ve savcılıktan, iade dilekçesinin geri alınması için talimat verilmesini talep ettiler.

Hamburg Adalet Bakanı'na gönderilen açık mektupta şöyle denmekte: *"Eğer şimdi bir şey yapmaz ve sorumluluğu mahkemelere ya da Federal Hükümet'e devrederseniz, o zaman son tahlilde Türk askeri cuntasının işini yürütmüş olursunuz!"*

8 Haziran'da tutuklunun ailesi ile birlikte yaklaşık 100 kişi onun serbest bırakılmasını talep eden bir yürüyüş yaptı. Aynı şekilde 11 Haziran'da Türkiye'deki işkencelere, idamlara ve siyasi baskılara karşı düzenlenen ve 2000 yerli ve yabancı anti-faşistin katıldığı yürüyüşte de bu talep ileri sürüldü. Bu eyleme partimiz KPD de katıldı.

Biz de Hüseyin İnci'nin derhal serbest bırakılmasını talep ediyor ve onun serbest bırakılması talebiyle oturma grevi yapan Hella Franke'ye dayanışmamızı bildirerek aşağıda onun şahsi açıklamasını yayınlıyoruz.

Açıklama

Ben burada oturuyorum, çünkü ben Türkiye'de faşizme karşı mücadele eden bir insanın bizde can güvenliği aranması ve şimdi bizde takip edilmesini ve Türkiye'ye sınırdışı edilmek istenmesini anlayamıyorum.

Ben burada, genç Türk vatandaşı Hüseyin İnci için oturuyorum. O, karısı ve çocuğuyla birlikte Hamburg'ta yaşıyor ve Hamburg Ekonomi ve Siyasi Bilgiler fakültesinde okuyor. 1982'nin sonundan beri onun iltica davası sürüyor. 24 Mayıs 1983'te o, Türk makamlarının iade isteminden dolayı Hamburg'ta polis tarafından tutuklandı ve geçici iade hapisine konuldu.

Hüseyin İnci — bir çok örgüt gibi Türkiye'de yasaklanmış olan — öğretmenler sendikasının üyesiydi ve Devrimci Yol örgütünün sempatizanıydı. O, Türkiye'ye iade edilecek olursa, onu işkence, hukuk devletine aykırı sahte ceza davaları ve büyük ihtimalle ölüm cezası tehlikesi beklemektedir. İltica davası hala sürmesine rağmen, Federal Hükümet Hüseyin İnci'yi iade etmek istiyor. O, bununla iltica isteminin kabul edilmesinin önüne geçmek ve hızlı bir şekilde sonuçlanmış gerçekler yaratmak istiyor. **Buna izin verilmemelidir!**

Ben, ülkemizde yabancı nüfusu savunan Hamburg Alman-Yabancı Eylem Birliği'nin üyesiyim. Ayrıca ben, merkezi İsviçre'de olan Avrupa'da Sığınmacıları ve Misafir İşçileri Savunma Komitesi'nin (CEDRI) ilişki şahsıyım.

Ben burada oturuyorum, çünkü bir kez daha o zaman 18 yaşında olan Erdal Eren'in Türkiye'de idam edilmesinin önlenmesi gereken büyük bir imza kampanyasının başarıya yol açmadığını yaşadım. O idam edildi! Bu o zaman tüm dünyada bir çok insan için son derece acıklı bir durumdu.

12 Eylül 1980'den beri Türkiye'de faşist bir askeri rejim hüküm sürmektedir. Artık burada şu anki Türk Hükümeti'nin hiç bir şekilde demokrasiye geri dönmeyeceği üzerine berraklık yaratılmalıdır. Tam tersine, Türkiye halkının tüm demokratik hakları, Kürtlere dilleri ve kültürleri bile yasaklanmıştır! Yüz binlerce muhalefetçi askeri hapishanelerde bulunmaktadır. Hemen hemen tüm tutuklulara en ağır işkenceler yapılmaktadır. Yalnızca Diyarbakır'da 500 çocuk tutuklu bulundurulmakta ve işkence edilmektedir.

12 Eylül 1980'den beri Türk askeri rejimi 5500 kişi hakkında idam isteminde bulundu. Bunların 200'den fazlası hakkında idam cezası verildi, ve 46 kişi idam edildi.

Şimdi "Kürt Sorununun" kesin olarak çözümünü sağlamak için generaller Kürt azınlığın ülkesini savaşla istila etmektedirler.

Federal Almanya bugün Türkiye'ye sığınmacıları iade eden tek Avrupa ülkesidir. Ve bu, Avrupa Parlamentosu — özellikle Federal Almanya'ya yönelik olarak — "üye devletlerin iade istemiyle ilgili mercilerini, Türk Hükümeti'nin iade istemini özel bir itinayla incelemesini talep ettiği" halde yapılmaktadır. Nitekim Türkiye'nin, cinayetkar suçlar işlediği bahanesi altında siyasi muhalifleriini ele geçirmek istediği artık bilinen bir şeydir.

Hamburg Senatosu ve Federal Hükümet, Hüseyin İnci'yi Türkiye'ye iade edecek olurlarsa, bununla bir kalem darbesiyle bir katliam gerçekleştirmiş olurlar. Ben burada:

★ Federal Hükümet'in şimdiki iade pratiğinin derhal durdurulması için;

★ İade hapisi yatan Cemal Altun, Zeynel Aydındağ ve İade hapisinde yatan yaklaşık 55 Türk ve Kürt'e ve iade tehlikesi ile karşı karşıya olan uluslararası alanda tanınmış film rejisörü Yılmaz Güney'e özgürlük için;

★ Hüseyin İnci'nin derhal serbest bırakılması ve iade hapisi emrinin derhal kaldırılması için oturuyorum.

Hella Franke

KŞ'a bağışlar

Şimdiye değin KŞ için aşağıdaki bağışlar elimize geçti:

2 TKP(M-L) Hareketi sempatizanı, Bielefeld	70,-
P.K., Münih	1000,-
M.H., Gross-Gerau	20,-
W.K., Essen	20,-
Karl-Marx Toplantısı, Köln	27,09
E.H., Batı Berlin	100,-
Türkiyeli yoldaşlar, Solingen	240,-
Batı Berlin Seksiyonu	126,-
K.B., Bochum	50,-
Scharnhorst hücresi, Dortmund	60,-
Bochum'dan yoldaşlar	81,-
Schüren hücresi, Dortmund	550,-
W.u.E.A., Müden	100,-
Toplam	2444,09 DM

Tüm yoldaşlara ve arkadaşlara bağışları için teşekkür ederiz

VW Hannover tesislerinde gene paralı çıkışlar gündemde

VW otomobil işletmelerinin Hannover'de bulunan fabrikalarında işletme yönetimi gene paralı çıkışları gündeme getirdi. Daha önce yalnızca Türkiyeli işçiler için bu tür bir uygulamaya başvuran VW yönetimi, bu uygulamasında sürdürülen protestolar sonucunda başarılı olamayınca, ve istediği sonucu elde edemeyince şimdi genel olarak tüm işçiler için paralı çıkışı gündeme aldı.

Yaklaşık olarak 20 bin yerli ve yabancı işçinin çalıştığı Hannover VW fabrikaları yetkilileri Mayıs ayı sonunda bir açıklama yaparak 29 Hazirin 1983 tarihine kadar "gönüllü" olarak işten çıkacaklara 18 bin Mark tazminat vereceklerini belirttiler. Firma yetkililerinin açıklamasından sonra bu durumla ilintili görüş belirten işçi temsilciliği, firma yönetimimin tazminat karşılığında yaklaşık 1000 işçiyi "gönüllü" olarak işten çıkarmak istediğini açıkladılar.

İşletme yönetiminin "gönüllü" çıkış uygulamasını yürürlüğe koyması üzerine açıklama yapan bir Türkiyeli işçi temsilcisi ise verilmek istenen 18 bin Mark tazminatın içinde işçilerin son aylık ücretlerinin yanı sıra bir dizi yasal haklarının da bulunduğunu belirterek şöyle dedi: **"Bu paranın 9 bin Mark'a yakın bir bölümü işçilerin kendi paralarıdır. Geriye sadece 9 bin DM tazminat kalmaktadır. İşlerinden bu tazminat karşılığı gönüllü olarak çıkacak işçiler İş ve İşçi Bulma Kurumu'ndan ayrıca 6 ay süreyle işsizlik parası alamayacaklardır. Bu nedenle işçilerimize karar verirken dikkatli olmalarını ve tüm bunları göz önünde bulundurmalarını tavsiye ediyoruz. Kendilerini çarçabuk karar vermemeleri için uyarıyoruz.''**

Paralı çıkışları kabullenler şunu bilmelidirler ki, parayı aldıktan sonra bugünkü şartlarda yeni bir işyeri bulmak oldukça zordur. Ve bu anlamda da paralı çıkışlar hiç bir şekilde işyerlerimizin değeri ile ölçülemez.

Hele hele yabancı işçiler için yeni bir işyerini bulmanın daha zor olduğunu, ve bulsa bile İş Teşvik Yasası'nın (AFG) 19. maddesine göre bu işyerleri ilkin Alman, sonra AET işçilerine, en sonunda ise AET dışı ülke işçilerine verildiğini göz önünde bulundurarak paralı çıkışı kabullenmek, çok yönlü bir şekilde tartılmalıdır.

Paralı çıkışlar bugün her tarafta gündeme geldiğinden dolayı, burada bazı somut ve pratik bilgiler de vermek istiyoruz. Bunlardan biri sosyal plan yoluyla, diğeri ise iş sözleşmesini karşılıklı anlaşarak bozma yoluyla yapılan tazminatlı çıkışlardır.

İş sözleşmesini karşılıklı anlaşarak bozmak yalnızca işçi ve işveren arasında yapılan gönüllü bir adımdır. Bunun için ne sendikanın ne de işyeri işçi temsilciliğinin onayı gerekir. Ve işveren bu konuda oldukca serbesttir. Paralı çıkışı istediği kişelere vermekte özgürdür. Hiç bir kimse kendisine de paralı çıkış verilmesi için bir hak iddia edemez.

Buna karşılık sosyal plan yoluyla yapılan paralı çıkışlar işveren, işçi temsilciliği ve sendika arasında anlaşmayı gerektirir. Ve bu bazı ön şartların mevcut olması halinde yapılır. Örneğin bir ay içinde toplu bir çıkışa gidilmesi, ya da 500 kişiden fazla işçinin çalıştığı işyerlerinde 30 emekçinin bir ay zarfında çıkarılmaları halinde sosyal plan anlaşmasının yapılması gerekir.

İşverenler, işçi temsilciliğinin onayını gereksiz kılmak için ve sosyal plan anlaşmasını tamamen bir yana atmak için, çıkarmak istedikleri işçilerle karşılıklı anlaşarak iş sözleşmesini bozma yolunu seçmektedirler.

Biz bu açıklamayı yapmakla sosyal tazminat anlaşmalarını ve paralı çıkışları onaylamayı değil—ki, bizce ne paralı çıkışlar ne de sosyal plan anlaşmaları işyerlerimizin değeri ile ölçülebilir—tam tersine bu gibi durumlarda nasıl hareket edilmesi gerektiği üzerine bilgi vermek amacını güdüyoruz. Çünkü bir sosyal plan anlaşmasında işçilerin toplu halde hareket etmeleri sonucunda elde edilecek haklar ile işçi ile işveren arasında yapılan anlaşmalardaki haklar, tazminatın miktarı farklıdır.

Buna rağmen tazminat alıp çıkışa karar vermiş olan işçiler özellikle şu noktalarda dikkat etmelidirler: Bu noktalardan birini "ihbar süresi"ne uymak oluşturur. "İhbar süresi" işverenin işçiyi işten çıkarmak üzere haber verdiği tarihle, işçinin son iş günü arasındaki zamandır. Yasal olarak 14 gün olan bu süre pekâlâ toplu sözleşmelerle ya da kişinin iş sözleşmesinde de çalıştığı yıllara göre belirlenebilir. Ve bu süre iş kollarına göre belirli farklılıklar içermektedir.

İhbar süresine gerek sosyal plan gerekse karşılıklı yapılan tazminatlı çıkış anlaşmalarında da uyulması gerekmektedir. Aksi takdirde İş ve İşçi Bulma Kurumları (Arbeitsamt) işsizlik parasını belirli bir süre ya da en azından ihbar süresi boyunca (Ruhezeit) durdurabilirler. Aynı şekilde ihbar süresine uyulmadığı gerekçesiyle işsizlik parasını dondurabilirler de (Sperrzeit).

Bunun için alınacak paranın miktarına kapılarak, işverenin verdiği tazminatla hemen işyerini terk etmek, ihbar süresinin ihlal edildiği anlamına gelmektedir. Bu ise işsizlik parasının belirli bir süre ödenmemesine yol açabilir.

İster sosyal plan isterse gönüllü çıkış temelinde verilen tazminatlarda olsun, ihbar süresinin dışında göz önünde bulundurulması gereken bir diğer nokta da, daha sonra hastalık sigortasının devam edip etmeyeceği, hastalık ve muayene masraflarının karşılanıp karşılanmayacağı ve bunun kimler tarafından karşılanacağı da aydınlığa kavuşturulmalıdır. Çünkü iş yerinden ayrılan birisi ancak İş ve İşçi Bulma Kurumu'na (Arbeitsamt) kayıt yaptığı ve işsizlik parasına hak kazandığı andan itibaren hastalık sigortasının olanaklarından faydalanabilmektedir.

İşte tüm diğer sonuçlarını göze alan birisi tazminatlı çıkışların tümünde bu noktaları göz önünde tutarak adım atmalıdır.

Ayrıca işverenler son dönemlerde yabancılar için verdiği paralı çıkışlarda—ki, bunun aynısını geçen yıl VW tekeli uygulamak istedi—onlara "aldığım tazminat karşılığında Federal Almanya'yı terk etmeyi derhal kabulleniyorum" ya da "şu tarihe kadar terk edeceğim" gibi yazılar imzalattırmaya çalışmaktalar. Ve bu tuzaklara düşmemek için özen gösterilmelidir. Nitekim verilen paralı çıkışlar bile işverenlerin bir hediyesi değil, büyük çoğunluğu ile kendi haklarımızdır.

Unutmayalım ki, paralı çıkışlar hiç bir zaman iş yerimizin değeri ile ölçülemez. Ve ister burada kalınsın, isterse Türkiye'ye dönülsün, her iki yerde de yabancıları bekleyen işsizliktir. O halde doğru olan işyerlerimizin korunması uğruna Alman sınıf kardeşlerimizle birlikte kararlı ve uzlaşmaz bir mücadele sürdürmektir.

Hollanda
Hükümetin yabancı gençlerle ilgili uygulamaları protesto edildi

8 Mayıs'ta Belçika'nın Brüksel kentinde yapılan ve 15 bin yerli ve yabancının katılarak yürüdüğü yabancı düşmanlığına ve hükümetin yabancılar yasasına karşı yürüyüşten sonra, şimdi de Hollanda'nın Ultrecht kentinde yaklaşık 6 bin Hollandalı, Faslı ve Türkiyeli gençlerin katıldığı bir yürüyüş yapıldı.

Hollanda Hükümeti'nin ülkede yaşayan göçmen işçilerin 21 yaşını dolduran çocuklarına karşı uyguladığı ayırımcı politikayı protesto etmek isteyenHollandalı, Faslı ve Türkiyeli gençler Hollanda'nın çeşitli şehirlerinden özel arabaları ve otobüslerle yürüyüşün yapılacağı şehir olan Ultrecht'e geldiler.



Taşınan pankartların üzerinde "Hollandalı gençlerle eşit haklar istiyoruz", "Yabancı gençlerin sınırdışı edilmesine hayır", "Bizleri anne ve babamızdan koparamazsınız" şeklinde yazılı sloganlarla bir yandan Hollanda Hükümeti'nin yabancı gençlere karşı uyguladığı politika ve kararları protesto edilirken, diğer yandan ise yürüyüş esnasında dağıtılan bildirilerle halk aydınlatılmaya çalışıldı.

Daha sonra miting alanında söz alan konuşmacılar, bugüne değin uygulanan yasalar yüzünden binlerce yabancı gencin sınırdışı edildiğini ve binlercesinin ise sınırdışı edilmek korkusuyla yaşadıklarını ileri sürerek, Hollanda Hükümeti'nden yabancılara karşı politikasını yeniden düzenlemesini ve ayrımcılığa son verilmesini talep ettiler.

Aşağı yukarı 6 bin Hollandalı, Faslı ve Türkiyeli gençlerin katıldığı yürüyüşte şu istemler dile getirildi: Aile birleşimi nedeniyle Hollanda'ya gelen yabancı gençler, hiç bir koşula bağlamaksızın oturma hakkı elde etmelidir. Yuva kurmak isteyen yabancı gençler için 1447,50 Gulden net gelir şartı kaldırılmalı. Gençler, iş veya konut durumuna bağlı olmaksızın ve oturma iznini yitirmeden hakkı elde etmelidir. Yuva kurmak isteyen yabancı gençler için meli, eşlerini Hollanda'ya getirebilmeli ve gerektiğinde ayrı oturabilmelidirler. 21 yaşını dolduran ve bu arada işsiz kalan yabancı gençlerin polis zoruyla sınırdışı edilmeleri önlenmelidir.

7 yıldan fazla Danimarka'da oturan yabancılar sınırdışı edilmeyecek

Danimarka Parlamento'su Haziran ayı başında yaptığı oturumda Yabancılar Yasası'nı görüştü. Yapılan yeni düzenlemelere göre 7 yıldan fazla bir süredir Danimarka'da yaşayan yabancıların sınırdışı edilmemesi kararlaştırıldı.

Yabancılar Yasası'ndaki yeni düzenlemeler için iki tasarı hazırlanmıştı. Bunlarda biri, hükümette olan muhafazâr partinin diğeri ise muhalefette olan Sosyal Demokratların tasarısıydı.

Bir çok değişikliğe uğrayan ve bazı bölümleri üzerine tartışmanın henüz sonuçlanmadığı Yabancılar Yasası'ndaki önemli yenilikler şunlardır:

★ Şimdiye kadar yabancılarla ilgili işlemleri yürüten yabancılar polisi yerine 1 Ocak1984'ten itibaren bu işe Adalet Bakanlığı'na bağlı sivil bir organ bakacak.

★ Ülkede çalışan Yabancılar geçimlerini temin edeceklerini kanıtladıkları taktirde 18 yaşından küçük çocuklarını ve vatanlarında kendilerine bakacak başka çocukları olmayan 60 yaşını geçmiş ana-babalarını Danimarka'ya getirebilecekler.

★ 7 yıldan fazla bir süredir Danimarka'da oturan bir yabancı hafif suçlardan dolayı sınırdışı edilmeyecek vb.

Kuşkusuz ki, Danimarka Parlamentosu'nun Yabancılar Yasası'nda yabancı işçi ve emekçilerin lehine yaptığı bu kısmi yeni düzenlemeleri kendi isteği ile değil, tam tersine son dönemlerde Danimarka'da yabancılar ve çeşitli kesimler tarafından sürdürülen yoğun protestolar sonucunda yaptı.

Artan yabancı düşmanlığı ve izlenmesi gereken yol

Artan işsizlik ve derinleşen bunalımla birlikte, yabancı düşmanlığı da giderek yaygınlaşmakta ve daha tehlikeli boyutlara ulaşmaktadır. Semtlerden işyerlerine, okullara kadar yabancı, özellikle Türkiyeliler üzerine anlatılan aşağılayıcı fıkralar; işyerinin, okulun, semtlerin duvarlarına yazılan yabancı düşmanı sloganlar; yabancı ailelere gönderilen gammalı haçlı tehdit mektupları; faşistlerin giderek artan fiili saldırıları ve özellikle hükümetin yabancı düşmanı önlem ve kararlı bu gerçeğin en açık kanıtıdırlar.

Yabancı düşmanlığına karşı doğru mücadele verebilmek için yapılması gereken, bunun kaynağını ve kime hizmet ettiğini doğru bir şekilde tespit etmek ve kavramaktır.

Yabancı düşmanlığı ırkçılığın ve şövenizmin bir göstergesidir. Bunun sınıfsal dayanağı demokrasi düşmanlığı, zorbacı diktatörlük olan faşizmdir, yani bu sınıfsal olarak tekelci sermaye düzenine dayanmaktadır.

Bunun objektif nedenlerini ise üç noktada toplayabiliriz: 1. Şimdiye değin uygulanan "yabancılar politikası"; 2. gerici ve faşit güçlerin eylemleri; 3. artan işsizlik ve ekonomik bunalım.

Yerel ve Federal düzeyde politikacılar, partiler şimdiye değin "entegrasyon"dan söz edip durdular. "Entegrasyon" ancak yabancı işçi ve ailelerinin tam yasal ve siyasi eşitliği sağlandığı zaman mümkün olabilir. Bırakalım onların bu yönde bir adım atmalarını bir yana, onların "entegrasyon"dan anladıkları, az ya da çok Alman gelenek ve göreneklerine, yaşam tarzına uyum sağlamaktır. Ve onlar özellikle 1973/74 yılından bu yana yabancıların sayısını dondurma, aile birleşimini önleme, geri dönüşe zorlama politikası izlediler. Kuşkusuz ki, artan işsizlik ve derinleşen bunalım halkta yaşam endişesinin doğmasına yol açmakta. Bu şartlar altında politikacıların "yabancıların sayısı fazla, azaltılmalı" sözleri doğal olarak "yabancılar dışarı" parolasının yaygınlaşmasına hizmet etmektedir. Bu, faşist örgütlerin yabancı düşmanı kışkırtmalarını teşvik etmekte ve onların yabancı düşmanı tohumlarının yeşermesini olanaklı kılmaktadır.

Ancak ne var ki, yabancı düşmanlığının kolayca yer etmesindeki temel neden artan işsizlikten ve derinleşen bunalımda kaynaklanmaktadır.

Derinleşen bunalımın faturasını işçi sınıfı ve emekçi halka ödettirmek ve emekçi halkın bunalım ve işsizliğin gerçek sorumlularını görmesini önlemek isteyen sermaye ve onun temsilcileri işçi sınıfının birliğini bölmenin ve mücadele gücünü zayıflatmanın yollarını aramaktadırlar. Ve sermaye, onun siyasi temsilcileri bugün sürdürdükleri planlı ve programlı propagandayla artan işsizliğin ve derinleşen bunalımın sorumluları olarak yabancıları göstermekte ve böylece yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman işçi sınıfının ve emekçi halkının birliğini bölmeye ve mücadele gücünü zayıflatmaya çalışmakta, birbirine karşı suni düşmanlıklar körüklemekteler. Bu anlamda yabancı düşmanlığı yalnızca yabancıları değil, aynı zamanda milliyetinden bağımsız olarak tüm işçi ve emekçileri hedeflemektedir. Bu anlamda bu, sınıfsal bir sorundur. Ayrıca ırkçılık, ayrımcılık, yabancı düşmanlığı ayakları havada bir olgu değil, tam tersine son tahlilde faşizme varan ve demokrasi düşmanlığını güden bir olgudur. O halde yabancı düşmanlığına karşı sürdürülen mücadele aynı zamanda demokrasi uğruna sürdürülen mücadelenin bir parçasıdır. Yabancı düşmanlığı bu sınıfsal özüyle doğru kavranır ve bunun yalnızca yabancıların bir sorunu olmadığı görülürse ancak o zaman buna karşı başarılı bir mücadele sürdürebilmek mümkün olur.

Ne var ki, yabancı düşmanlığının sınıfsal özünü ve kaynağını doğru bir şekilde kavramak ona karşı mücadele için yeterli değildir. Bunun için mücadele yöntemlerini ve mücadelenin kimler tarafından sürdürülmesi gerektiğini de doğru bir şekilde ele almalıyız.

Unutmamalıyız ki, yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin başarı kaydetmesinin koşullarından biri ve en önemli olanı, bunun yerli ve yabancı halkın geniş kesimlerini bağrında toplaması, onları etkilemesidir. Bu ise yabancı düşmanlığına karşı mücadele Alman ve yabancılar tarafından birlikte sürdürüldüğü zaman mümkündür. Yabancıların tek başına sürdüreceği eylemlerin etkisi oldukça az olacaktır.

Öte yandan yabancı düşmanlığına karşı mücadele bir yürüyüş, bir miting ya da imza kampanyası ile sınırlı kalmamalıdır. Bu mücadele her gün toplumsal hayatın her alanında, fabrikada, okulda, semtte sistemli olarak sürdürülmelidir. Yabancı düşmanlığına karşı mücadelede sendikaların sahip olduğu merkezi rol hiç bir şekilde gözardı edilmemeli ve sendikaların yabancı düşmanlığına karşı etkin mücadele önlemleri almaları için onlar içinde bu yöndeki faaliyetler yoğunlaştırılmalıdır. Çünkü artan yabancı düşmanlığı işçi sınıfının birliğini bölmeyi, mücadele gücünü zayıflatmayı amaçlamaktadır. Bunun için sendikaların işçiler arasında bu yönde yoğun aydınlatma kampanyaları sürdürmesini sağlamalı ve bu yönde çaba sarf etmeliyiz.